# Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands





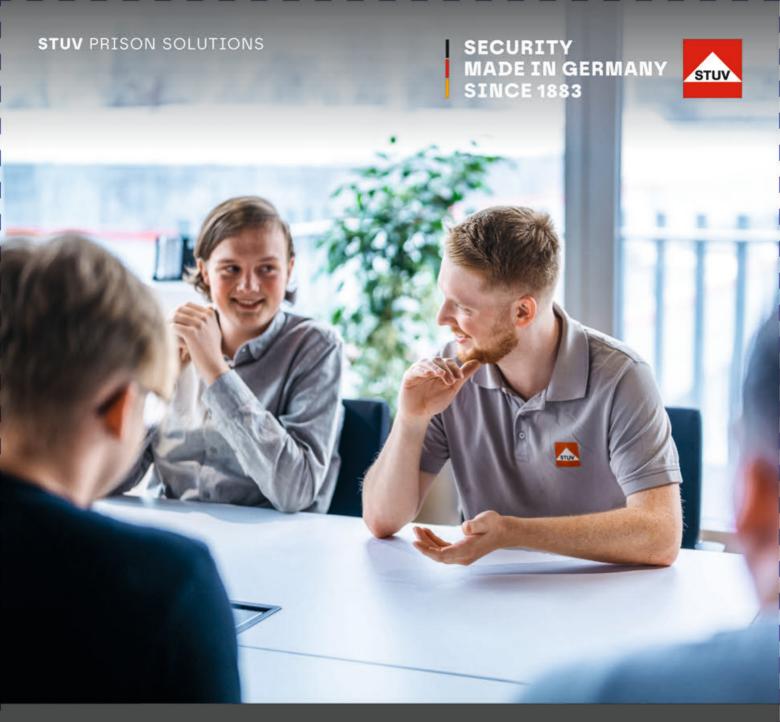
dbb beamtenbund und tarifunion



1 | 2 0 2 5

72. Jahrgang





# **STUV** ACADEMY

Finden Sie in der neuen STUV ACADEMY die optimalen Seminare für Schlossbeauftragte im Fachbereich Sicherheit JVA und Maßregelvollzug. Für stetigen Fortschritt, individuelle Weiterbildung und mehr Erfolg in Ihrem Beruf.

Infos und Termine: www.stuv-prison.com

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)

Mitglied im
Gewerkschaft Strafvollzug

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de					
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de					
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de					
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de					
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de					
Stellv. Bundesvorsitzender							
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de					
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands						
	Waldweg 50 · 21717	Deinste - post@bsbd.de					

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de
000000000000000000000000000000000000000		www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de
W		www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de
		www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de
		www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de
		www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de
		www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de
		www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de
		www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de
		www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo	mail@bsbd-rlp.de
	Stefan Wagner	www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de
		www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de
		www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de
****		www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de
		www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS Ausgabe 2 - 2025: ►►► 14. März 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN Ausgabe 2 - 2025: ►►► 17. April 2025

#### BUNDESHAUPTVORSTAND

DONDESTIAGE I VORSTAND	
Interview René Müller	4
Neujahrswünsche für das Jahr 2025	6
Schutz- und Belastungsfaktoren im Allgemeinen Vollzugsdienst	8
BSBD Bund lädt zu Tarifkonferenz ein	9
Treffen mit der Vorsitzenden des Rechtsausschusses	10
Arbeitskreissitzung der BSBD- Frauenvertretung in Magdeburg	10
Jahresrückblick der BSBD-Frauen	12
Bundesseminar in Görlitz  Die Teilnehmer des Bundesseminars in Gö	13
Seminar in Leipzig	14
Rätselspaß	15
Lösungen aus 6/2024	16
ANDESVERBÄNDE	
Baden-Württemberg	17
Brandenburg	26
Hamburg	32
Hessen	39
Mecklenburg-Vorpommern	53
Niedersachsen	57
Nordrhein-Westfalen	61
Rheinland-Pfalz	76
Saarland	86
Sachsen	89
Sachsen-Anhalt	94
Schleswig-Holstein	95
27242 B	
Thüringen	98

Impressum

84

# "Schluss mit der Ignoranz!"

# BSBD Vorsitzender René Müller fordert vor der Bundestagswahl mehr Aufmerksamkeit der Politik für die Nöte im Strafvollzug

Manche Haftanstalten platzen aus allen Nähten. Die Stimmung wird aggressiver, aber die Politik schaut weg. Das muss sich dringend ändern, fordert BSBD Vorsitzender René Müller im Interview. Er hat dafür auch ein paar ganz konkrete Vorschläge.



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

Herr Müller, es mehren sich die Berichte, dass Haftanstalten in Deutschland am Limit sind und es zum Teil schwieriger wird, Gefangene überhaupt noch unterzubringen. Wie ernst ist die Lage?

Tatsächlich hat die Zahl der Gefangenen im vergangenen Jahr wieder zugenommen. Vor allen Dingen in den Metropolen und dort gerade in Anstalten mit Untersuchungshaftplätzen. Die sind nicht nur stark ausgelastet, sondern stellenweise schon drastisch überbelegt.

#### Ist es vielleicht nur ein vorübergehendes Problem?

Danach sieht es im Moment nicht aus. Die Lage verschärft sich noch einmal dadurch, dass auch die Kliniken für psychisch kranke Straftäter, also der Maßregelvollzug, überfüllt sind. Die Justizvollzugsanstalten helfen aus und übernehmen Gefangene von dort, wodurch die Kapazitäten noch enger werden. Und dann hat auch noch die Zahl der schweren extremistischen Straftaten zugenommen, ich verweise hier auf die Anschläge in Magdeburg und Solingen. Für die Unterbringung solcher Straftäter müssen ganz besondere Vorkehrungen und Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Das bindet viel Personal und beeinträchtigt bisweilen den regulären Anstaltsbetrieb erheblich.

# Womit wäre den Haftanstalten am meisten geholfen?

Na ja, nach wie vor brauchen wir vor allem mehr Personal. Noch immer sind etwa 2000 Stellen für Bedienstete in deutschen Gefängnissen nicht besetzt.

# Es gibt die Stellen, aber es fehlt an den entsprechenden Bewerbern?

Richtig. Die Bewerberlage für Berufe im Justizvollzug ist schlecht, das scheinen noch nicht alle in der regierenden Politik zu verstehen. Zu wenig Personal geht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung. Die Bundesländer setzen die richtigen Anreize, wenn sie jungen Menschen die Laufbahn als Beamter oder Beamtin im Vollzugsdienst anbieten. Mittlerweile versuchen sie allerdings verstärkt, Tarifbeschäftigte statt Beamte im Strafvollzug einzustellen.

#### Was ist verkehrt daran?

Diese Tarifbeschäftigten bekommen einen Kurzeinführungslehrgang und sollen im Vollzug arbeiten, ohne dass sie hinreichende Kenntnisse in Psychologie, Pädagogik oder Rechtskunde haben. Für sie gilt die Fürsorgepflicht des Staates nicht in dem Umfang, wie sie für Beamte gilt, das heißt, sie sind schlechter abgesichert. Das alles ist natürlich sehr schwierig und verändert über kurz oder lang auch den Vollzugsdienst. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir haben in den Anstalten bereits zahlreiche Tarifbeschäftigte mit Fachkenntnissen zum Beispiel im Handwerk. Sie leisten sehr gute Arbeit, und ohne sie ist der Alltag in den

Haftanstalten kaum noch zu bewerkstelligen. Nur sollte man deren Zahl im Interesse des Justizvollzugs nicht noch weiter erhöhen

Auch Beamte sind nicht unfehlbar. Häftlinge der JVA Augsburg-Gablingen in Bayern berichteten unlängst, sie seien von Justizbeamten getreten, geschlagen und nackt in speziellen Keller-Zellen eingesperrt worden. Ist das nur ein Einzelfall?

Das alles wird ja noch untersucht. Zunächst einmal gilt die Unschuldsvermutung, und momentan habe ich keine Zweifel, dass die Vorgänge aufgeklärt und sich die meisten Vorwürfe, wenn nicht sogar alle, als haltlos erweisen werden. Wir als BSBD wehren uns dagegen, wenn jetzt in manchen Medien ein ganzer Berufsstand unter Generalverdacht gestellt wird. Das geschieht dann bisweilen auch aus Unkenntnis.

# Es ist ja sogar der Vorwurf der Folter erhoben worden.

Im genannten Fall geht es unter anderem darum, dass Gefangene in einem Raum mit nur einer Matratze untergebracht wurden und dies auch mit einer Entkleidung verbunden war. Das ist nichts Außergewöhnliches. Für schwierige Situationen in den Justizvollzugsanstalten gibt es besonders gesicherte Hafträume, in denen Gefangene bisweilen untergebracht werden müssen. Und da werden auch besondere Sicherungsmaßnahmen getroffen.

#### Was gehört zu solchen Maßnahmen?

Es ist notwendig, den Gefangenen vor der Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum gründlichst zu durchsuchen, da es bekanntlich etliche Körperstellen gibt, an denen er gefährliche Gegenstände wie zum Beispiel eine Rasierklinge verstecken kann. Gegenstände oder Kleidung, die dazu geeignet sind, sich oder andere zu verletzen oder sich zu suizidieren, werden dabei natürlich abgenommen. Man muss bedenken, dass wir es zumeist mit schweren Kriminellen, aber auch mit

unter starkem psychischen Druck stehenden Menschen zu tun haben, die nicht immer rational handeln. Und wenn dann einseitig Darstellungen von Gefangenen transportiert werden und diese Behauptungen wie Folter ungeprüft an die Öffentlichkeit gelangen, ergibt das ein völlig falsches Bild vom Justizvollzug.

Aber Sie machen schon die Erfahrung, dass bei insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen die Spannungen zwischen Justizvollzugsbeamten und Häftlingen zunehmen?

Es ist tatsächlich so, dass die Überfüllung der Anstalten und die zunehmende Aggressivität von Gefangenen dazu führt, dass sich die Stimmung verhärtet. Unsere Kollegen müssen schon ein hohes Maß an Professionalität an den Tag legen, um den Dienst so zu verrichten, wie es sich gehört. Es kann immer Verfehlungen einzelner geben. Wenn Beanstandungen, Beschwerden oder sogar Anzeigen gegen Vollzugsbedienstete vorliegen, wird untersucht, ermittelt und gegebenenfalls von Gerichten entschieden, ob sich jemand schuldig gemacht hat oder nicht. Wir leben in einem Rechtsstaat, der, wie sich gerade in dem Fall aus Bayern zeigt, auch funktioniert. Wir sollten aber nicht vergessen, wie wichtig es ist, dem gesamten Personal im Strafvollzug immer wieder den Rücken zu stärken und den Bediensteten auch zu vermitteln, dass man Vertrauen in ihre Arbeit hat.

#### Mit Ihren Hinweisen auf die angespannte Lage in den Haftanstalten finden Sie in der Politik nicht immer Gehör, Warum nicht?

Da will ich differenzieren. In etlichen Bundesländern gibt es durchaus konstruktive Gespräche, in denen wir als BSBD zusammen mit den Justizministern nach Lösungen für die Probleme in den Haftanstalten suchen. Wenn ich aber Revue passieren lasse, wie sich das Bundesjustizministerium uns gegenüber als Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten verhalten hat, dann kann ich nur sagen: Hier herrschte komplette Ignoranz. Wir haben mehrfach um Gesprächstermine bei Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) gebeten - es haben keine stattgefunden. Das war ein ganz, ganz schwaches Bild, das der Minister da abgegeben hat. Eine ähnliche Ignoranz gegenüber unseren Anliegen haben wir übrigens in Thüringen erlebt.

Und es ist vielleicht kein Zufall, dass die extreme AfD bei den Wahlen dort so viele Stimmen bekommen hat. Politik muss sich um die Menschen im Lande kümmern, und natürlich auch um die Bediensteten. Also: Schluss mit der Ignoranz!

Was kann und sollte denn eine neue Bundesregierung Ihrer Ansicht nach tun, um für Entspannung in den Haftanstalten zu sorgen? Das meiste ist ja Ländersache.

Gerade bei bestimmten neuen Bundesgesetzen wollen wir natürlich mit einbezogen werden. Nehmen wir als Beispiel die Änderung des Sanktionenrechts. Da ist jetzt unter anderem geregelt, dass Therapieversager - also zum Beispiel drogenabhängige Straftäter, die eigentlich in Therapie gehören, aber wieder rückfällig werden - in den Justizvollzugsanstalten verbleiben können. Der Hintergrund ist eigentlich nur der, dass es in den Therapieeinrichtungen an Plätzen fehlt. Und so werden die Probleme in die Haftanstalten verlagert, wodurch diese erheblich belastet werden. Gegen solche Regelungen wollen wir unsere berechtigten Einwände anbringen können.

#### Gibt es weitere Beispiele für ein mögliches stärkeres Engagement des Bundes?

Sache der Bundespolitik wäre es auch, eine Art Bundesgefängnis für radikale und extremistische Straftäter zu schaffen. Die Sicherheitsmaßnahmen, aber auch die Programme, die für solche Straftäter erforderlich sind, überfordern viele Haftanstalten. Ein zentrales Gefängnis, in dem auch gezielter an der Resozialisierung solcher Straftäter gearbeitet werden könnte, wäre der richtige Weg. Es handelt sich hier ja nicht um ein landesspezifisches Problem, sondern um eines, das das gesamte Bundesgebiet betrifft. Noch besser wäre eine europaweite Vernetzung beim Umgang mit inhaftierten extremistischen Straftätern.

#### Und das Problem der unbesetzten Stellen?

Es wäre schön, wenn der Bund hier und da Kampagnen der Länder unterstützen würde, in denen es darum geht, mehr Aufmerksamkeit für die Arbeit im Justizvollzug zu schaffen und zukünftige Bewerber für den Justizvollzug anzusprechen. Und noch

ein Punkt ist uns wichtig: Nach wie fehlt die Möglichkeit der vereinfachten Auskunftssperre im Melderegister für Vollzugsmitarbeiter. Gerade in Zeiten zunehmender Übergriffe auf Beamte braucht es Möglichkeiten, deren Daten zu schützen. Entsprechende Schreiben und Stellungnahmen, die wir als BSBD und auch der Gerichtsvollzieherbund über den dbb an das Bundesinnenministerium geschickt haben, blieben bislang unbeantwortet.

Im Bundestagswahlkampf spielt der künftige Umgang mit Flüchtlingen eine große Rolle, insbesondere die Möglichkeit konsequenterer Abschiebungen.

Erhoffen Sie sich von solchen Maßnahmen Entlastungen für die Haftanstalten?

Im Gegenteil, das macht uns momentan große Sorgen. Werden solche Maßnahmen von einer künftigen Bundesregierung umgesetzt, dann bedeutet das, dass mehr Menschen in Abschiebehaft genommen werden. Da die Kapazitäten der dafür vorgesehenen Einrichtungen nicht ausreichen dürften, könnten Flüchtlingen bis zum Zeitpunkt der Abschiebung auch wieder im Justizvollzug untergebracht werden. Aber niemand befasst sich mit der Frage, ob die Haftanstalten das überhaupt leisten können. Und das ist wieder typisch: Der Justizvollzug bleibt ein unbeleuchtetes Thema in Deutschland. Und alle Bediensteten, die Tag für Tag dafür sorgen, dass der Laden trotz aller Widrigkeiten läuft, erhalten bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit und Anerkennung von Politik und Gesellschaft, die sie verdienen. Das muss sich ändern.

Interview: Volker Goebel

(Der Autor ist Journalist, hat bei Neue Presse und HAZ in Hannover gearbeitet und war lange Zeit auch zuständig für das Thema Tarifpolitik.)

# Neujahrswünsche für das Jahr 2025

# Die Herausforderungen und Aufgaben für den BSBD

Mit dem Beginn des Jahres 2025 möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug sowie den Mitgliedern des BSBD unsere herzlichsten Wünsche übermitteln. Möge dieses Jahr von Gesundheit, Erfolg und persönlichen sowie beruflichen Erfüllungen geprägt sein.

Das Jahr 2025 wird für uns alle ein Jahr voller Aufgaben und Herausforderungen sein. Der BSBD wird weiterhin eine zentrale Rolle dabei spielen, die Rechte und Arbeitsbedingungen der Vollzugsbediensteten zu vertreten. Ab Oktober stehen erneut schwierige Tarifverhandlungen an, und wir sind fest entschlossen, die Anliegen unserer Mitglieder mit Nachdruck zu vertreten. Die zunehmenden Belastungen im Strafvollzug erfordern nicht nur eine faire Anerkennung der geleisteten Arbeit, sondern auch konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Ein zentrales Thema bleibt die mangelnde Attraktivität des Berufs im Justizvollzug. Die geringe Bewerberzahl stellt uns vor große Herausforderungen, die wir nur durch eine konsequente Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine gerechte und noch bessere Entlohnung bewältigen können. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin für den besseren Schutz der Kolleginnen und Kollegen einsetzen, insbesondere im Hinblick auf die psychischen Belastungen des Berufs, die oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird in der Zukunft der Arbeitswelt eine zentrale Rolle spielen, allerdings muss dazu der erste Schritt vor dem nächsten gemacht werden und das ist die Behebung des bestehenden Personalmangels.

In den vergangenen Jahren konnten durch die Landesverbände des BSBD in den Bundesländern zahlreiche Verbesserungen im Justizvollzug erreicht werden. Darauf gilt es nun, weiter aufzubauen und diese Erfolge langfristig zu sichern. Ein besonders wichtiges Anliegen bleibt die Ausweitung und Förderung einer positiven Berichterstattung über den Justizvollzug. Leider dominieren oft negative Darstellungen in den Medien, die nicht selten undifferenziert sind. Besonders bedauerlich ist es. dass eine große Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, wie zuletzt in Bayern, unter Generalverdacht gestellt wird. Ungeprüfte Aussagen von Gefangenen werden als Tatsachen dargestellt, und besondere Sicherungsmaßnahmen, die zum Schutz der Inhaftierten notwendig sind, werden fälschlicherweise als Willkür und Schikane beschrieben, ohne die komplexen Abläufe im Vollzug zu verstehen, die der Sicherheit und Ordnung der Justizvollzugsanstalten dienen und zum Schutz der Bediensteten und Insassen unerlässlich sind.

## Kurzer Rückblick auf 2024 und Ausblick auf die Zusammenarbeit 2025

Im Jahr 2024 blickt der BSBD auf viele positive Entwicklungen zurück. Ein besonders wertvoller Aspekt war der gute Austausch mit wichtigen Institutionen wie der Universität Speyer, der Universität Saarland und anderen akademischen Partnern. Diese Zusammenarbeit hat dazu beigetragen, den Dialog über die Weiterentwicklung des Justizvollzugs und die notwendigen Reformen voranzutreiben. Ebenso möchten wir das Seehausprojekt und die partner-

schaftliche Zusammenarbeit mit den freien Trägern hervorheben, die maßgeblich zur Verbesserung der inhaltlichen Arbeit mit Gefangenen und der Resozialisierung von Gefangenen beigetragen haben.

Wir konnten auch wichtige politische Akteure für die Belange des Justizvollzugs gewinnen, hervorzuheben ist hier der Austausch mit Elisabeth Winkelmeier-Becker, der rechtspolitischen Sprecherin der CDU im Bundestag. Die bevorstehenden Neuwahlen des Bundestages im Februar 2025 bieten neue Chancen für den Justizvollzug. Der BSBD erwartet eine intensivere und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern.

Die bisherige Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz (BMJ), insbesondere unter dem ehemaligen Bundesjustizminister Buschmann, war leider nicht zufriedenstellend. Der BSBD setzt große Hoffnungen auf die Neubesetzung des Ministeriums und auf einen besseren Austausch mit dem BMJ, um die dringend erforderlichen Reformen im Justizvollzug voranzutreiben.

#### Ausblick auf 2025

Wir blicken zuversichtlich auf das Jahr 2025 und sind überzeugt, dass wir durch gemeinsames Engagement und die Unterstützung aller Mitglieder viel erreichen können. Auf ein erfolgreiches Jahr, in dem wir die Aufgaben des Strafvollzugs mit Entschlossenheit und Weitsicht meistern!





Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

**DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT** 







# Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins<sup>1</sup>

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung.
Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle
Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins<sup>1</sup>.

Exklusiv für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an baufinanzierung@bbbank.de

<sup>1</sup> Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbind liches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung Rate/Tilgung. Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden solt. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind und ist bis zum 31.12.2025 befristet.

# Schutz- und Belastungsfaktoren im Allgemeinen Vollzugsdienst

#### Aufruf zur Teilnahme an einer wissenschaftlichen Studie

Wir haben wiederholt öffentlich darauf hingewiesen, dass die Belastungsfaktoren im Justizvollzug für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig zunehmen. Diese wichtige Information hat das Institut für Gerichtliche Psychologie und Psychiatrie der Universität des Saarlandes zum Anlass genommen, eine wissenschaftliche Studie zu den Schutz- und Belastungsfaktoren im Allgemeinen Vollzugsdienst zu initiieren.

Es ist äußerst erfreulich, dass man sich mit diesem wichtigen Thema nun wissenschaft-

lich auseinandersetzt. Die Studie verfolgt das Ziel, durch eine standardisierte Datenerhebung eine fundierte Basis zu schaffen.

die es ermöglicht, die Arbeitsbedingungen

der im Strafvollzug tätigen Mitarbeitenden zu verbessern. Eine empirische Studie bie-

tet zudem die Möglichkeit, stärkere Impul-

se zu setzen, um den bestehenden Hand-

Diese Aufgabe sollte eigentlich von den

Bundes- und/oder Landesjustizministe-

rien übernommen werden, doch leider

scheint es, dass diese sich schwer tun,

wissenschaftliche Erkenntnisse über die

Belastungsfaktoren zu erlangen und entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Daher

stellt sich die Frage: Können oder wollen

die Ministerien nicht aktiv dazu beitragen, wissenschaftliche Studien zu unterstützen?

Der BSBD und seine Mitglieder haben ein starkes Interesse an einer wissenschaftlichen Betrachtung dieses Themas, um daraus gegebenenfalls Sofortmaßnahmen und weitere Vorgehensweisen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzu-

lungsbedarf aufzuzeigen.

arbeitenden im Strafvollzug zu verbessern. Wir laden Sie herzlich ein, sich an dieser wichtigen Studie zu beteiligen und somit einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Justizvollzug zu leisten.

Mit besten Grüßen, René Müller BSBD Bundesvorsitzender



Aufruf zu einer Studienteilnahme

Studie zu Belastungen, Stress und psychologischen Schutzfaktoren im Justizvollzugsdienst

Liebe Mitarbeitende.

für unsere Online-Studie "Schutz und Belastungsfaktoren im Justizvollzugsdienst – Eine längsschnittliche Betrachtung der protektiven- und Belastungsfaktoren im Justizvollzugsdienst" suchen wir freiwillige Teilnehmende.

Stress und potenziell traumatisierende Ereignisse kommen im Berufsalltag des Justizvollzugsdienstes häufig vor. Diese Stressund Belastungsfaktoren werden zu zwei Messzeitpunkten im Abstand eines Jahres erfasst, um herauszufinden, wie damit zukünftig besser umgegangen werden kann. Das Ziel besteht darin, Faktoren zu identifizieren, die im Justizvollzugsdienst davor schützen, dass belastende Ereignisse und berufsbedingte Stressoren in einer dauerhaften Belastung resultieren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie durch Ihre Teilnahme an dem Fragebogen dieses Vorhaben unterstützen. Im Rahmen eines anonymisierten Online-Fragebogens können Sie eine Reihe von standardisierten Fragebögen beantworten. Über den unten aufgeführten Link bzw. QR-Code erhalten Sie Zugang zur Online-Befragung.

Die Bearbeitung wird in etwa 45 bis 60 Minuten betragen. Ihre Angaben werden streng vertraulich behandelt. Die wissenschaftliche Verwertung (Dokumentation, Speicherung, Auswertung) erfolgt ausschließlich in pseudonymisierter Form und dient einzig Forschungszwecken. Der Datenschutzgrundverordnung entsprechend sorgen wir dafür, dass die Daten Dritten nicht zugänglich sein werden. Es werden also keine personenbezogenen Daten, die eindeutige Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen, erhoben, geschweige denn an Kollegen, Vorgesetzte oder an das Ministerium für Justiz o.Ä. weitergegeben.

Link bzw. QR-Code zur Studie:

https://www.soscisurvey.de/Justizvollzugsdienst/



Bei Fragen oder Anmerkungen können Sie uns gerne kontaktieren:

E-Mail: Johannes.Merscher@uks.eu

Tel.: 06841/16-26350

Wie können Sie teilnehmen?

leiten

Auf dieser Seite finden Sie den entsprechenden QR-Code, um an der Studie teilzunehmen. Die Teilnahme erfordert zwar etwas Zeit, jedoch handelt es sich um eine wertvolle Investition, die für jeden Einzelnen lohnenswert ist. Es geht darum, den stetig steigenden Belastungen entgegenzutreten und die Bedingungen für alle Mit-

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

M. Sc. Johannes Merscher, Dr. Barra, Prof. Dr. Retz-Junginger, Prof. Dr. Wolfgang Retz





Forensische Psychiatrie und Psychotherapie

# BSBD Bund lädt zu Tarifkonferenz ein

# Gemeinsam in die Tarifverhandlungen 2025/2026

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, sich intensiv auf Tarifverhandlungen vorzubereiten, um bestmögliche Ergebnisse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erzielen.

Aufgrund dessen lädt der Vorsitzende der AG Tarif, Kollege Sönke Patzer, im Namen des BSBD Bund alle Tarifvertreter der Länder im April 2025 zu einer gemeinsamen Sitzung ein.



Sönke Patzer

#### Die wichtigsten Themen:

- Forderungsfindung: In Zeiten hoher Inflation und steigender Lebenshaltungskosten sind unsere Forderungen nach angemessener Entlohnung, Zulagen und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen wichtiger denn je.
- Erfahrungsaustausch: Wir werden gemeinsam die Ergebnisse der letzten Tarifrunde auswerten und daraus wichtige Lehren für die kommenden Verhandlungen ziehen.

#### Der Zeitplan für die Tarifverhandlungen 2025/26:

- Regionalkonferenzen (Anfang September): In den einzelnen Bundesländern werden wir Eure Vorstellungen und Anregungen sammeln.
- Bundestarifkommission (Ende September): Auf Grundlage der Ergebnisse der Regionalkonferenzen wird die Bundestarifkommission die endgültigen Forderungen formulieren.

Verhandlungsrunden mit dem TD-L:
 Dezember 2025:
 Erste Verhandlungsrunde in Berlin Januar 2026:
 Zweite Verhandlungsrunde Februar 2026:
 Dritte Verhandlungsrunde

Eure Beteiligung zählt!

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen. Eure Stimme ist wichtig, um unsere gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Nehmt alle aktiv teil und gestaltet die Zukunft mit!

Sönke Patzer Stv. Bundesvorsitzender Vorsitzender AG Tarif



# Interesse an Justizgewerkschaften signalisiert

# Treffen der AG Justiz im dbb mit MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU)

Im Rahmen der AG Justiz nahm BSBD-Vorsitzender René Müller an einem Treffen mit der Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Elisabeth Winkelmeier-Becker, teil.

Bei diesem zweiten Treffen wurde ausführlich die aktuelle Situation der deutschen Justiz in Verwaltung und Vollzug erörtert. Frau Winkelmeier-Becker zeigte sich offen und interessiert an den derzeitigen Problemen und sagte ihre Unterstützung und Hilfe im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer Fraktion zu.

Mit diesen Treffen setzt sie ein Zeichen an unsere Mitglieder, dass zumindest ein Teil der Bundespolitik an einem Austausch mit den Justizgewerkschaften des dbb interessiert ist.

Dem ehemaligen Bundesjustizminister Buschmann (FDP) gelang es hingegen nicht, ein persönliches Treffen mit den Justizgewerkschaften des dbb zu arrangieren. Vielen Dank an den dbb und die Vorsitzende des Rechtsausschusses.



Teilnehmer der AG Justiz mit Frau MdB Winkelmeier-Becker (CDU, zweite von links)

# Justiz besser aufstellen, Vertrauen in den Staat stärken

René Müller (BSBD), dbb-Vize Volker Geyer, Klaus Plattes (DJG), Matthias Boek (DGVB), Carsten Rietdorf (DAAV), Kristina Fuhs (BDR) – Vertreter der dbb Justizgewerkschaften – haben bei Elisabeth

Winkelmeier-Becker MdB, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, ihre Argumente platziert.

# **Gute Stimmung trotz schwieriger Themen**

# Arbeitskreissitzung der BSBD-Frauenvertretung in Magdeburg

Vom 28. bis 30. November 2024 fand in Magdeburg die Arbeitskreissitzung der BSBD-Frauenvertretung statt.

Auf Einladung der Bundesfrauenvorsitzenden versammelten sich die Frauenvertreterinnen aus den Bundesländern: Manja Sommer (Baden-Württemberg), Anett Matz (Sachsen-Anhalt), Sonja Belz (Nordrhein-Westfalen), Susanne Leib (Hessen), Manuela Burkert (Sachsen), Kerstin Loeck (Mecklenburg-Vorpommern), Katharina Starke (Niedersachsen), Melanie Waldmann (Schleswig-Holstein), Susanne Schneider-Papst (Thüringen), Franziska Meinel (Brandenburg ) und Elke Wiesbauer (Bayern). Als Gast durften wir vom Bundesvorstand Dörthe Kleemann begrüßen.

Am ersten Tag begannen wir unsere Tagung mit einer Führung durch die JVA Burg. Diese wurde von unserer Kollegin Anett Matz organisiert. Begrüßt wurden wir von der Wirtschaftsleiterin Frau Albrecht und der zu dieser Zeit als kommissarische Anstaltsleiterin eingesetzten Frau Kirchhoff. Frau Albrecht gab eine großartige Vorstellung der JVA Burg über eine PowerPoint-Präsentation. Hier erklärte sie uns, wie die JVA aufgebaut wurde und welche Haftarten in der JVA vertreten sind. Danach führten uns Frau Albrecht und Frau Matz durch die Anstalt. Sehr interessant war die Sicherungsverwahrung und für viele auch der Besuchsbereich. Für mich persönlich war es die Schneiderei, die mich sehr beeindruckt hat.

Wir bedanken uns bei allen sehr herzlich für diese gelungene Anstaltsführung, trotz der zu dieser Zeit etwas schwierigen Verhältnisse vor Ort.

Bei einem gemeinsamen Abendessen lie-Ben wir die Eindrücke Revue passieren und den Tag bei weiteren guten Gespräche ausklingen.

Am 29. November begannen wir unsere Sitzung mit der Begrüßung der Bundesfrauenvorsitzenden und einer Vorstellungsrunde, da wir viele neue Mitglieder dazugewonnen haben. Über die Teilnahme von Dörthe Kleemann von der Bundesvorstandschaft freuten wir uns sehr.

Wir diskutierten über Personalmangel und wie unterschiedlich in den Bundesländern Personalgewinnung praktiziert wird. Es gibt in einigen Bundesländern, beispielsweise Berlin/Brandenburg, einen Tag der offenen Türen. Hier können sich Interessenten bestimmte Bereiche direkt ansehen und sich vor Ort einen Eindruck verschaffen, wie Arbeiten hinter Mauern ist. Bei anderen wie Schleswig-Holstein/Brandenburg werden Bewerber erst als Tarifbeschäftigte eingestellt, bevor diese die Ausbildung machen

können. Der Vorteil hier, der Bewerber kann sich ungefähr ein Jahr lang einen Eindruck verschaffen, ob dies wirklich sein Beruf ist. Aber auch die Anstalt kann sich den Bewerber etwas genauer ansehen.

In Brandenburg gibt es ein neues Ü-40 Programm für Angestellte. Viele gehen aber auf Job- und Ausbildungsmessen, werben über Mundpropaganda und manche machen schon Online bzw. Sozial Media Werbung.

Über Personalgewinnung kamen wir auf das Thema Schichtdienst. Da dies oft bei Bewerbungsgesprächen bzw. bei Messen schon ein Ausschlusskriterium ist. Es gibt aber viele verschiedene Ansätze diesen Schichtdienst für das vorhandene Personal attraktiver zu machen. In Hessen wünschen sich die jüngeren Kollegen am Wochenende ein Zwölf-Stunden-Schichtmodell. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wird dies schon seit Jahren praktiziert und wird von den Kollegen gut angenommen. In Hessen wird, nicht wie in vielen Bundesländern, der Dienstplan für ein ganzes Jahr (von Januar bis Dezember) vorgeplant, was viele Kollegen als sehr angenehm empfinden.

Zu diesem Thema passte dann auch der Fachkräftemangel, den es in vielen Anstalten gibt. Es mangelt vor allem im medizinischen Bereich (Ärzte und Pflegekräfte), sowie im psychologischen Bereich und bei den Psychiatern. Einige Bundesländer benutzen schon die Videosprechstunden, was sehr praktisch ist, wenn der medizinische Dienst nicht 24 Stunden im Haus ist. Was gut vertreten ist, ist in allen Bundesländern der Sozialdienst.

Bei dem Thema Gefangene allgemein, wurde sehr angeregt über das Selbstbestimmungsrecht, welches seit dem 1. November 2024 gültig ist, diskutiert. Hier stellt





Die BSBD Frauen - ein starkes Team

sich vielen die Frage und auch Sorge, dass Gefangene dies ausnutzen könnten und wie dies in den JVA'en umgesetzt werden soll. Viele sind der Meinung, dass hier im Gesetz geregelt werden soll, wie mit "im Ausweis Frau, aber noch männliche Genitalien" oder andersrum, umgegangen werden soll. Diversität birgt große Probleme: Wer darf wen wie durchsuchen? Wo wird die Person untergebracht? Welche Behandlungsmaßnahmen? Es würde für viele Kollegen mehr Sicherheit vermitteln, wenn es dazu klare Anweisungen oder Regelungen geben würde.

Auch wurde über psychisch auffällige Gefangene diskutiert. Hier sind sich alle einig, dass wir meist die falsche Unterbringung sind, da in den Anstalten zu wenig Fachpersonal und geeignete Therapien oder Maßnahmen angeboten werden können. Auch sind die Justizvollzugsbeamten nicht richtig im Umgang und der Behandlung solcher Gefangenen geschult.

Bei dem Thema Gleichstellung ist es in den meisten Bundesländern in der Führungsebene sehr ausgeglichen. In vielen werden Stellenausschreibungen geschlechtsneutral verfasst. Trotzdem wird bei Beurteilungen es oft noch als ungerecht gesehen, hier werden gefühlt immer noch Männer besser beurteilt als Frauen. Dies liegt auch mit daran, dass immer noch mehr Frauen in Teilzeit arbeiten als Männer.

Bei einem unserer Schwerpunktthemen kochten teilweise die Gemüter hoch. Es wird schon gesehen, dass das Thema sexuelle Belästigung sehr schwer zu händeln ist. Aber es wird immer noch gerne in den Anstalten verschwiegen bzw. nur mit mäßigem Verhalten verfolgt, falls ein Verdacht im Raum steht.

Es ist uns sehr wohl bewusst, dass es schwierig ist, wenn ein Verdacht im Raum steht, dies zu beweisen, da es in den meisten Fällen nicht öffentlich, sondern eher im Stillen passiert. Auch sind wir uns bewusst, dass es Fälle gibt, die sich nach Ermittlungen anders darstellen als angezeigt, aber leider wird oft erst gar nicht ermittelt.

Wir waren uns auch einig, dass es nicht nur Frauen sind, die sexuell belästigt werden, sondern dies auch Männern geschehen kann. Genau aus diesem Grund fordern wir mehr Fortbildungen und Lehrgänge, in denen vor allen zuerst die Vorgesetzten geschult werden, um diese zu sensibilisieren. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz muss umgesetzt werden.

Wir fordern, eine verstärkte Aufklärungsarbeit und dass das Thema ernst genommen werden muss, um ein sicheres und respektvolles Arbeitsumfeld zu gewährleisten.

# Tagungen, Meetings, Sitzungen und Jahreshauptversammlungen

BSBD-Frauenvorsitzende und stellv. JVB-Frauenvorsitzende blickt zurück auf 2024



Elke Wiesbauer

Mein Jahr begann mit der Jahrestagung des dbb in Köln. Bei der Jahrestagung werden viele politische Themen angesprochen, die den öffentlichen Dienst betreffen. Es ging um geopolitische Herausforderungen und Spannungen, Wahlen in Europa und einigen Bundesländern, Vertrauen in die Demokratie und die Funktionsfähigkeit des Staates.

Eingeladen als Gäste waren zum Beispiel der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, sowie Bundesverfassungsrichter a.D. Peter Müller und viele mehr. Es gab interessante Podiumsdiskussionen und viele Gespräche rund um die Jahrestagung mit Kolleginnen und Kollegen aus vielen verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Vom 29. Februar bis 1. März durfte ich an der Hauptvorstandssitzung (HV) dbb-Frauen in Bonn teilnehmen. Hier treffen sich von allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Frauenvertreterinnen und diskutieren über Themen wie Equal Care Day, wie bringt man im öffentlichen Dienst Pflege, Beruf und Familie unter einen Hut. Es wurde über gleichstellungspolitische Herausforderungen diskutiert und eine Resolution auf den Weg gebracht gegen Rechtsextremismus und für die Verteidigung von Frauenrechte in Deutschland.

Bei der Bundeshauptvorstandssitzung (BuHaVo), dieses Mal in Erfurt vom 12. bis 14. März, trafen sich alle Gewerkschaftsvorsitzende der Länder und sprachen über aktuelle Themen im Vollzug. Es gab einen

regen Austausch über den Vollzug in den Bundesländern: Welche Schwerpunkte an die Länderregierung und Bundesregierung getragen werden, wie zum Beispiel Übergriffe und Angriffe auf Vollzugsbedienstete. Hier werden auch Forderungen an Länderregierungen oder an die Bundesregierung gestellt.

Die BSBD-Frauenvertreterinnen hielten am 10. Juni ein Online-Meeting. Vertreten waren sieben Länder. Wir nutzten das Meeting vor allem, um unsere neuen Frauenvertreterinnen kennenzulernen und über die Arbeit im Verband zu diskutieren, sowie Hilfestellungen für die Neuen anzubieten. Wir besprachen aber auch verschiedene Themen, die uns im Vollzug beschäftigen. Wie wird Gleichstellung in den Bundesländern gehändelt, wie verhält es sich mit Nachwuchsgewinnung, wie ist die Einstellung zu 18-Jährigen in den Justizvollzugsdienst? Auch über Teilzeitregelungen und Dienstplanung wurde gesprochen.

Beim BBB-Verbändetag in München am 11. Juni durfte ich an einem Workshop über Resilienz teilnehmen und konnte mich mit anderen Teilnehmern des öffentlichen Dienstes austauschen.

Dann ging es vom 10. bis 12. Juli weiter nach Weiden zur Jahreshauptversammlung des JVBs. Hier war ein großes Thema die Zunahme der Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete. Danach ging es vom 28. bis 30. Oktober nach Düsseldorf zum Ländertreffen des BSBD. Es gab Berichte aus den Bundesländern und ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter VI – Justizvollzug – des Justizministeriums NRW, Uwe Nelle-Cornelsen.

Das Treffen der JVB-Frauen in Aichach am 12. November, befasste sich mit den vielen Themen, die in unseren Anstalten an uns herangetragen wurden. Hier wären zum Beispiel die Beurteilungen und die Beförderungssituation von Frauen in manchen Anstalten zu nennen oder wie das Allgemeinen Gleichstellungsgesetz in den Justizeinrichtungen umgesetzt wird.

Die zweite HV der dbb-Frauen fand vom 13. bis 15. November in Wiesbaden statt. Die Vorbereitungen für den Bundesfrauenkongress 2026 mit den geplanten Neuwahlen sind vorgestellt worden.

Und zum Schluss trafen sich im November 2024 die BSBD-Frauen zur Arbeitskreissitzung in Magdeburg. Vor Ort wurden wieder viele Themen aus den einzelnen Ländern diskutiert und es gab einen regen Austausch. Zu nennen sind insbesondere die Themen Personalmangel, Schichtdienst, Fachkräftemangel, psychisch auffällige Gefangene und einiges mehr.



Teilnehmerinnen des HV der dbb Frauen in Wiesbaden

# **Europa stand im Mittelpunkt**

#### **Bundesseminar in Görlitz**

Die östlichste Stadt Deutschlands war das Ziel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des letzten BSBD-Bundesseminars im Jahr 2024. Bundesseminarleiter Winfried Conrad hatte als Veranstaltungsort eine kirchliche Bildungseinrichtung außerhalb der Stadt Görlitz ausgewählt, die durch ihre Baulichkeit und Geschichte beeindruckte.

Bestens versorgt, startete das Seminar mit einer nicht so erfreulichen Nachricht. Die eingeladenen Gäste und Referenten aus der dortigen Vollzugsgewerkschaft mussten leider ihre Teilnahme aus gesundheitlichen Gründen absagen. Umso erfreulicher war, dass der saarländische Kollege Joachim Kapitza mit Unterstützung des Kollegen Markus Wollscheid über ihre Stippvisite 2023 in Litauen berichteten. Zunächst referierte Kollege Kapitza über die Geschichte Litauens und die derzeitige politische Lage.



Die Teilnehmer des Bundesseminars in Görlitz

#### **Bericht aus Litauen**

Bei ihrem Besuch in Litauen saßen ca. 5000 Gefangene ein, davon 500 in Untersuchungshaft. Im Verhältnis Gefangene pro 100.000 Einwohner sind es in Litauen 180 Gefangene – in EU-Durchschnitt nur 106. Dennoch ist die Zahl der Inhaftierungen von 2016 bis 2022 um 27 Prozent gesunken. Seit 2023 gibt es bei Diebstahl mit einer Schadenshöhe von 500 Euro eine Haftstrafe, zuvor war die Grenze bei 250 Euro. Damit endete der erste Seminartag.

Den zweiten Seminartag eröffnete Waldemar Czarnecki mit dem Vortrag: "Noch ist Polen nicht verloren". Diese Zeile der ersten Strophe der polnischen Nationalhymne verdeutlicht die Geschichte des Landes. Waldemar Czarnecki war lange Zeit Anstaltsleiter in der Vollzugseinrichtung Luban. Er hat seit fast 20 Jahren sehr gute Kontakte zum BSBD über die Kollegen Conrad und Wollscheid. Mehrfach trat er schon als Referent bei der dbb-Akademie auf.

#### Politische Lage in Polen

Nach einem kurzen Ausflug in die Geschichte stieg der polnische Kollege mit einem Referat über die aktuelle politische Lage in die Thematik ein. Er erläuterte die Zeit unter der Regierungsverantwortung der PiS, unter der versucht wurde, private Unternehmen zu verstaatlichen, die Justiz in ihrem Sinn umzubauen und die Medien an die "Leine" zu legen. Alle Maßnahmen haben sich negativ auf die Wirtschaft des Landes und die polnische Bevölkerung ausgewirkt. Im Anschluss begab sich der Referent auf eine Reise durch die Länder Europas und auch außerhalb Europas und erläuterte, wie negativ PiS diese Länder einstufte. Nach der achtjährigen Amtszeit unter PiS wird es dauern, so Czarnecki, bis wieder die Normalität in die polnische Politik zurückkehrt.

#### Görlitz kennengelernt

Am Nachmittag wurde der Seminargruppe beim Besuch der Altstadt von Görlitz die lange und sehr wechselhafte Geschichte der Stadt nähergebracht. Weit im Osten der Republik hat die Stadt viele Einwohner verloren, obwohl genügend anspruchsvoller Wohnraum zur Verfügung steht. Viele Polen nutzen die Grenznähe der Stadt, um dort zu arbeiten oder einzukaufen. Bei einem Rundgang in der Stadt fühlt man sich in die zwanziger Jahre zurückversetzt. Der Krieg hat – Gottseidank – Görlitz, die Menschen, die Stadt und die Architektur verschont.

Am letzten Seminartag wurde zunächst vom Bundesseminarleiter Winfried Conrad die Gruppe auf Teamarbeit eingeschworen. Nur im Team lassen sich Probleme im Dienst oder auch auf gewerkschaftlicher Ebene zielführend lösen. Anschließend kam es noch zu einem sehr aufschlussreichen und interessanten Erfahrungsaustausch.



Referent Waldemar Czarnecki

# Mitglieder sind wichtig für Gewerkschaften!

# Seminar in Leipzig

Die Überschrift des Seminars mit gewerkschaftlichem Inhalt war ein Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizäcker. Dieser sagte: "Zur Freiheit der Gewerkschaften gehört es, das sie unbequem sind. Bequem sind Gewerkschaften nur dort, wo sie unter dem Zwang von rechten oder linken Diktaturen stehen".

Der Einladung des Bundesseminarleiters Winfried Conrad zu dem Seminar waren über 15 Kollegen aus den Bundesländern gefolgt und hatten die Reise nach Leipzig angetreten. Nach kurzer Vorstellungsrunde eröffnete Kollege Thomas Porr den Reigen der Referenten. Der Landesvorsitzende des BSBD aus Sachsen war genau der richtige Mann für das Thema, das ihm übertragen wurde: "Gewerkschaftsarbeit in den neuen Bundesländern im Osten der Republik" Porr kritisierte zunächst die Überschrift seines Themas. Er regte an, den Begriff "neuen Bundesländer" durch die Bezeichnung "östliche Bundesländer" zu ersetzen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung könne man nicht mehr von "neu" sprechen. Kollege Porr gewährte bei seinem Vortrag einen tiefen Einblick in die Empfindungen, Erwartungen und Enttäuschungen der Menschen in den östlichen Ländern. Selbst nach über drei Jahrzehnten vereintes Deutschland scheinen die Ostländer immer noch von allgemeinen Entwicklungen abgehängt zu sein.

Seine These konnte Kollege Porr mit Beispielen substanziieren. Insbesondere nach dem Ausgang der drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg wird



Hans Dieter Gattung



Seminargruppe

sich bei der Gewerkschaftsarbeit vor Ort einiges ändern. Insbesondere die Wahlergebnisse der AfD, neuer Parteien wie das Bündnis Sahra Wagenknecht und die Wahleinbrüche bei der Linkspartei werden sich auf die Arbeit des BSBD auswirken. Thema der anschließenden lebhaften und interessanten Diskussion war die Frage, inwieweit die AfD auch als Gesprächspartner für den BSBD in Frage kommt. Kollege Porr erläuterte seine Sichtweise und die des sächsischen Landesverbandes.

#### Wie gewinnt man Mitglieder?

Der nächste Tag stand im Zeichen der grundlegenden Gewerkschaftsarbeit auf Ortsverbandsebene. Den Anfang machte das Thema "Wie gewinnt man Mitglieder?" Als erfahrener BSBD'ler und dbb-Funktionär in Rheinland-Pfalz hatte Hans Dieter Gattung einen Vortrag vorbereitet. Die Werbung neuer Mitglieder ist ein wichtiges Ziel aller Orts- und Landesverbände bundesweit. Die große Herausforderung ist, durch Ansprache junge Menschen für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu gewinnen. Dieter Gattung wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die persönliche Ansprache ein wichtiges Werkzeug bei der Mitgliedergewinnung ist. Erörtert und diskutiert wurden verschiedene Ideen und Aktionen in den Landes- und Ortsverbänden zur Gewinnung von Mitgliedern.

Der Nachmittag stand im Zeichen der Mitgliederbetreuung. Zu dieser Thematik referierte der stellvertretende Landesvorsitzende Sascha Möbius aus Hamburg. Kollege Möbius begann mit der Bemerkung, dass die Rekrutierung von Mitgliedern schon sehr schwierig sei, nicht weniger schwierig sei aber auch, das Mitglied zu halten. Der Spruch: "Einmal in der Gewerkschaft, immer in der Gewerkschaft" gelte nicht mehr. Das Mitglied stelle erheblich größere Erwartungen an eine gewerkschaftliche Gemeinschaft als es früher mal war. Möbius brachte Beispiele aus der Praxis, welche Möglichkeiten ein Verband hat, die Mitglieder an sich zu binden.

Der letzte Seminartag stand im Zeichen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. In einer kurzweiligen und interessanten Seminarübung wurden den Teilnehmern die Vorteile der Teamarbeit bei der Entscheidungsfindung vermittelt. Der Referent und Bundesseminarleiter, Winfried Conrad, hatte dazu das NASA-Spiel ausgewählt. \*

Im Anschluss wurde noch eine Podiumsdiskussion von den Seminarteilnehmern vorbereitet und durchgespielt. Diskussionsinhalt war die Notwendigkeit der Interessenvertretung durch Gewerkschaften in der heutigen Zeit. Die Seminarreihe mit gewerkschaftlichen Themen wird im Jahr 2025 fortgesetzt.

\* Anm. d. Red.: Das NASA-Spiel ist ein Teamspiel und eine spielerische Methode zur Gruppenarbeit, Kommunikation und Gruppendynamik. Das Spiel dient dazu, unterschiedliche Entscheidungsfindungsprozesse in Einzel-, Gruppenarbeit und Delegation zu veranschaulichen.

Siehe auch: https://wb-web.de/material/ methoden/das-nasa-spiel-ein-spiel-zurgruppendynamik-und-gruppenarbeit.html

7 0	7	6					4		o	•	chter	lei	-	Verb substanti-	_			_	hoherBerg	_	erviel-
0.	3	6		7			6		8	١	alopp	G	\ \ \	vieren Hauptstadt	7		Ordn	W	unum- stößlich	<b>V</b>	ältiger frikani.
e e	3	9		6		_	7		5	$\dashv$	V	Ven	$\vdash$	Lettland		:hi-	gried sche l		Stoisiich		eligion
Vel: E	6	4		0	9	3	Ĥ		7							en-	Platt				-
insti	5	3	9		7	3	2	-	•	$\neg$	- 1				taat in Asien	S	V			-	ewichts- einheit
	8	0	J	1				-		$ \bot $					erzicht	1.63					Musik- auftritt
UR				- 10	2	9	$\dashv$	8	6						1		•	Milchpro- dukt (-h)			
70			2		8		$\dashv$			4	-	+				+		ich kann nicht			
all	9		Control of the Contro		(00)		3		4								Störe	1			ufvogel uskelan-
چ چ				6			╡		4	$\dashv$	$\dashv$	+		Tonarten		+				$\dashv$	annung
Idoku		5					3	-						Abholzen							80
J-Lev			1		2	4	9			ārme	1	T		7		$\top$		-	In diesem Raum		est.
Sudoku-Level: Schwer		8					7	4		ebend									Währung		Zahl
hwe	7	15000							5	<b>7</b>					8]		Kosm fart		¥:		
		6	5	7			1	8		_	_	+			777	ng	Wahn		_	Dativ wir	
					8	1	4				nand sucht				alte ährung	W	\ \ \		(d)	Haupt-	okal wo an was trinkt
					5	9	508		2	$\dashv$	•		Kreis		egulator	Re		Irländer		stadt von Eritrea	trinkt
	4	2			6		8		1		'		Soes		0.00		600	ausge- schlossen		10.400	-
ក្ 🎥			1		2	8	Ħ			$\exists$	7	ch	Raubfis			$\top$		Y		-	opfbe- eckung
d de la						(ACA)	8		1												lekto- meter
Sudoku-Level:		5						6					-	Ausruf				-	dicht		
el: Se	П	6	4	5			┪			_	_	_		Zahl		$\perp$			Obstbrei		
Sehr Schwer		2	69	183-6		9		4	7		- 1						Leihh				Ameri- kaner
hwei				4	6	7	5			$\dashv$	$\dashv$	+				de	Anre			-	ischart
UR		7	9					5			- 1		männlik Perso								•
			3						6	$\dashv$	$\dashv$	+				+		G.		$\neg$	alt-
<u></u>				1			3		4									ursprüng- liche Form	,		alt- mische Jünze
		_				_		-		9	10	23	2	17		7	17	16	9	7	3 5
6	5		4	ı	3		2	Т	1	,	10	23	2	117		,	17	10	9		3
				۰		+		+		5		17		5		9		17		23	
	Α	4						ı		26	11	16	22	20	11	5	14	11	8	1 26	7 2
12		١,	40		_	Ť	_	1	-			10				47					_
12	L1	Ľ	10		9		8	1	7	10		10				17		5		22	6
			F			1				26	11	8	17	5	15	17	5	19		8	9 5
		$\perp$	i.	_		1		1		14		9		11		9		26	-	10	
18	17	1	16		15		14	Т	13												Ę
				+				+		9	7	8	16	15	26		26	11	5	7 8	1
							L					26		26		26		9		22	4
				+		+		+		10	2	17		11	26	20	11	26	20	6 0	
24	23	2	22		21	Service Control	20		19	19	2	17		:0	20	20	13	20	20	ľ	
								1		16		9		26		8				26	6
										26	10	26	16	21	7	9	21	1	8	6 17	5 2
Rätsel	Die Auflösung der Rätsel werden in Ausgabe 2-2025			26		25		4		ontall.		1.00		ronti.		6					
			40		5 26		15		7		19		16		5		7				
			uckt	redr	ahe		Е			26	14	9	9	26	2	17		17	26	9	5 2
er	1	ing d	flösu n in A	Aut	Die		26		25	26 15	10	26 7	16	21 19		9	11 21	1	8	6 17 7	5 2



# Rätselspaß im "Vollzugdienst" Lösungen für Ausgabe 6/2024

Kreuzworträtsel

S S R F U 0 H E E D 0 G G G S H E R T S E N K E E R T R R 0 T A 0 T R S В

Zahlenrätsel

G	Ε	В	0	Н	R	T		N	0	٧	U	М
Α		1		Τ,		R		Е		Е		Ε
R	Ε	Z	Е	Ν	S	1	0	Ν		Ν	U	Т
В				K		$\supset$		Ν		$\supset$		Α
0	Ε	L	S	Т		Μ	$\supset$	Е	Τ	S	Α	L
		Α		Е		Р				В		L
Т	J	G	ш	Z	D	$\pm$	Α	F	Т	Е	R	Е
0		E				Α		Е		R		
М	Α	R	Н	-	Α	$\perp$		$\supset$	Z	G	$\supset$	Τ
Α		Ξ		Δ		S		R				A
Т	W	Α		Α	М	T	L	T	С	Η	Е	S
Ε		$\supset$		G		ш		G		Е		Τ
N	1	S	T	Е		Ν	Α	Ε	Н	R	T	Ε
G G												
¹E	<sup>2</sup> F	3		<sup>5</sup> C	6 U		8 S	9W	<sup>10</sup> Z		12 A	13 K

Sudoku leicht

8	7	3	5	1	6	9	2	4
2	9	4	3	8	7	6	5	1
1	5	6	4	9	2	8	7	3
9	6	2	8	4	1	5	3	7
4	3	7	2	6	5	1	8	9
5	1	8	7	3	9	2	4	6
6	2	5	9	7	3	4	1	8
3	4	9	1	5	8	7	6	2
7	8	1	6	2	4	3	9	5

#### Sudoku mittelschwer

9	5	2	8	1	7	3	4	6
6	3	4	5	2	9	1	8	7
8	7	1	3	4	6	5	9	2
1	8	7	6	3	2	4	5	9
3	6	5	9	7	4	8	2	1
4	2	9	1	5	8	6	7	3
5	9	6	7	8	1	2	3	4
7	4	3	2	6	5	9	1	8
2	1	8	4	9	3	7	6	5

#### Sudoku sehr schwer

3	4	5	8	2	1	7	6	9
6	1	2	3	9	7	5	8	4
7	9	8	4	6	5	2	1	3
5	8	3	1	4	2	6	9	7
4	7	9	5	8	6	1	3	2
2	6	1	9	7	3	8	4	5
9	5	7	6	1	4	3	2	8
1	2	4	7	3	8	9	5	6
8	3	6	2	5	9	4	7	1

# Politische Landeshauptvorstandssitzung des BBW-Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg

Getrübte Aussichten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg

Am 20. November tagte der Landeshauptvorstand des BBW-Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg in Karlsruhe. Der BSBD-Landesverband war mit einem Gremium unter dem Vorsitzenden Michael Schwarz und dem Ehrenvorsitzenden Alexander Schmid, der dem BBW-Vorstand angehört, dabei.

Hauptsächlich ging es um den aktuellen Haushaltsentwurf für die Jahre 2025 und 2026, aber auch zukünftige Planungen im Beamten-, Tarif- und Versorgungsbereich waren Thema. Von Seiten des Beamtenbunds wurden unter anderem das Partnereinkommen zur verfassungskonformen Alimentation, die Kürzung der Zuführung in den Pensionfonds, die Arbeitszeitregelung (mit 41 Stunden-Woche ist Baden-Württemberg bundesweit auf dem letzten Platz), die Beihilfe als Fürsorgepflicht und die Novellierung der Entgeltordnung TV-L thematisiert.

Neben der normalen Tagesordnung waren noch zwei Gäste aus den Regierungsfraktionen geladen für einen Austausch mit dem Landeshauptvorstand des BBW. Die Landtagsabgeordneten Herr Peter Seimer (Bündnis 90 / Die Grünen) und Herr Dr. Albrecht Schütte (CDU) stellten sich den teils kritischen Fragen. Überwiegend ging es um fehlende finanzielle Mittel, die sich aufgrund sehr stark gestiegener Kosten generierten. Als Beispiel wurden die Krankenhauskosten genannt, die über 70 % gestiegen sind. Solche Kostensteigerungen, bei gleicher Leistung, gibt es in vielen Bereichen. Aus politischer Sicht ist man mit der Haushaltsplanung sehr zufrieden und auch überzeugt, dass der Belegschaft des Landes keine unannehmbare Last auferlegt wurde.

Bundesweit schwächelt die Wirtschaft und Kostensteigerungen sind auch in den nächsten Jahren weiterhin zu erwarten. Keine rosigen Aussichten für den Einzelhaushalt 2027 und dem folgenden Doppelhaushalt, den dann schon eine neue Landesregierung zu verantworten haben wird. Keiner möchte zurück in die 1990er Jahre mit Sonderopfer und Sparzwängen bei den Beschäftigten.

Umso wichtiger ist es wieder, bei Aktionen und Demonstrationen des Beamtenbundes präsent zu sein und "Flagge" zu zeigen.



Mit dem Hintergrundwissen, dass sich unsere Justizministerin Marion Gentges bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen für den Justizvollzug stark gemacht hat, können wir dennoch positiv auf die nächsten zwei Haushaltsjahre blicken.

Bericht: Lars Rinklin



# Alle Jahre wieder: Personalräteschulung des BSBD

#### Personalräte des BSBD immer auf dem neusten Stand und im Austausch miteinander

Am 11.11.24 und 12.11.24 lud der BSBD zur jährlichen Personalräteschulung. Statt wie üblich im Frühjahr, kam man 2024 erst im Herbst zusammen, da die Schulung nach den Personalratswahlen im Sommer stattfinden sollte.

Hierzu traf man sich, wie üblich, in der Schwäbischen Toskana, genauer gesagt in Hößlinsülz im Landgasthof Roger. Diese Tagungsstätte ist schon seit mehr als einem Jahrzehnt der Ort für die Veranstaltung.

Der Landesvorsitzende und Tagungsleiter Michael Schwarz begrüßte alle Anwesenden. Er gab einen kurzen Überblick über den Ablauf der zwei Tage und ging auf die Zusammenarbeit zwischen Hauptpersonalrat und den örtlichen Personalräten ein.

Er entschuldigte Sabine Glas, stellvertretende HPR-Vorsitzende und zuständig für den Tarifbereich. Kollegin Glas konnte dieses Mal leider nicht persönlich an der Tagung teilnehmen, aber ließ es sich nicht nehmen ein paar Worte an die Teilnehmenden zu richten, die verlesen wurden.

Sodann startete der Schwerpunkt des ersten Tages: der Austausch mit dem Leiter des Personalreferats Justizvollzug beim Ministerium der Justiz und für Migration Herrn Leitender Ministerialrat Egerer.

Herr Egerer informierte umfassend und ging auf die Fragen der Teilnehmer ein. Zum Neubau der JVA Rottweil berichtete er, dass die neue Anstalt ab Juni 2027 schrittweise belegt werden solle und der Vollbetrieb ab September 2027 angedacht sei, vorausgesetzt es komme zu keinen Verzögerungen beim Bau. Im Gegenzug werden die alte JVA Rottweil mit ihren Außenstellen und die JVA Waldshut-Tiengen geschlossen.

Die neue JVA werde über 502 Haftplätze (HP) verfügen, wobei 30-35 als Offener Vollzug vorgesehen seien. Es werde 52 barrierefreie HP für Gefangene mit Pflegegrad II bis IV geben. 10-15 HP seien für Transsexuelle auf Wohngruppen vorgesehen. 30 HP seien für stationäre Suchtbehandlung und 15 HP für Substitution geplant.

Weiterhin wurden die Themen Personalentwicklung, Mehrarbeit und Krankenstand besprochen, sowie kontrovers diskutiert. Herr Egerer teilte zur Wahlmöglichkeit Beihilfe/Freie Heilfürsorge mit, dass der Trend bei den Neueinstellungen klar in Richtung Freie Heilfürsorge gehe. Aktuell seien etwa 71 Prozent der Beschäftigten in der Freien Heilfürsorge angegliedert.

Michael Schwarz bedankte sich für den offenen und ehrlichen Austausch mit Herrn Egerer und zog ein positives Resümee. Positiv war auch die rege Beteiligung und Berichterstattung aus dem Gremium.

So traditionell wie die Personalräteschulung selbst, war auch der Grillabend in der Tagungsstätte bei dem es sich der Chef des Hauses Michael Roger nicht nehmen ließ für die Tagungsgäste selbst zu grillen. Hierbei fand man nochmals reichlich Zeit, um weiter über das eine oder andere Thema zu sprechen.





Der zweite Tag startete mit dem Tagesordnungspunkt Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Personalrat. Hierzu berichtete der Landesvorsitzende Michael Schwarz zu aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen und ihren Auswirkungen auf die Personalratsarbeit. Ein wichtiges Thema war auch hier die lange Wartezeit bei der Beihilfe und Dienstkleidung. Leider muss man klar zu verstehen gegeben, dass wohl mit keiner signifikanten Besserung in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Im November fand zu diesem Problem und weiteren Themen rund um die Dienstkleidung ein Gespräch zwischen der ARGE Blaue Uniform und dem LZBW statt. Der BSBD war in der Arbeitsgruppe gleich zweimal personell vertreten, einmal in der Funktion als HPR, sowie als Gewerkschaft. Was dadurch erreicht werden konnte, bleibt abzuwarten.

Der Vorsitzende gab noch einen Rückblick auf die Personalratswahlen im Juli und die Ergebnisse der BSBD-Kandidaten. Er bedankte sich für die tolle Unterstützung bei der Wahl und für die Bereitschaft sich für ein Amt im örtlichen Personalrat zur Verfügung zu stellen. Diesem Tagesordnungspunkt schloss sich der Informationsaustausch unter den Teilnehmenden mit Berichten zur aktuellen Lage aus den Anstalten an. Hierbei zeigte sich wieder deutlich, dass Mitarbeiterbindung die Hauptaufgabe im Personalbereich ist und bleiben wird.

Am Ende des zweiten Tages gab es noch einen interessanten Vortrag durch den Kooperationspartner Debeka zum Thema Dienstunfähigkeit und ihre Folgen.

Die häufigsten Gründe für Dienstunfähigkeit seien nach wie vor psychische/psychosomatische Erkrankungen. Der Anteil betrage derzeit bei Männern 50 % und bei Frauen 66 %.



Am Ende der Tagung bedankte sich der Vorsitzende bei den Teilnehmenden für ihr Kommen und die sehr rege und konstruktive Teilnahme an der Veranstaltung.

Wir freuen uns schon auf 2025!

Bericht: Kai Kretschmer

# Feiern und den Alltag vergessen – Gitterparty 2024 des BSBD macht es möglich

Die Gitterparty im Four Runners Club Asperg ging am 23.11.2024 in die zweite Runde und war wieder ein voller Erfolg!

Die Partymeute feierte ausgelassen zu den Beats von DJ Timoee, der die Tanzfläche zum Beben brachte.

Dank einer Fotobox konnte in Sekundenschnelle eine gedruckte Erinnerung an den Abend mit nach Hause genommen werden. Bei der Tombola gab es einen BSBD-Rucksack und Gutscheine zu gewinnen. Alle Gewinner freuten sich über die actiongeladenen Preise!

Die Kombination aus guter Musik, großartigen Erinnerungen und der Möglichkeit, etwas zu gewinnen, machte den Abend unvergesslich.

Wir möchten uns hiermit insbesondere beim Four Runners Club, der uns auch dieses Jahr wieder hervorragend unterstützt hat, bei DJ Timoee für die gute Musik und bei allen Helferinnen und Helfern der Ortsverbände Stuttgart und Asperg für die großartige Unterstützung bedanken.

Und natürlich danken wir allen Gästen, egal ob Mitglied im BSBD oder nicht. Danke, dass Ihr da wart und den Abend unvergesslich gemacht habt.

Wir sehen uns beim nächsten Mal bei der Gitterparty Vol. 3 "Wir sind die Party"

Euer Gitterparty-Team

Bericht: Gitterparty-Team



# **NACHRUF**

# Ein großer Freund und Unterstützer, auch des BSBD, ist von uns gegangen

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Horst Bäuerle – Der BSBD teilt die Trauer um diesen Verlust

Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg, der am 27. Dezember 2024 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.



Als Vorsitzender stand Horst Bäuerle von 1991 bis 2003 an der Spitze des gewerkschaftlichen Dachverbands und prägte diesen maßgeblich mit. Zuvor gehörte er bereits zwölf Jahre als stellvertretender Vorsitzender der Landesleitung des BBW an. In einer Zeit, die zunehmend von einseitigen Sparmaßnahmen gegen den öffentlichen Dienst geprägt war, vertrat er mit großem Engagement und Kampfgeist die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Er verschaffte sich stets Gehör bei der Landespolitik und scheute auch keinen Konflikt in der Auseinandersetzung mit der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen. Zugleich verstand es Horst Bäuerle einer breiten Öffentlichkeit die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes für das Land und die Gesellschaft deutlich zu machen. Damit hat er entscheidend zur Anerkennung der Arbeit der öffentlich Beschäftigten bei den Bürgerinnen und Bürgern beigetragen. Für die Politik war er als prägende Gestalt in der interessensgeleiteten Auseinandersetzung ein geachteter und respektierter Gesprächspartner. Mit seinem Temperament, seiner Charakterstärke und seiner Durchsetzungskraft bestimmte er mit großem Erfolg die Gewerkschaftsarbeit nach innen und nach außen.

Auch im Bereich der Mitgliedsverbände des BBW hat sich Horst Bäuerle von Anfang an engagiert. 1972 als Vorsitzender des Ausschusses Technik im BBW und 1973 als Mitbegründer und nachfolgend als langjähriger Vorsitzender des BTB (heute BTBkomba) in Baden-Württemberg. Die Belange der technischen Berufe im öffentlichen Dienst waren ihm ein besonderes Anliegen. Dafür hat er sich auch als Vizepräsident der Ingenieurkammer Baden-Württemberg stark gemacht.

Auf Bundesebene, beim dbb beamtenbund und tarifunion, vertrat Horst Bäuerle von 1981 bis 2003 die BBW-Interessen im Bundesvorstand und im Bundeshauptvorstand. Auch hier erwarb er sich schnell Vertrauen und Ansehen, zunächst als Mitglied der Kommission für Besoldung und Versorgung, dann als Vorsitzender der Kommission für Mitbestimmung, Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsrecht und insbesondere als Sprecher der dbb-Landesbünde.

Auch über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus reichte sein gewerkschaftliches Engagement. Er war Initiator für einen regelmäßigen Austausch mit der Vertretung des Öffentlichen Dienstes der Schweiz, dem ZV Schweiz, den seine Nachfolger bis heute pflegen.

Bei der Darstellung des BBW in den Medien hat Horst Bäuerle Zeichen gesetzt. Er scheute keine Mühe, um dem öffentlichen Dienst in der Presse eine Stimme zu verschaffen. Sein Engagement sorgte dafür, dass der Stellenwert des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten samt seiner gewerkschaftlichen Vertretung BBW in der Berichterstattung der Medien über die Jahre hinweg zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.



Aktiv mitgestaltet hat Horst Bäuerle die Medienlandschaft von 1986 bis 1993 als Mitglied des Medienrates bei der Landesanstalt für Kommunikation und anschließend als Mitglied des Rundfunkrates beim SDR. Von 1998 – der Fusion von SDR und SWF – bis 2009 war er Vorsitzender des Landesrundfunkrates Baden-Württemberg im SWR.

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion wird Horst Bäuerle stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Für den BBW – Beamtenbund Tarifunion Kai Rosenberger, Vorsitzender

# Schöner Jahresabschluss für die Damen des Ortsverbandes Adelsheim

In diesem Jahr konnte wieder einmal ein Ausflug für alle Frauen angeboten werden. Zum Jahresende besuchten 16 Teilnehmerinnen am Nikolaustag den Ludwigsburger Weihnachtsmarkt.

Zum Ausflug hatten sich zunächst 23 Frauen aus unterschiedlichen Diensten angemeldet. Leider konnten krankheitsbedingt letztendlich nicht alle teilnehmen.

Dabei waren: Frauen Radl, Bischof, Kirchhoff, Peschke, Heß, Nagl, Lenz, Bronner, Siliberto, Köhler, Lüth, Krämer, Dorogov, Burkhardt, Sachs und Götz (Organisatorin). Treffpunkt war um 14:15 Uhr der Bahnhof Osterburken. Mit dem Zug gelangte die Gruppe bequem und fast pünktlich an den Zielort. Ein gemeinsames Essen in ge-

selliger Runde bot Raum für den persönlichen Austausch. Danach besuchten sie den schönen Ludwigsburger Weihnachtsmarkt. Anschließend stand die Rückreise mit dem Zug an.

Alle teilnehmenden Damen möchten sich an dieser Stelle ganz herzlich beim hiesigen BSBD und Kantinenverein für die freundliche Unterstützung bedanken. Es war wirklich ein schöner und unterhaltsamer Nachmittag.

Bericht: Anja Götz





# Grund zum Feiern in Adelsheim – Ortsverband besteht seit 50 Jahren

Nicht nur die JVA Adelsheim begeht dieses Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum, sondern auch der BSBD-Ortsverband

50 Jahre sind ein starkes Zeichen für die Bedeutung von Zusammenarbeit und gemeinsamen Zielen.

Kurz nach der Eröffnung der JVA wurde durch die hier tätigen Kollegen am 09.05.1974 im Personalaufenthaltsraum der BSBD-Ortsverband Adelsheim gegründet. Seither hat er einige Höhen und Tiefen erlebt, doch eines blieb stets unverändert: Der Ortsverband ist mehr als nur ein Verein – er ist ein Symbol für unerschütterlichen Zusammenhalt, Freundschaft, Engagement und die Leidenschaft seiner Mitglieder.

Dies war Anlass genug das Bestehen gebührlich zu feiern. Die Vorsitzende Elena Barié und ihr Stellvertreter Jens Sayer begrüßten die Anwesenden, darunter auch Lars Rinklin als Vertreter des Landesvorstandes, ganz herzlich. Auch er fand ein paar Worte zur Begrüßung und zum lange Bestehen des Ortsverbands. Natürlich kam Lars nicht mit leeren Händen zur Feier. So übergab er der Vorsitzenden einen Regenschirm, bedruckt mit den Worten "Wir lassen euch nicht im Regen stehen".

Anzumerken ist, dass Elena Barié erst die zweite Frau an der Spitze des Ortsverbands ist. Ihr vorangegangen war nur Barbara Reber, welche Mitte der 1980er-Jahre als Vorsitzende fungierte. Aktuell kann man sagen, dass der Ortsverband sehr gut aufgestellt ist, was sich nicht nur in den Mitgliederzahlen niederschlägt. Dies ist auch den vielen Unternehmungen geschuldet, die der Ortsverband bisher gemacht hat. So etwas bleibt in Erinnerung und fördert die Gemeinschaft aus der auch viele Freundschaften entstanden sind.



Im weiteren Verlauf des Abends genossen die Gäste ein köstliches Abendessen. Es gab Churrasco, das brasilianische BBQ, welches nach Art der Gauchos zubereitet worden ist.

Ein besonderer Dank geht an Elena und ihr Team, die für die Organisation und Vorbereitung des Festes die Zügel fest in der Hand und ein Riesen-Arbeitspensum zu bewältigen hatten. Dass es ein gelungenes Fest wurde, zeigt allein schon die Tatsache, dass die letzten Gäste erst nach Mitternacht den Nachhauseweg antraten.

Wir danken allen Mitgliedern und Freunden des Ortsverbands, die dazu beigetragen haben, dieses Jubiläum zu einem unvergesslichen Ereignis zu machen.

Wir freuen uns auf die nächsten 50 Jahre voller Begeisterung, Gemeinschaft und Erfolg!

Bericht:

Ortsverband Adelsheim

# Gelungener Jahresausklang des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd

Auch in diesem Jahr haben sich die Mitglieder des BSBD-Ortsverbands Schwäbisch Gmünd zum traditionellen Besuch des Weihnachtsmarkts in Schwäbisch Gmünd zusammengefunden.

Der Ortsverband-Vorsitzende Dirk Honigmann begrüßte alle Anwesenden und war abermals vom zahlreichen Erscheinen der Mitglieder begeistert. Erfreulich war insbesondere die Teilnahme einiger der zahlreich gewonnenen Neumitglieder vom vergangenen Jahr, was die seit Jahren bestehende, gute Gemeinschaft und den Zusammenhalt innerhalb des Ortsverbandes in positiver Weise widerspiegelte.

Der Abend war, wie gewohnt, geprägt von einer herzlichen Atmosphäre und anregenden Gesprächen. Es war ein rundum gelungener Abend, der den Gemeinschaftssinn des Ortsverbands unterstrich und für alle Teilnehmenden eine wunderbare Gelegenheit bot, das Jahr besinnlich ausklingen zu lassen.

So durfte die Albhütte des Weinhaus Rieg in seinem vorweihnachtlichen Ambiente letztendlich über 25 Mitglieder zu einem gemütlichen und stimmungsvollen Beisammensein begrüßen.



Der Ortsverband-Vorsitzende Dirk Honigmann und sein Stellvertreter Sascha Schmid bedanken sich bei ihren Mitgliedern für deren Einsatz, die wertvollen Anregungen und die Unterstützung im vergangenen Jahr und hoffen auch im kommenden Jahr auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Bericht: Melanie Schindler



# Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Heilbronn

Am 25. September 2024 fand in der Gaststätte "zum Reegen" in Heilbronn-Frankenbach die diesjährige Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbands Heilbronn statt. Der Vorsitzende Thomas Stuntz konnte wieder zahlreiche Mitglieder begrüßen, unter ihnen auch Pensionäre.

Leider gibt es nie den richtigen Termin für alle, so war es auch bei dieser Versammlung. Dies zeigte sich dadurch, dass sich insgesamt 20 Mitglieder entschuldigt haben, die sonst in den letzten Jahren immer wieder anwesend waren. Besonders begrüßte er den Landesvorsitzenden Michael Schwarz, der es sich einmal mehr nicht nehmen ließ, nach Heilbronn zu kommen.

In seinem Bericht ging Thomas Stuntz u.a. auf die Protestkundgebung 2023 in Stuttgart ein und die am 6. Dezember 2023 durchgeführte Aktion "aktive Mittagspause", eine Protestaktion vor der JVA Heilbronn. An der aktiven Mittagspause nahmen neben dem Orstverband Heilbronn auch die Ortsverbände Ulm und Freiburg teil. Außerdem stellte der Vorsitzende die Vereinssoftware easyVerein vor. Ein weiterer Punkt waren die Wahlen zum örtlichen Personalrat. Hier wurde ganz deutlich, dass ein Generationenwechsel einsetzt. Thomas Stuntz und sein Stellvertreter Ronny Blankenburg wurden nicht mehr in den Personalrat gewählt.

Der Landesvorsitzende Michael Schwarz berichtete über interessante Themen aus dem Landesverband. So konnte er über die Verbesserungen bei den titulierten Schmerzensgeldansprüchen berichten, sowie über den Beihilfestau, die Probleme mit der Dienstkleiderbestellung und viele weitere Themen.

Nachdem der Kassier Volker Ebert aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen konnte, übernahm der Vorsitzende den Kassenbericht. Dabei berichtete er, dass die Ausgaben höher waren als die Einnahmen, was aber an der Anschaffung von Werbetassen für Neumitglieder lag. Ebenso berichtete er über eine großzügige Spende unseres Mitglieds Petra Krönke. Sie hatte dem BSBD-Ortsverband Heilbronn 1000 Eurogespendet. Im Anschluss bescheinigten

die Kassenprüfer Werner Gemmrich und Giovanni Scarsella unserem Kassier eine einwandfreie und sehr übersichtliche Kassenführung. Die beantragte Entlastung fiel einstimmig aus.

Beim Tagesordnungspunkt Ehrungen konnten der Vorsitzende Thomas Stuntz und das Vorstandsmitglied Jessica Hieb dann folgende Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft ehren: Wolfgang Fritz (50 Jahre), Klaus Lieber (40 Jahre), Andreas Schlinke (25 Jahre) und Stephan Oppenländer (25 Jahre). Nicht anwesend waren Hagen Wagner (50 Jahre), Martin Weinstock (40 Jahre) und Bruno Windisch (25 Jahre). Da Hagen Wagner nicht anwesend sein konnte und seit einigen Jahren auch im Schwarzwald wohnt, ließ es sich der Vorsitzende Thomas Stuntz nicht nehmen, ihn zuhause zu besuchen, um dem ehemaligen langjährigen Kassenprüfer seine Ehrung zu überreichen. Ebenso wurde Martin Weinstock vom Vorsitzenden zuhause besucht.

Nachdem unter Verschiedenes noch einige Themen besprochen wurden, lud der Ortsverband zu einem leckeren Grillbüffet ein. So konnten sich die Mitglieder noch in lockerer Atmosphäre unterhalten.

Bericht: Thomas Stuntz







# Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Karlsruhe

Die Versammlung des Ortsverbands Karlsruhe fand am 12.12.2024 in der Kantine der Hauptanstalt statt. Wie im letzten Jahr kam eine kleine, aber feine Runde zusammen.

Leider konnte Lars Rinklin, als Vertreter des Landesvorstandes, nicht anwesend sein. Als Tarifvertreterin beim HPR gab Sabine Glas, selbst Mitglied des OV Karlsruhe, einen kleinen Einblick in ihre Tätigkeit.

Nachdem René Hellriegel seinen Kassenbericht vorlegte, wurde dieser einstimmig entlastet. Im Anschluss wurde über die Bildungsfahrt 2025 gesprochen – es soll eine Tagesausfahrt geben.

Anschließend gab es Grund zum Feiern:

Persönlich konnten Annette Günther und Uwe Hechler geehrt werden für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD.

In Abwesenheit sind folgende Ehrungen vorgenommen worden:

Dirk Günther – 25 Jahre, Andreas Schubring – 25 Jahre, Klaus Kübel – 40 Jahre, Peter Frei – 50 Jahre, Walter Schlager – 50 Jahre sowie Horst-Uwe Merkel – 50 Jahre.

Nach dem offiziellen Teil der Sitzung wurde bei leckerem Essen noch zusammengesessen und eine gute Zeit verbracht.

Bericht: Uwe Haubold



v. I.: Uwe Haubold, Uwe Hechler, Annette Günther, Daniel Grüning





# Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Rottenburg

Am Mittwoch, den 27. November 2024 gegen 17:00 Uhr waren die Mitglieder des BSBD-Ortsverbands Rottenburg zur turnusgemäßen Hauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes eingeladen.

Leider konnte der stellvertretende Landesvorsitzende Steffen Schelenz nicht teilnehmen. Er war bei der VDL-Tagung unabkömmlich.

Zunächst nutzten die Mitglieder die Gelegenheit miteinander zu reden und fachsimpeln. Nachdem die Getränke und das Essen bestellt waren, eröffnete der Vorsitzende Roger Stötzer dann pünktlich um 17:30 Uhr den offiziellen Teil der Hauptversammlung. Neben dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden und dem Kassenbericht folgte dann das erste Highlight des Abends.

Es konnten zwei verdiente Mitglieder des Ortsverbands Rottenburg für jeweils 50-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Hans Barth und Siegfried Stehle erhielten vom Vorsitzenden Roger Stötzer die Ehrenurkunden nebst Anstecknadeln. Aber auch jeweils ein Geschenkkorb mit Leckereien und Trinkbarem wechselten die Besitzer.

Darauf folgte dann das zweite Highlight des Abends. Der Bericht der Kassenprüfer, die Entlastung und die Neuwahl des kompletten Vorstands.



OV Rottenburg Siegfried Stehle

Der bisherige Vorsitzende Roger Stötzer und Kassier Florian Haberer wurden wiedergewählt. Neu hinzugekommen sind die stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Geischek und Tobias Schönberner, sowie der Schriftführer Manuel Ranft.

Auch die Fachgruppenvertreter (FGV) wurden bestätigt oder neu gewählt:

FGV mittlerer VD bleibt Daniel Panzner; FGV Werkdienst teilen sich Christian Wörner und Christian Manz; FGV Sozialdienst bleibt in bewährter Hand bei Colette Götz; FGV Krankenpflegedienst ist wieder Dominik Taube; FGV Ärztlicher Dienst führt Yasmine Hack weiter; die FG weibliche Bedienstete wird neu von Christiane Voß vertreten; FGV mittlerer VerwD teilen sich Larissa Korn und Sven Keßler; für die Jungen Bediensteten steht jetzt Volkan Dursun vor; die Fachgruppe Offener Vollzug bleibt in bekannter Hand von Gerhard Geckeler; auch der pädagogische Dienst wird weiter von Jürgen Fischer vertreten; last but not least wird die Fachgruppe Pensionäre von Siegfried Sailer und stellvertretend von Detlef Hamacher geführt.

Nach dem Wahlmarathon wurde dann noch die langjährige stellvertretende Vorsitzende Christina Hafenmayr, die in der Vergangenheit zahlreiche Funktionen im Ortsverband ausfüllte, unter anderem FGV weibliche Bedienstete und FGV mittlerer Vollzugsdienst mit einem Blumenstrauß und herzlichem Dank für ihre Unterstützung und ihren Einsatz aus dem Vorstand verabschiedet.

Gegen 18:20 Uhr schloss der Vorsitzende dann den offiziellen Teil der Hauptversammlung und der gemütliche Teil mit vielen Gesprächen und Erinnerungen erstreckte sich bis kurz vor 21:00 Uhr, als die letzten den Heimweg antraten.

Bericht: Ortsverband Rottenburg



OV Rottenburg Hans Barth

#### Mehr als nur ein Obstkorb

# Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen

Wir alle verbringen einen großen Teil unserer Zeit an unserem Arbeitsplatz. Was liegt also näher, als dafür zu sorgen, unser Arbeitsumfeld so zu gestalten, dass es für den Erhalt unserer Gesundheit förderlich ist? Investitionen in die Gesundheitsförderung sind immer auch Investitionen in die Zukunft unserer Mitarbeitenden!

Alles für unsere Gesundheit zu tun, ist ein Ziel, an dem sich alle unsere Mitarbeiter der JVA beteiligen können. Sowohl die Anstaltsleitung als auch der allgemeine Vollzugsdienst, die Verwaltung, die Fachdienste, aber auch der Personalrat, der medizinische Dienst, der Betriebsarzt und all unsere Beschäftigten.

Ende 2023 hat sich das betriebliche Gesundheitsmanagement der JVA Cottbus-Dissenchen etabliert.

Fürsorge, Wertschätzung, aber auch Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden jedes einzelnen Mitarbeiters ... genau das wollen wir fördern! Betriebliche Rahmenbedingungen und Strukturen schaffen, Prozesse entwickeln, die die gesundheitsförderliche Gestaltung und Organisation, sowie die Befähigung zum gesundheitsfördernden Verhalten zum Ziel haben. Denn die Förde-

rung der Gesundheit stellt mehr als nur die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben dar!

Wir als Gesundheitskommission der JVA Cottbus-Dissenchen sind bestrebt, bestmögliche Entscheidungen für die Gesundheit all unserer Mitarbeiter zu treffen, Rahmenbedingungen für ein gesundes Arbeiten zu schaffen und damit im besten Fall die Fehlzeiten zu reduzieren und die Mitarbeiterzufriedenheit zu stärken.

Im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, vielfältige Maßnahmen umzusetzen. Neben einem eintägigen Workshop aller Führungskräfte zum Thema "Gesund führen" bis hin zur Durchführung einer Arbeitssituationsanalyse, Activity-Days - bei dem der BSBD Ortsverband Cottbus uns unterstützte - Workshops zu Gesundheitsthemen, ein digitales Gesundheitstraining zu den Themen Stress, Schlaf und Regeneration, Dankbarkeit und Alkohol, das Angebot interner Sportmöglichkeiten wie z. B. Fitnessraum für Mitarbeiter, Volleyball-AG oder der Bereitstellung eines zentralen Wasserspenders, haben wir einen ersten Grundstein legen können. Insbesondere unsere Mitarbeiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bringen sich mit vielen Ideen rund um das Thema Gesundheit ein. So

konnte u. a. ein Angebot zum regelmäßigen Trainieren von Fesselungstechniken geschaffen werden.

Gegenseitige Wertschätzung zeigte sich auch darin, dass unsere Männer für die Frauentagsrunde Kuchen gebacken haben und die Frauen für die diensthabenden Mitarbeiter zum Männertag eine kulinarische Aufmerksamkeit ermöglichten. Hinzu kommen regelmäßige Newsletter, effektive Netzwerkarbeit und ein kostenfreies Sozialberatungsangebot der Landesverwaltung Brandenburg, das u. a. auch allen Beschäftigten 24/7 zur Verfügung steht.

Unser Hauptfokus wird in diesem Jahr die Auswertung, Maßnahmenentwicklung als auch Umsetzung aus den Ergebnissen der Arbeitssituationsanalyse sein.

Rückblickend können wir sagen, dass es genau diese Zusammenarbeit ist, all die vielen Herausforderungen als ein Ziel und Antrieb für unser aller Handeln zu sehen und damit verbunden auch die Aufgaben des Gesundheitsmanagements in unserer Justizvollzugsanstalt effektiv umzusetzen.

Gesundheitsmanagement JVA Cottbus



# ... Vorbereitung ist Alles ...

# Hauptausschusssitzung am 14. November 2024

#### Der Countdown läuft!

Wenn die Vorbereitungen für einen Gewerkschaftstag so gut wie abgeschlossen sind, kann man nur noch hoffen, dass an diesem Tag alles so klappt, wie man es geplant hat.

Vorab tagte noch einmal der Hauptausschuss des BSBD Brandenburg e.V., diesmal fast vollständig.



Gleichzeitig blickten wir natürlich auch auf die Aufgaben für das nächste Jahr. Was muss erledigt und was aktualisiert werden. Unsere Mitgliederflyer, das Beitrittsformular, die Landesmitgliedermeldung und so weiter und so weiter... Alles Hausaufgaben, die allerdings erst abschließend erledigt werden können, wenn der Gewerkschaftstag hoffentlich erfolgreich beendet, hinter uns liegt.

Und im Hinterkopf weiterhin die bange Frage, würden wir wieder eine fünfköpfige Landesleitung haben? Am Tag der Hauptausschusssitzung gab es jedenfalls nur drei Kandidierende.

Gleichzeitig gab es auch Momente des Innehaltens – bei der Rückschau auf das zurückliegende Jahr, die immer größer werdenden Sorgen und Nöte, die uns in unserem Berufsalltag begleiten.

Und ein kurzer Moment des Abschiedes.

Frank Friebel, der für mich – gefühlt schon immer – Vorsitzender der Rechtsschutzkommission war, und egal worum es ging, immer ein offenes Ohr für die Rechtsschutzfragen der Mitglieder des BSBD Brandenburg hatte, legte sein Amt nieder. Nicht weil er keine Energie oder Lust mehr auf das ehrenamtliche Engagement hat, sondern ganz banal – weil er in den wohlverdienten Ruhestand geht (nachdem er diesem schon zweimal freiwillig hinausgeschoben hat) und die Zeit gekommen ist, den Staffelstab an seinen Nachfolger zu übergeben.

Dorit Franke Landesschatzmeisterin

Tagungsort war, um ganz in der Nähe unserer Eventlokation für den 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag zu sein, das Hotel Sophienhof in Königs Wusterhausen. Denn zwischendurch gab es immer wieder nochmal kurze Termine in der Landesakademie für öffentliche Verwaltung.

Egal ob die BSBD Landesfahne aufgehangen, die Technik getestet oder die Lieferung der Goodybag (hier mal ganz offiziell ein Dankeschön an meinen Mann für den Lieferservice) in Empfang genommen werden mussten.

Und natürlich drehte sich am 14. November alles um unseren 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag. Die Anträge, die in diesem Zusammenhang gestellt wurden, mussten durch den Hauptausschuss noch einmal gesichtet und für den nächsten Tag votiert werden. Für die zurückliegenden fünf Jahre musste die Kassenprüfung erfolgen, denn der scheidende Vorstand sollte ja am nächsten Tag entlastet werden.

Deswegen an dieser Stelle, nochmal in ganz groß:

DANKESCHÖN lieber FRANK, für dein jahrelanges Engagement und Wirken im Hauptausschuss des BSBD Brandenburg!



# 9. Ordentlicher Gewerkschaftstag des Landesverbandes Brandenburg

# Modern Denken - wirkungsvoll bleiben



Unter diesem Motto trafen sich Delegierte und Gastdelegierte am 15. November 2024, in Königs Wusterhausen, zu ihrem Gewerkschaftstag.

Die Landesvorsitzende Dörthe Kleemann zog Bilanz über die geleistete Arbeit der vergangenen fünf Jahre.

Hier Auszüge aus dem Geschäftsbericht:

" ...Seit dem 8. Gewerkschaftstag 2019 in Potsdam haben sich vollzugliche, wirtschaftliche und gewerkschaftspolitische Rahmenbedingungen verändert, sodass "bahnbrechende Erfolge" wie in früheren Zeiten der Gewerkschaftsarbeit nicht mehr erreichbar zu sein scheinen.

Immer stärker war auch der BSBD Brandenburg gezwungen, erreichte Positionen gegen die Streich- und Kürzungsbestrebungen der Regierungskoalition zu verteidigen. Wir haben zwar nicht alles, aber doch einiges hierbei erreicht.

Und doch erscheint es nicht gerechtfertigt, einen Teil dieser Ergebnisse als großartige Erfolge hochzujubeln, da sie letztlich Kompromisse darstellen. Hier als ein Beispiel die immer wieder diskutierte zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse der TdL (Tarifgemeinschaft der Länder) auf die Beamtenbesoldung. Welche sich dann, zum späteren Zeitpunkt in Brandenburg lediglich als wirkungsgleich statt inhaltsgleich darstellten.

Geblieben ist jedoch, dass die Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten fast ausschließlich auf den Schultern des BSBD lag und der BSBD Brandenburg der Ansprechpartner für die Politik, das Ministerium der Justiz und auch die Medien war, wenn es um grundlegende Fragen der sozialen und beruflichen Interessen der Bediensteten ging.

Leider setzte sich die Zusammenarbeit mit der Hausspitze des MdJ nach dem Regierungswechsel in 2019 nicht so fort, wie wir es gewohnt waren und gewünscht hätten.

Die Digitalisierung und Einführung der eAkte an den Gerichten und Staatsanwaltschaften war und ist gefühlt das Topthema. Dann noch die ZUKUNFTKONFERENZ Justiz, die ohne den Justizvollzug stattfand. Viele Entscheidungen und Projekte für den Justizvollzug haben wir meist erst nach Verkündung im Rechtsausschuss oder der Presse erfahren (Sicherheitskonzept, Drogenscanner u.a). Den Gesprächen zu inhaltlichen Themen sind wir dann hinterhergelaufen.

... Beim Kampf zur Umsetzung der Stellenobergrenzenverordnung am Anfang der Legislaturperiode hat sich die Ministerin als Unterstützerin in der Sache hinter die Forderung des BSBD Brandenburg gestellt. Der Erfolg war eine haushälterische Stellenhebung von 145 Stellen A8 nach A9. Was jedoch viele Kolleginnen und Kollegen unzufrieden macht ist, dass die Umsetzung der Beförderungen in einigen Vollzugsanstalten noch immer auf sich warten lässt und als mangelhafte Wertschätzung der geleisteten Arbeit empfunden wird.

... Auch wenn Frau Ministerin Hoffmann spärlich Wohltaten für den Justizvollzug im Land Brandenburg verkünden kann und konnte, zeigte sie sich für das Thema Personalnot in den Haftanstalten offen und hält die Misere für hausgemacht, was sie auch gegenüber der Presse äußerte. Der Tiefststand von 891 Justizvollzugsbediensteten (ohne Anwärterinnen und Anwärter sowie befristet eingestellte Tarifbeschäftigte) im Jahr 2019 konnte gestoppt werden. Der 2019 im Koalitionsvertrag aufgenommene Personalbedarf von 1.013 Stellen im Justizvollzug war lediglich ein Teilerfolg, wenn man bedenkt, dass ursprünglich in 2018 eine Reduzierung auf 800 Stellen beabsichtigt war.

... Die Diskussion bezüglich sinkender Gefangenzahlen ging/geht einher mit der haushälterischen Forderung einer Absenkung der Stellen im Justizvollzug. Und auch da haben wir als BSBD Brandenburg unsere Anstrengungen gegen einen Stellenabbau eingesetzt. Denn derzeit steht weiterhin im Vordergrund, die vorhandenen Stellen mit Köpfen zu besetzen und nicht weitere Kürzungen vorzunehmen.

Sicherlich sind auch die 1.013 Stellen für den Justizvollzug nicht auskömmlich und dahingehend muss der gewerkschaftliche Einsatz für eine Personalaufstockung fortgeführt werden.

...Zur Darstellung unserer Positionen und zur Durchsetzung der fachlichen Forderungen hat der BSBD Brandenburg unterschiedliche Ebenen genutzt:

- Gespräche und Verhandlungen mit Vertretern der Landtagsfraktionen und Mitgliedern des Rechtsausschusses sowie der Teilnahme an mehreren Sitzungen des Rechtsausschusses des Landtages zur Problematik des Justizvollzuges und des Landeshaushaltes.
- Gedankenaustausch und Gespräche mit der Justizministerin, dem Leiter der Abteilung III und weiteren Vertretern des Ministeriums.
- aktive Mitarbeit in den Gremien des BSBD-Bundesverbandes und des dbb brandenburg
- Nutzung der personalvertretungsrechtlichen Mittel und Möglichkeiten, insbesondere im Hauptpersonalrat, (seit Oktober 2022 hat der BSBD wieder den Vorsitz im HPR)

... Unsere Ortsverbände sind die Basis des Landesverbands. Daher ist diese Basisarbeit vor Ort so wichtig. Und an dieser Stelle mein Dank an Alle die sich genau für diese wichtige Basisarbeit engagieren. Ihr seid vor Ort – mit dem Ohr an der Basis und damit die ersten Ansprechpartner. Ihr tragt die Anliegen der Basis zur Diskussion und Beschlussfassung in den Hauptausschuss. Diese Aufgabe kann der Landesvorstand nicht leisten. Daher ist es auch perspektivisch so wichtig, gut funktionierende Ortsverbände zu haben.

...Als weniger erfreulich werden die sinkenden Zahlen im Mitgliederbestand angesehen. ... Nicht Konkurrenzgewerkschaften im Justizvollzug unseres Landes sind das Problem, sondern die Kolleginnen und Kollegen, die meinen, ohne Gewerkschaftszugehörigkeit an den von uns erstrittenen (Ver)Besserungen, Fortschritten oder Kompromissen teilhaben zu können. Trittbrettfahrer wird es zwar immer geben, aber ....

Es gibt gute Argumente für eine Mitgliedschaft im BSBD.

Erfolge hat der BSBD Landesverband bei der Gewährung der Vollzugszulage für Bedienstete in Justizvollzugsanstalten, auch als "Gitterzulage" bekannt, erreicht.

Als im Herbst 2023 bekannt wurde, dass nur die Polizeizulage zum 1. Januar 2024 auf 100 / 200 € angehoben werden soll, wurden wir unverzüglich aktiv und haben Gespräche mit Mitgliedern im Landtag geführt. Das Ergebnis ist bekannt und seit dem 1. August 2024 auf den Besoldungsmitteilungen sichtbar.

Die Umsetzung zur Zahlbarmachung dieser Zulage im Bereich der Tarifbeschäftigten war hingegen ein erneuter Kampf. Es wurde nämlich versäumt, den § 19a TV-L anzuwenden, obwohl lange bekannt war, dass diese Zulage ab dem 1.8.2024 erhöht wird. Wir haben im Ministerium die entsprechenden Hebel in Gang gesetzt, damit die Zahlbarmachung schnellstmöglich erfolgt.

Die Spitze des Eisbergs war jedoch in 2022, als in einer Nacht und Nebelaktion die Zahlung der 400 € beim freiwilligen Hinausschieben des Ruhestands, welche bis dahin nur die Polizei erhielt, auf weitere zwei Bereiche ausgeweitet wurde. Der Justizvollzug war zu diesem Zeitpunkt nicht von der Ausweitung betroffen. Hingegen die Steuerverwaltung und die Lehrer. Daher führte der Weg wieder einmal in den Landtag, denn auch unsere Kolleginnen und Kollegen sollten in den Genuss dieses Betrages kommen, wenn sie ihren Ruhestand freiwillig hinausschieben. Ein Antrag auf Änderung des (§48) im Brandenburgischen Besoldungsgesetzes hatte nach langem Ringen und vielen Diskussionen durch Unterstützung von Landtagsabgeordneten dann doch Erfolg.

Bereits diese Beispiele zeigen, dass unsere Erfolge nicht nur den Mitgliedern des BSBD Brandenburg zugutekommen. Gespräche kosten Zeit und Kraft, da immer wieder aufs Neue der Justizvollzug und seine Wirkungsweise erklärt werden muss. Gern würde der BSBD Brandenburg deutlich machen, dass bis zu 70 % der Beschäftigten in den Vollzugsanstalten in der einzigen Fachgewerkschaft organisiert sind und hinter den Forderungen stehen.

Tarifverhandlungen - zwei haben wir in unserer Amtszeit aktiv unterstützt. Ein Dank an alle, die sich vor Ort beteiligt haben und unseren Aufrufen gefolgt sind. Was zu den Tarifverhandlungen in 2023 vor der JVA Cottbus-Dissenchen auf die Beine gestellt wurde, hat es sogar bis ins Fernsehen geschafft. Der rbb war vor Ort und hat unser Anliegen nach gerechter Bezahlung in die Öffentlichkeit transportiert.

... Es ist ein Fakt, dass der BSBD Brandenburg durch sein Wirken und Handeln eine bedeutende Rolle spielt. Dies war nur möglich durch die ehrenamtliche, trotzdem sehr engagierte Arbeit der Amtsträger auf allen politischen und medialen Ebenen. Hierzu sei an dieser Stelle ausdrücklich allen Funktions- und Amtsträgern im geschäftsführenden Vorstand, im Hauptausschuss und in den Ortsverbänden sehr herzlich gedankt..."



Landesvorsitzende Dörthe Kleemann

Die Delegierten gaben dem Geschäftsbericht mit lautem Beifall ihre Zustimmung. Der Geschäftsführende Vorstand wurde vollumfänglich entlastet.

Daniela Kock und Nico Schulz als stellvertretende Vorsitzenden des Landesverbands wurden gebührend verabschiedet. Beide hatten angegeben, aus persönlichen Gründen nicht wieder zur Wahl anzutreten. Für die geleistete ehrenamtliche Tätigkeit im Landesvorstand wurde der Dank ausgesprochen.

Die Delegierten des BSBD Brandenburg standen auf diesem Gewerkschaftstag auch vor der Aufgabe, u.a. einen neuen Geschäftsführenden Vorstand zu wählen.

Durch den stellv. BSBD-Landesvorsitzenden Kay Höfig wurde für den Landesvorsitz Dörthe Kleemann zur Wiederwahl vorgeschlagen. Bereits seit 2005 gehört sie dem Geschäftsführenden Vorstand des BSBD Brandenburg an und hat im November 2019 als Landesvorsitzende die Nachfolge von Rainer Krone angetreten. Ihre berufliche Heimat ist der Allgemeinen Vollzugsdienst in der JVA Nord-Brandenburg; Teilanstalt Neuruppin-Wulkow. Seit Oktober 2022 ist sie Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Justiz.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags haben sich mit überwältigender Mehrheit für die Wiederwahl von Dörthe Kleemann zur Landesvorsitzenden des BSBD Brandenburg ausgesprochen.

Für die Wahl der gemäß Satzung drei Stellvertreter gab es vier Kandidaten. Mit erforderlicher Mehrheit wurden im ersten Wahlgang gewählt:

Kay Höfig – Vorsitzender des Ortsverbands Cottbus

Ritchie Kleinicke – OV Brandenburg an der Havel

Nils Fritsch – OV Wriezen

Dorit Franke wurde zur Stellvertreterin mit der Funktion als Schatzmeisterin wiedergewählt und ist somit weiterhin mit der Führung des Verbandshaushalts beauftragt.



neuer Vorstand (von links nach rechts: N. Fritsch, R. Kleinicke, D. Franke, D. Kleemann, K. Höfig)

### Ehrungen anlässlich des Gewerkschaftstags

Das verdienstvolle Wirken Einzelner durch vereinsinterne Auszeichnungen zu würdigen, ist alte gewerkschaftliche Tradition. Der 9. Gewerkschaftstag gab dazu den würdigen Rahmen. Langjährige Mandatsträger des Hauptausschusses haben sich in ihren jeweiligen Funktionen um den BSBD Brandenburg verdient gemacht und wurden aus diesem Grund zu EHRENMITGLIEDERN des Verbandes ernannt.

Geehrte wurde Manfred Kühne ehemaliger Vorsitzender des OV Brandenburg an der Havel, ehemaliger Tarifvertreter des BSBD Brandenburg und seit 2019 Seniorenvertreter des Landesverbands. Eine weitere Ehrung mit Ernennung zum Ehrenmitglied erhielt Frank Friebel als ehemaliger Vorsitzender der Rechtsschutzkommission unseres Landesverbandes.



Ehrung von Manfred Kühne und Frank Friebel

Anlässlich des Gewerkschaftstages war es der Landesvorsitzenden eine besondere Freude den Ehrenvorsitzenden Willi Köbke und die Ehrenmitglieder Burghard Neumann, Christian Lemke und Reinhold Lenz begrüßen zu können.

### Öffentlicher Teil des Gewerkschaftstages

Gäste des Gewerkschaftstags im Rahmen der Öffentlichen Veranstaltung waren Mitglieder des Landtags, Vertreter des Ministeriums, Anstaltsleiter\*innen, Vertreter der Stadt Königs Wusterhausen sowie Vertreter anderer Fachgewerkschaften.

Im Rahmen der Öffentlichen Veranstaltung hielt die Landesvorsitzende Dörthe Kleemann die Eröffnungsrede.

#### Hier Auszüge daraus:

"...Es ist mir eine Ehre, heute als wiedergewählte Landesvorsitzende vor Ihnen zu stehen und über die Herausforderungen zu sprechen, die unseren brandenburgischen Justizvollzug täglich aufs Neue fordern.

In Anbetracht unseres Mottos – MODERN DENKEN hat mir der Einsatz der KI jedoch nicht genützt. Unseren Strafvollzug finden wir dort nicht – oder noch nicht …. Jedenfalls nicht mit den Auskünften, die uns als Mitarbeitende bewegen.

... Zum Beispiel hat uns die Pandemie vor unvorhergesehene Herausforderungen gestellt. Aber WIR haben bewiesen, dass wir in der Lage sind, weiterhin einen sicheren und effektiven Justizvollzug zu gewährleisten. Auf uns ist Verlass!

Überraschender Weise wurden in dieser Zeit Prozesse initiiert, von denen wir nie gedacht hätten, dass sie möglich gewesen wären. Plötzlich waren Skypen, Videokonferenzen und mobiles Arbeiten keine Visionen mehr.

Das ist MODERN DENKEN!!! Auf jeden Fall ein Anfang davon.

Und das bedeutet auch, dass die Arbeitsplätze im Justizvollzug attraktiver werden müssen, damit wir bei den Stellenausschreibungen mehr Bewerberinnen und Bewerber ansprechen und dann auch auswählen können.

Denn ein zentrales Thema ist der Fachkräftemangel. Wir müssen weiterhin in die Ausbildung und Gewinnung von qualifiziertem Personal investieren, um sicherzustellen, dass unser Justizvollzug sicher und verlässlich in der Erfüllung seiner Aufgaben bleibt. 241 Eintritte in den wohlverdienten Ruhestand in den Jahren 2020 bis 2024 konnten und können auch gegenwärtig nicht kompensiert werden. Trotz Steigerung der Ausbildungszahlen ist es nicht gelungen, die 663 Stellen im Allgemeinen Vollzugsdienst zu besetzen.

Der Nachwuchs von morgen surft nicht auf der Homepage. Generation Z und Alpha wollen geworben werden.

Dies ist nicht als Kritik an den Bestrebungen des Ministeriums zur Ausbildungsoffensive zu sehen, aber leider wird hier nicht MODERN gedacht, weil die zur Verfügung stehenden sozialen Netzwerke nicht für die Außendarstellung des brandenburgischen Justizvollzugs, genutzt werden. Neidisch haben unsere Kolleginnen und Kollegen auf den letzten Werbetrailer der Polizei des Landes Brandenburg geschaut.

Und sicherlich sind Anwärtersonderzuschläge und ein Eingangsamt A8 nach der Ausbildung, Errungenschaften der letzten Jahre, die der BSBD Brandenburg positiv bewertet.

... Ein verfassungs- und gesetzkonformer Behandlungsvollzug verbunden mit der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung erfordert eine aufgabenangemessene Personalausstattung in allen Fachbereichen. Ohne Personal in der Verwaltung, dem Krankenpflegedienst, im Sozialdienst, im Psychologischen Dienst, im Pädagogischen Dienst, im Werkdienst und technischen Dienst, im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst, den Juristen und Anstaltsleitungen, den Ärzten und der größten Berufsgruppe dem Allgemeinen Vollzugsdienst (Küche, Kammer, Fahrdienst, IT, Seelsorge, ...) können wir den Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger des Landes erteilt haben, nicht erfüllen!

Dazu sind wir nur gemeinsam in der Lage! Und diese Botschaft richte ich ausdrücklich an die Landespolitik, die über Haushalt und Stellen entscheidet.

Lassen Sie uns daher gemeinsam die Sicherheit gegenüber der Allgemeinheit und den Mitarbeitenden im Justizvollzug gewährleisten.

Gewalt und Straftaten von Inhaftierten im Justizvollzug gegenüber Mitarbeitenden stehen nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Wir müssen daher Strategien entwickeln und umsetzen, um dieses "geheim halten" zu bekämpfen. Jedes Vorkommnis mit Gewalt gegen Vollzugsbedienstete ist ein Vorkommnis zu viel!!!

... Mit einem Zitat von Heraklit – angelehnt an das Motto: MODERN DENKEN möchte ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken.

"Die einzige Konstante im Leben ist die Veränderung."

Lassen Sie uns daher MODERN DENKEN und gemeinsam Veränderungen herbeiführen.

Der BSBD Brandenburg ist für Diskussionen, Streitgespräche, Meinungsaustausch und Ideen, die aus diesem Gewerkschaftstag hervorgehen, aufgeschlossen. Lassen Sie uns ins Gespräch kommen!

Als die einzige Fachgewerkschaft für den Justizvollzug kennen wir die Herausforderungen der Vollzugsgestaltung aber auch die Notlagen der Mitarbeitenden – und stellen Ihnen sehr gern unser Fachwissen zur Verfügung. Am besten, wenn wir gefragt und im Vorfeld beteiligt werden. Aber auch ungefragt an den richtigen Stellen."...

## Grußworte anlässlich des Gewerkschaftstags



Herr Lehmann - AL III MdJ

Herr Lehmann – Abteilungsleiter III im MdJhat am 1. September 2024 die Nachfolge von Herrn Wilkening angetreten und bedankte sich für die Einladung zum Gewerkschaftstag.

Der alten und neuen Vorsitzenden wünscht Herr Lehmann viel Erfolg und gutes Gelingen für die herausfordernden Aufgaben in der neuen Amtsperiode.

In seiner Rede machte Herr Lehmann deutlich, dass die Personalausstattung weiter im Fokus stehen wird. Und er gab als Ausblick den Hinweis auf eine MODERNE Veränderung bei Werbekampagnen.

Zum Gewerkschaftstag waren ebenfalls Vertreter aus den nach der Landtagswahl im September 2024 gewählten Fraktionen eingeladen. Der Vorsitzende des BSW ließ sich wegen der zu diesem Zeitpinkt laufenden Koalitionsverhandlung entschuldigen. Aus allen anderen Fraktionen waren geladene Vertreter anwesend. Sie dankten den Bediensteten für ihren täglichen Einsatz bei immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen. Alle waren sich einig, dass der Justizvollzug in den nächsten Jahren bei vorhandenem Fachkräftemangel vor besonderen Herausforderungen steht, denn die Klientel der Gefangenen wird immer schwieriger und die zu bewältigenden Aufgaben nicht weniger.

Dem vom Gewerkschaftstag beschlossenen Forderungspapier stimmten die Redner aus den Fraktionen voll umfänglich zu.



René Müller Bundesvorsitzender BSBD

Eine besondere Wertschätzung für alle Mitglieder des Landesverbands Brandenburg war die Anwesenheit unseres Bundesvorsitzenden René Müller.

In seiner Rede würdigte er Einsatz und Engagement im BSBD, denn ohne die Mitglieder wäre die Gewerkschaft eine leere Hülle. Er brachte in einer emotionalen Rede zum Ausdruck, dass die mangelnde Attraktivität der Berufe im Justizvollzug und der deutschlandweite Personalkräftemangel unseren Justizvollzug in eine katastrophale Lage manövriert haben.

Die Bediensteten sind täglich bestrebt, den Anstaltsbetrieb aufrecht zu erhalten und damit beschäftigt, die Sicherheit der Anstalt und ihre eigene sicher zu stellen und laufen damit Gefahr, gegen Verfügungen zu verstoßen oder ihr eigenes Leben oder ihre Gesundheit zu gefährden.

Er richtet seine Worte an die Anwesenden aus der Politik, die sich rühmen, den Justizvollzug zu stärken und die Resozialisierung zu forcieren. Jedoch kann bei der zunehmenden Aufgabenvielfalt und -verdichtung, der Beaufsichtigung von zwei oder drei Stationen, bei Freistundenstärken von bis zu 70 und mehr Insassen von Resozialisierung keine Rede mehr sein. Die Bediensteten haben doch gar nicht mehr die Zeit, sich individueller Probleme der Gefangenen anzunehmen. Zudem haben die Gerichte die Rechte von Inhaftieren weiter gestärkt...

Dabei halten unsere Kolleginnen und Kollegen täglich ihren Kopf hin, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und dafür haben sie mehr Respekt und Anerkennung verdient. Diese Arbeit muss einfach besser honoriert und wertgeschätzt werden.

Der schönen Worte wegen bewirbt sich keiner auf Stellenausschreibungen, macht der Bundesvorsitzende deutlich!

Fachkräfte und geeignete Bewerberinnen und Bewerber schauen ganz genau hin: Wie sind die Verdienstmöglichkeiten, wie sieht es mit dem Altersruhegeld aus, wie sind die Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten?

Er hob zwar den positiven Grundstein, mit dem angehobenen Eingangsamt auf A8 für eine bessere Vermarktung hervor, aber es bleibt doch die Frage, wie geht es jetzt weiter?

Denn nur wer den Alltag in einer Haftanstalt über Wochen miterlebt und nicht in gestellten, geschönten und vorbereiteten Situationen, sondern nichtsahnend beleidigt, beschimpft oder eine Haftraumtür öffnend angegriffen wird, der kann wirklich nachvollziehen, was unsere Kolleginnen und Kollegen täglich durchleben und welchem psychischen und physischen Druck sie ausgesetzt sind.

Wer das selbst erlebt, wird erkennen, wie dringend die personelle Unterstützung benötigt wird und dass der Bedienstete neben mir, meine beste Lebensversicherung ist.

Für die geleistete Arbeit im BSBD dankte der Bundesvorsitzende dem alten Landesvorstand und sicherte weitere Unterstützung in der kommenden Amtsperiode zu.

Ein unterstützendes und an die Politik gerichtetes Grußwort zur Thematik der amtsangemessenen Besoldung sprach der zweite Landesvorsitzende des dbb brandenburg Herr Detlef Daubitz.



Detlef Daubitz zweiter Vorsitzender dbb brb

Er richtet herzliche Grüße vom Vorsitzenden Ralf Roggenbruck aus und bedankt sich für die Einladung zum Gewerkschaftstag. Der BSBD Brandenburg ist nach seiner Aussage ein wichtiger Bestandteil im dbb brandenburg.

Herr Daubitz geht in seinem Grußwort auf die gute Zusammenarbeit im Dienstrechtsausschuss ein und hofft weiterhin auf einen konstruktiven Austausch innerhalb des dbb brandenburg.

Der Abschluss der öffentlichen Veranstaltung war zugleich das gelungene Ende des 9. Gewerkschaftstags.

Gelungen dank der Organisatoren, aber auch dank aller Delegierten, Gastdelegierten, anwesender Gäste und einem zielführenden Versammlungsleiter Jens Borngräber.

Dem neuen Vorstand wünschen wir viel Kraft für die bevorstehenden Aufgaben.

**DER VOLLZUGSDIENST 1 | 2025** 

# Mein Appell für einen fairen Dialog

Ich habe immer daran geglaubt, dass ein offener und respektvoller Austausch der Schlüssel zu Fortschritt und Zusammenarbeit ist. Als Mitglied des LVHS habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, Themen direkt, sachlich und auf Augenhöhe anzusprechen - ohne persönliche Angriffe oder Diskreditierungen. Das ist ein Prinzip, das wir hier bei uns leben und das uns in schwierigen Diskussionen stets geleitet hat.

Doch in letzter Zeit beschleicht mich ein unangenehmes Gefühl. Es scheint, als würde unser Bemühen um sachlichen Dialog nicht bei allen auf Verständnis stoßen. Es fällt mir schwer zu akzeptieren, dass unsere Standpunkte und Forderungen manchmal abgelehnt oder gar mit persönlichen Angriffen begegnet werden. Dabei geht es uns nicht um Konfrontation um der Konfrontation willen, sondern um das Wohl unserer Kolleginnen und Kollegen - darum, gemeinsam das Beste zu erreichen.

Natürlich, auch ich bin nicht perfekt. Wie alle Menschen habe auch ich mal einen schlechten Tag. Manchmal schieße ich über das Ziel hinaus oder trete jemandem auf die Füße. Aber eines ist mir wichtig: Niemals werde ich absichtlich jemanden verletzen oder respektlos behandeln. Für mich steht fest, dass ein respektvoller und sachlicher Dialog die Grundlage für jede Lösung bleibt.

Wenn ich iedoch merke, dass diese Basis verlassen wird, dass persönliche Angriffe anstelle von Argumenten treten, dann komme ich ins Grübeln. Was bringt uns das? Welche Fortschritte können wir erzielen, wenn wir uns nicht mehr zuhören oder gar destruktiv werden? Wenn solche Situationen auftreten, müssen wir Konsequenzen ziehen - nicht aus Trotz, sondern aus der Überzeugung heraus, dass ein Dialog auf Augenhöhe unverzichtbar ist.

Deshalb appelliere ich an alle, die wie ich an eine konstruktive Zusammenarbeit glauben: Lassen wir den offenen Austausch nicht verloren gehen. Lassen wir uns nicht von persönlichen Animositäten oder Unsachlichkeiten leiten. Der Dialog ist ein zentrales Fundament für Fortschritt, nicht nur hier im LVHS, sondern überall, wo Menschen zusammenarbeiten.

Sascha Möbius Landesleitung

# Kritik unerwünscht? Verbesserungen bei der Dienstkleidung im **Justizvollzug**

## Fortschritte, aber es ist noch Luft nach oben

Der Personalrat der Justizvollzugsanstalten hat sich auch in diesem Jahr intensiv mit den Themen rund um die dienstliche Bekleidung beschäftigt. Bei der jüngsten Dienstkleidungssitzung der Behörde für Justiz- und Verbraucherschutz (BJV) stand vor allem die Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen im Fokus. Trotz einiger Fortschritte bleibt das Ziel einer umfassenden Modernisierung und Anpassung der Dienstkleidung weiterhin eine Herausforderung.

#### Kleidergeldsatz erhöht, aber noch Rückstand

Ein Erfolg, den wir verbuchen können, ist die Erhöhung des Kleidergeldsatzes von 228 Euro auf 262 Euro pro Jahr. Doch auch mit dieser Anpassung liegt der Justizvollzug hinter anderen Bundesländern zurück. Diese Erhöhung ist ein Schritt in die richtige Richtuna.

#### Neue Kleidungstests: Softshelliacke und -hose

Ein weiterer Fortschritt ist die voraussichtliche Freigabe der Softshelljacke als moderne Alternative zur bisherigen Strickjacke. Nach Rückmeldungen aus der Belegschaft wird zudem die Softshellhose einem Tragetest unterzogen. Wir sind zuversichtlich, dass diese Option bald freigegeben wird. Die verbesserten Materialien und Designs sollen den hohen Anforderungen im Arbeitsalltag besser gerecht werden.

#### Zentrale Forderung bleibt unerfüllt

Die zentrale Forderung, den gesamten Katalog der dienstlichen Bekleidung für den Justizvollzug freizugeben, wurde hingegen nicht erfüllt. Die Idee, dass Mitarbeitende sich eigenverantwortlich aus dem gesamten Angebot ausstatten können, bleibt vorerst ein Wunsch. Die Diskussion hierzu wird iedoch weitergeführt.

### Qualitätsprobleme und Rückgabe von Kleidung

Neben den Fortschritten wurden auch kritische Punkte thematisiert. Die mangelhafte

Qualität vieler Produkte, die seit langem ein Problem darstellt, wurde erneut angesprochen. Die zuständigen Fachabteilungen erhielten hierzu konkrete Arbeitsaufträge, um Verbesserungen umzusetzen. Gleichzeitig forderte der Personalrat die Möglichkeit, nicht benötigte Dienstkleidung beim LZN zurückgeben zu können.

#### Besondere Forderungen für Kollegen in Betrieben

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Erhöhung des Kleidergeldsatzes für Mitarbeitende aus den Betrieben, die oft anderen Belastungen und Anforderungen ausgesetzt sind. Auch hier sei Bewegung nötig, um eine gerechte Ausstattung sicherzustellen.

#### Dank an die Belegschaft

Besonderen Dank möchten wir den Kolleginnen und Kollegen aussprechen, die mit ihren Rückmeldungen zur Verbesserung der Dienstkleidung beigetragen haben. Eure Hinweise sind ein wesentlicher Beitrag, um die Situation weiter zu verbessern. Trotz der erreichten Fortschritte bleibt der Weg zur optimalen Ausstattung für die Beschäftigten im Justizvollzug lang. Wir werden weiterhin engagiert für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eintreten.

Sascha Möbius Landesleitung



# Nachfolge in der JVA Glasmoor

Amtseinführung von Sabine Schnabel am 06.11.2024

Staatsrat Herr Dr. Schatz hat am 06.11.2024 die langjährige stellvertretende Leiterin/ Personalverantwortliche Frau Sabine Schnabel offiziell in ihre neue Tätigkeit als Leiterin der JVA Glasmoor eingeführt.



Mit geladenen Gästen aus der Anstalt, der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz. dem Justizvollzug, der Politik, Trägern und Gewerkschaft wurde Frau Schnabel offiziell in ihrer neuen Tätigkeit bestätigt. Nach einem angemessenen Resümee und prägnanten Anekdoten ihres Werdegangs vergangener Weggefährten durch Herrn Dr. Schatz wendete sich Frau Schnabel noch u.a. an die Kollegenschaft der JVA Glasmoor, ihre bis dato wegbegleitenden Personalverantwortlichen anderer Anstalten und versicherte, dass sich die Funktion nun ändere, aber nicht der Mensch. Ihre Tür stand und stehe weiterhin offen, für Anliegen, Sorgen und Nöten, auch wenn nicht immer jeder Wunsch erfüllt werden könne. Den Personalverantwortlichen wünschte sie noch in den aktuellen, dynamischen Zeiten, dass sie u.a., nicht aufgeben sollen und in den gerade nicht leichten Zeiten unbeirrt aute Arbeit zu leisten.

Wir wünschen im Namen des Landesverbandes nochmals alles Gute für die neue Aufgabe und die kommenden Herausforderungen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Patrick Zauner OE Glasmoor

# **Innovative Ausbildungsinitiative**

Kollege Laurent Pinkwasser (JVA Billwerder) und die Leonardo Hotels

Laurent Pinkwasser und die Leonardo Hotels Hamburg setzen neue Maßstäbe in der Küchenqualifizierung.

Laurent Pinkwasser zeigt, wie wichtig ihm die Resozialisierung, Förderung von Ausund Weiterbildung, ist und geht zusammen mit den Leonardo Hotels neue Wege. Gemeinsam haben sie ein wegweisendes Konzept entwickelt – die modulare Qualifizierung in der Küche. Ziel ist es, Menschen innerhalb kurzer Zeit auf eine Tätigkeit als Küchenassistent vorzubereiten und ihnen damit neue berufliche Perspektiven zu eröffnen.

#### Ein Programm mit Perspektive

Die modulare Qualifizierung richtet sich an Personen, die den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt suchen. Das Programm hat eine Dauer von drei Monaten und legt den Fokus auf die Grundlagenarbeit in einer Hotelküche. Die Teilnehmer lernen dabei insbesondere:

- Zubereitung und Präsentation eines Frühstücksbuffets
- Das richtige Zubereiten von Eierspeisen
- ▶ Grundlagen für einfache Buffetgerichte
- Basis-Küchentechniken und organisatorische Abläufe

"Mit diesem Konzept möchten wir nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern den Teilnehmern auch Selbstvertrauen und Perspektiven geben", betont Pinkwasser.

#### Ein erfolgreicher Abschluss öffnet Türen

Besonderen Wert legt das Programm darauf, dass die Absolventen am Ende eine offizielle Zertifizierung erhalten. Das Zertifikat wird von einem eingetragenen Ausbildungsbetrieb ausgestellt und bescheinigt den Teilnehmern ihre neu erworbenen Fähigkeiten. Dieses Dokument ist mehr als nur ein Stück Papier – es öffnet den Absolventen die Tür zu neuen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

# Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hotel

Die enge Kooperation zwischen der JVA Billwerder durch Laurent Pinkwasser und den Leonardo Hotels Hamburg bildet das Rückgrat des Programms. Durch diese Partnerschaft erhalten Insassen eine neue Chance, schnell und erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen: Die Teilnehmer profitieren von den hohen Standards des Ausbildungskonzeptes, während sie gleichzeitig in einem unterstützenden Umfeld praktische Fähigkeiten erwerben.

#### **Ein Modell mit Zukunft**

Laurent Pinkwasser und die Leonardo Hotels setzen mit ihrem Ansatz ein starkes Zeichen für die Bedeutung der Weiterbildung und die Förderung von Talenten. "Wir glauben fest daran, dass jeder eine Chance verdient, und wir möchten mit diesem Programm einen Beitrag leisten, der nachhaltig wirkt", sagt Kollege Pinkwasser abschließend.

Dieses innovative Ausbildungsprogramm ist ein Leuchtturmprojekt, das zeigt, wie Betriebe und Institutionen zusammenarbeiten können, um sowohl den individuellen Erfolg der Teilnehmer als auch die Qualität in der Gastronomie zu fördern.

Laurent Pinkwasser JVA Billwerder



# Ein echter Karriere-Boost für den Hamburger AVD!

# Die Laufbahn des Allgemeinen Vollzugsdienstes wurde nach oben erweitert

Nach über 20 Jahren stetigen Ringens für gravierende Verbesserungen in der Laufbahnverordnung für den Justizvollzug im Allgemeinen Vollzugsdienst ist es in Zusammenarbeit mit der Behörde für Justiz- und Verbraucherschutz endlich gelungen, die Laufbahn des Allgemeinen Vollzugsdienstes nach oben zu erweitern! Mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften wurden am 30. November 2024 entscheidende Änderungen wirksam – und wir haben die wichtigsten Infos für euch zusammengefasst.

# 1. Einheitslaufbahn im AVD (bis A12):

Es ist offiziell: Der Allgemeine Vollzugsdienst (AVD) wird zu einer Einheitslaufbahn! Bislang war es innerhalb des Allgemeinen Vollzugsdienstes möglich, vom Einstiegsamt A7 durch kontinuierliche gute Leistungen und je nach Dienstposten bis A9/A9Z befördert zu werden. Ein höherwertiges Amt wie das der Vollzugsdienstleitung war zwangsläufig mit einem Aufstiegsstudium oder dem prüfungsfreien Aufstieg und einem Laufbahnwechsel in die Laufbahnfachrichtung der Allgemeinen Dienste verbunden. Zeitgleich erhöhte sich damit auch die Lebensarbeitszeit bis zum Pensionseintritt, denn die besondere Altersgrenze mit 60 gilt nicht für diese Laufbahnfachrichtung, auch wenn die Betreffenden als Vollzugsdienstleitungen weiterhin AVD-Aufgaben wahrnahmen.

Damit ist jetzt Schluss! Die neue Einheitslaufbahn "Strafvollzugsdienst" reicht ab sofort von der Obersekretärin im Strafvollzugsdienst bzw. vom Obersekretär im Strafvollzugsdienst (A7) bis zur bzw. zum Justizhauptamtsinspektor\*in (A11/A12) unter Beibehaltung der besonderen Altersgrenze!

Als neue Amtsbezeichnungen sind hinzugekommen:

- A10: Justizoberamtsinspektor/in
- A11 und A12: Justizhauptamtsinspektor/in (beide Ämter heißen gleich)

Zukünftig können die Justizvollzugsanstalten geeignete Dienstposten, die bislang

aufgrund ihrer Bewertung höher als A9Z ohne einen Laufbahnwechsel für AVD-Bedienstete nicht erreichbar waren, auch für Bewerberinnen und Bewerber aus dem AVD öffnen. Künftige Bewertungen für Dienstposten des Allgemeinen Vollzugsdienstes können nun auch die Ämter höher als A9z in die Prüfung einbeziehen.

#### Ruhestand mit 60: Jetzt auch im JKPD

## 2. Besondere Altersgrenze mit 60: Jetzt auch für die Laufbahn des Justizkrankenpflegedienst

Nachdem der wichtige Laufbahnzweig Justizkrankenpflegedienst (JKPD) geschaffen wurde, hat der LVHS die Konsequenz bemängelt, dass das verbeamtete medizinische Personal trotz AVD-naher Arbeit unter Schichtdienstbelastung und dem damit verbundenen Umgang mit schwierigster Klientel nicht von der besonderen Alstergrenze mit 60 profitieren konnte.

"Bislang regelte § 115 Abs. 2 HmbBG, dass die besondere Altersgrenze von 60 Jahren aus § 108 HmbBG (Polizei) auch für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1 im AVD und im Werkdienst galt. Da der Werkdienst schon lange weggefallen ist, galt die Regelung zuletzt nur noch für den AVD.

Nach der neuen Regelung des § 115 HmbBG gilt die besondere Altersgrenze nun für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Justiz in den Laufbahnzweigen zur Verwendung in Aufgaben des Justizvollzugs. Neben dem AVD ist der Justizkrankenpflegedienst ein dem entsprechender Laufbahnzweig gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 der HmbLVO-Justiz.

Damit gilt für die Beamtinnen und Beamten des Justizkrankenpflegedienstes, die in Aufgaben des Justizvollzuges verwendet werden, künftig auch die besondere Altersgrenze von 60." (Information J-Amt)

#### 3. Wegfall der Beförderungssperrfrist nach der Probezeit

"Nach der bisherigen Regelung des § 20 Absatz 2 Nr. 3 HmbBG war eine Beförderung nicht zulässig vor Ablauf eines Jahres seit Beendigung der Probezeit, es sei denn, die Beamtin oder der Beamte hat während der Probezeit hervorragende Leistungen gezeigt. Mit Inkrafttreten des Dreizehnten Dienstrechtsänderungsgesetzes diese Regelung gestrichen, sodass nunmehr bei entsprechender Bewährung für das höhere Statusamt die erste Beförderung bereits gleichzeitig mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit erfolgen kann. Auf "hervorragende" Leistungen kommt es somit nicht mehr an." (Information J-Amt)

Diese Änderungen sind ein Meilenstein für die Laufbahnentwicklung und Arbeitsbedingungen im Justizvollzug sowie im Justizkrankenpflegedienst. Sie fördern die Attraktivität der Laufbahn und eröffnen neue Karriereperspektiven.

Gewerkschaft und Behörde haben Wort gehalten und das gemeinsame Ziel erreicht! Herzlichen Dank an alle Beteiligten (Behördenleitung, Amts- und Abteilungsleitung J-Amt sowie der Referatsleitung J-Amt), die an diesem langjährigen Ziel mitgewirkt haben!

Euer LVHS - für euch im Einsatz!



# Süße Geheimnisse und maritime Abenteuer

#### Senioren-Erlebnistouren

Am 05.12.2024 öffnete das CHOCOVER-SUM, gelegen am Rande der historischen Speicherstadt, seine Türen für unsere LV-HS-Mitglieder. Von Beginn an wurde die 90-minütige Führung durch das Schokoladenmuseum zu einem Erlebnis für alle Sinne. Wie wird aus einer unscheinbaren Kakaobohne die köstliche Schokolade? Wir erfuhren es auf den Stationen, vom Anbau und Fermentation bis hin zur Veredelung. Zwischendurch hieß es: Probieren erwünscht! Und als besonderes Erlebnis: Mit viel Kreativität und Spaß durften wir unsere ganz persönliche Schokoladentafel gestalten - eine Erinnerung, die nicht nur köstlich, sondern auch individuell war.

Doch damit war unser Tag noch nicht vorbei. Gleich danach ging es an die Landungsbrücke 10. Mit einer kleinen, gemütlichen Barkasse schipperten wir durch den Hamburger Hafen – begleitet von einer Auswahl an Wein und Käse. Im beheizten Salon führte uns der Skipper-Assistent während der 90-minütigen Fahrt von den gigantischen Containerterminals bis zur gläsernen Eleganz der Elbphilharmonie, die wie eine schimmernde Welle über der Speicherstadt thront. Er entdeckte für uns auch versteckte Ecken, die den Hafen aus einer neuen Perspektive zeigten. Die Zeit verflog, und ehe wir uns versahen, legten wir wieder an.

Der Wunsch der Teilnehmer, erneut zwei tolle Ausflüge im Spätsommer 2025 durchzuführen, wurde von der Reiseleitung gerne aufgenommen. So könnte es ins großartige Miniaturwunderland und zur duftenden Kaffeerösterei Burg gehen.

Mit freundlichen Grüßen und bleiben Sie gesund,

Thomas Barendt LVHS Seniorenvertreter





# Herr Dr. Schwarz übernimmt das Ruder von "Santa Fu"

# Hamburg hat einen neuen "Kapitän" im wohl bekanntesten Gefängnis der Stadt.

Herr Dr. Schwarz, bisher Vorsitzender Richter am Landgericht Hamburg, wurde am 09.01.2025 von Frau Justizsenatorin Gallina offiziell als neuer Leiter der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel willkommen geheißen.

Er tritt die Nachfolge von Karen Knaack an, die die Anstalt seit November 2023 interimsweise geführt hatte und nun zurück in die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz wechselt.

Herr Dr. Schwarz bringt jede Menge Erfahrung mit. Seit seinem Start im Hamburger Justizdienst 2010 hat er einige Ecken des Justizapparats durchlaufen – vom Sozialgericht über Strafkammern bis hin zur Jugendschutzkammer.

Seit Juli 2024 war er bereits stellvertretender Anstaltsleiter in Fuhlsbüttel, bevor er jetzt endgültig die Verantwortung für die 384 Haftplätze und rund 270 Mitarbeitenden übernommen hat. Seine Karriere klingt wie ein typischer Hamburger Hafenlotse: immer da, wo es gerade stürmisch war, und immer mit einem klaren Kurs vor Augen.

Er ist offenbar nicht nur ein echter Kenner in Sachen Justiz, sondern auch eine Person,

welche anzupacken vermag und mit seinem Team einiges bewegen möchte. Wir sind zuversichtlich, dass Herr Dr. Schwarz "Santa Fu" in die richtige Richtung steuern wird. Viel Erfolg und ein kräftiges "Ahoi" Herr Dr. Schwarz, wünscht Ihnen der LVHS.

Tina Klix, JVA Fuhlsbüttel

Foto: Habib Gündüz



links die Senatorin Anna Gallina und rechts die bisherige Anstaltsleiterin Karen Knaack

# Mit dem LVHS nach Celle

# Das LVHS Fortbildungsangebot wurde gerne angenommen

Dieses Jahr ging es mit dem LVHS am 03.12. nach Celle.

Auf dem Weg dorthin besuchten wir das Luftbrückenmuseum in Faßberg.

Kaum einer unserer Gruppe hatte je von dieser Einrichtung außerhalb von Berlin gehört.

Die Erinnerungsstätte Luftbrücke Berlin in Faßberg ist eine dienstliche Einrichtung des Technischen Ausbildungszentrums der Luftwaffe.

Sie dient dem Unterricht von Soldaten, der Öffentlichkeitsarbeit und interessierten Bürgern als zeitgeschichtliches Museum.

In der Erinnerungsstätte soll den Besuchern ein Eindruck über die Anstrengungen und Beweggründe der Alliierten, durch die Luftbrücke die Freiheit Berlins zu garantieren, vermittelt werden.

Die Einrichtung wird durch einen Förderverein unterstützt.

Herr Osterkamp, der Vorsitzende des Fördervereins, und seine Kollegen haben unsere Gruppe mit viel Herzblut, Enthusiasmus und Hintergrundwissen durch die Erinnerungsstätte geführt.

In zwei Kleingruppen wurden wir durch Eisenbahnwagons und Nissenhütten mit veranschaulichende Originalunterlagen und Ausstellungsobjekten geführt. Sie zeigen auf, wie das alliierte Räderwerk funktionierte.

Auf dem Freigelände steht eines der Flugzeuge, die währende der Luftbrücke geflogen sind.

In dem "Faßberg – Flyer" eine C-47 der US-Airforce finden heute auf besonderem Wunsch auch Trauungen statt.

Nach Ende des sehr interessanten Besuches des Luftbrückenmuseums ging es weiter nach Celle. Hier wurden wir von unserer Stadtführung zu einem kleinen Pausensnack erwartet.

Nach der Stärkung fuhren wir dann mit dem Bus durch die Straßen von Celle.

Vorbei an alten Fachwerkhäusern, am Landgestüt und an der JVA Celle. Sie gilt als das älteste Gefängnis in Deutschland.

Im Anschluss an die Rundfahrt gingen zu Fuß weiter durch die wirklich schöne Altstadt

Es gab auch hier viel zu sehen. Alte geschichtsträchtige Fachwerkhäuser, das Schloss, das Innere der Stadtkirche St. Marien, und sprechende Laternen und zu allem konnte uns die Stadtführerin viele Informationen und Tipps geben.

Bevor wir nach einem Tag voller Erlebnisse, Informationen und Gesprächen über den Dienst und Gewerkschaftsarbeit in den Anstalten dann wieder nach Hause fuhren, hatten die Teilnehmende noch etwas Zeit zur selbstständigen Erkundung der Stadt.

Anke Bewarder-Schwarz Fortbildungsbeauftragte des LVHS















### Bericht über die Entwicklungen im Hamburger Justizvollzug

#### Herausforderungen für 2025

Der Hamburger Justizvollzug steht auch im Jahr 2025 vor bedeutenden Herausforderungen. Trotz einiger Fortschritte in der Attraktivität der Laufbahnen für das Personal bleibt die Frage, ob die getroffenen Maßnahmen ausreichen, um die aktuellen Probleme zu lösen. Besonders die Personalproblematik, die Überbelegung der Anstalten und die steigenden Anforderungen an die Mitarbeitenden erfordern weitere Lösungen.

Der Personalbestand im Hamburger Justizvollzug ist weiterhin ein zentrales Thema. Es besteht ein massives, quantitatives Defizit, das sich auch 2025 nicht beheben lässt. Hinzu kommt, dass die Gefangenenklientel zunehmend problematischer, aggressiver und psychisch auffälliger wird. Auch die medizinische Versorgung ist oftmals nur unzureichend gewährleistet, da es an medizinischem Personal fehlt. Die hohe Belastung der Mitarbeitenden und die schwierige Bewerbersituation machen die Lage noch angespannter.

Besonders kritisch wurden die Aussagen von Urs Tabbert, dem rechtspolitischen Sprecher der SPD in der Hamburger Bürgerschaft, wahrgenommen. In einem öffentlichen Auftritt stellte er die Situation im Hamburger Justizvollzug als "unproblematisch und gut aufgestellt" dar. Diese Einschätzung stieß auf Unverständnis, da sie die tatsächlichen Herausforderungen und die dramatische Lage nicht widerspiegelte. Trotz der bestehenden Probleme gab es 2024 einige positive Entwicklungen, auf denen weiter aufgebaut werden kann. Das 13. Dienstrechtsänderungsgesetz brachte einen wichtigen Meilenstein für die Ausgestaltung der AVD-Laufbahn. So wurde die Laufbahn bis zur Dienstpostenbewertungsmöglichkeit A12 erweitert, und die Anstalten haben nun die Möglichkeit, Dienstposten bei entsprechender Begründung höher zu bewerten. Auch die Vollzugsdienstleitung wurde wieder in die AVD-Laufbahn integriert.

Ein weiterer positiver Schritt war die Einführung einer besonderen Altersgrenze für den Justizkrankenpflegedienst, was die Laufbahn für potenzielle Bewerber aus dem Krankenpflegebereich attraktiver macht.



Zudem wurde die Wartezeit von einem Jahr zwischen Beamtenstatuswechsel und Beförderung in ein höheres Amt abgeschafft, was die beruflichen Perspektiven für Mitarbeitende im Justizvollzug verbessert.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Ankündigung von Justizsenatorin Gallina, die Zulage für den Justizvollzug ab August 2025 auf 170 Euro und ab August 2026 auf 180 Euro zu erhöhen. Dies kommt den Forderungen der Gewerkschaft LVHS entgegen und stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Kritische Stimmen und weitere Anforderungen: Trotz dieser Fortschritte bleibt die Gewerkschaft LVHS skeptisch, ob diese Maßnahmen ausreichen, um die bestehenden Probleme zu lösen. Die gewerkschaftlichen Vertreter und der Personalrat sind der Meinung, dass angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin Umdenken und neue Handlungsansätze erforderlich sind.

Ein weiteres Beispiel für diese neue Herangehensweise ist die Unterstützung für die Vorführabteilung. Hier wurde einem Modell zugestimmt, das in anderen Ländern bereits praktiziert wird. Dieses Modell sieht vor, Tarifbeschäftigte mit den notwendigen Voraussetzungen für die Übernahme in den Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) einzustellen. Weiterhin werden Überlegungen angestellt, Dienstposten außerhalb der originären Aufgaben des AVD, die wenig oder keinen Gefangenenkontakt haben, mit Tarifbeschäftigten zu besetzen – zumindest, solange diese Posten nicht mit verbeamteten Kolleginnen und Kollegen besetzt werden können und die Bewerberlage für Beamtenlaufbahnen schwach bleibt.

Trotz der positiven Schritte bleibt eine zentrale Forderung der Gewerkschaft die angemessene Bezahlung für Tarifbeschäftigte sowie eine Absicherung bei Berufsunfähigkeit. Das oberste Ziel bleibt jedoch die Besetzung aller Dienstposten mit verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Ohne zusätzliche Unterstützung wird die bestehende Belegschaft weiterhin überproportional belastet, und die Aufgabenfülle wird zunehmend schwerer zu bewältigen sein.

Der Hamburger Justizvollzug hat im Jahr 2024 einige Fortschritte gemacht, insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Laufbahngestaltung und die Erhöhung der Zulagen. Dennoch bleiben grundlegende Herausforderungen bestehen, die nicht durch die getroffenen Maßnahmen allein bewältigt werden können. Der Bedarf an zusätzlichen Personalkapazitäten, einer verbesserten Bewerberakquise und einer weiteren Entlastung der Mitarbeitenden bleibt hoch. Es bedarf weiterhin einer engen Zusammenarbeit zwischen der Behörde und den Gewerkschaften, um die Rahmenbedingungen für den Hamburger Justizvollzug nachhaltig zu verbessern.

René Müller Landesleitung

### **Gute Arbeit - Gute Bezahlung**

### Wie der TV-L euch bei guter Arbeitsleistung zu mehr Geld verhelfen kann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr steht tagtäglich vor enormen Herausforderungen. Eure Arbeit im Justizvollzug ist unverzichtbar für die Sicherheit unserer Gesellschaft und die Resozialisierung von Straftätern. Dabei sind die Bedingungen, unter denen ihr diese wichtige Arbeit leistet, häufig schwierig. Umso wichtiger ist es, dass eure Leistungen die Anerkennung und Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.

Angesichts des anhaltenden Personalmangels im Justizvollzug ist die Gewährung von Haltezulagen eine dringende Notwendigkeit. Diese finanzielle Anerkennung würdigt nicht nur eure Arbeit, sondern trägt auch dazu bei, dass bestehendes Personal gehalten und neue Kolleginnen und Kollegen gewonnen werden können.

Was ist eine Haltezulage gemäß § 16 Abs.5 TV-L?

"Zur regionalen Differenzierung, zur Deckung des Personalbedarfs, zur Bindung von qualifizierten Fachkräften oder zum Ausgleich höherer Lebenshaltungskosten kann Beschäftigten abweichend von der tarifvertraglichen Einstufung ein bis zu zwei Stufen höheres Entgelt ganz oder teilweise vorweg gewährt werden. Beschäftigte mit einem Entgelt der Endstufe können bis zu 20 v.H. der Stufe 2 zusätzlich erhalten. Die Zulage kann befristet werden. Sie ist auch als befristete Zulage widerruflich."

Auszug aus dem TV-L

Rechtlich handelt es sich bei einer Haltezulage gemäß § 16 des Tarifvertrags der Länder (TV-L) um eine zusätzliche finanzielle Leistung, die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst gewähren können, um qualifiziertes Personal in ihrem Beruf zu halten. Sie dient dazu, besondere Belastungen auszugleichen und die Attraktivität von Arbeitsplätzen mit erhöhten Anforderungen zu steigern.

Die Gewährung einer Haltezulage ist in der Regel an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Dazu gehören:

#### Besondere Umstände:

Die Haltezulage kann gewährt werden, wenn ein erhöhter Bedarf besteht, qualifiziertes Personal zu binden oder zu gewinnen (Gewinnungszulage).

#### Einzelfallprüfung:

Die Gewährung erfolgt individuell und bedarf einer sorgfältigen Prüfung durch den Arbeitgeber.

#### Befristung:

Die Haltezulage ist zeitlich befristet, um den akuten Bedarf zu adressieren.

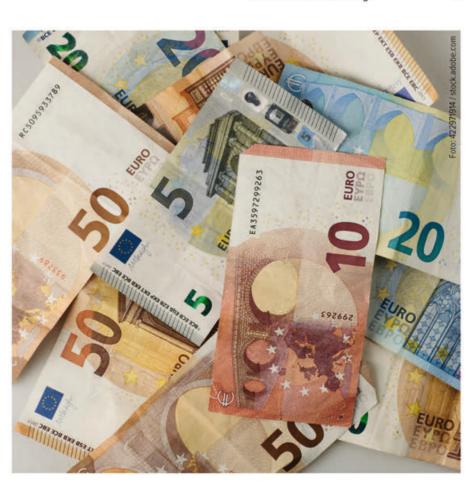
Diese Regelung gibt den Ländern die Möglichkeit, auf besondere Herausforderungen im Personalmanagement flexibel zu reagieren. Für euch als Mitarbeiter bedeutet das, dass eine Haltezulage direkt dazu beitragen kann, eure finanzielle Situation zu verbessern und eure Arbeit angemessen zu honorieren.

### Warum Haltezulagen so wichtig sind

Haltezulagen sind finanzielle Anreize, die euch dabei unterstützen, in eurem herausfordernden Beruf zu bleiben. Ihr tragt eine immense Verantwortung und seid oft einer hohen Arbeits- sowie psychischen Belastung ausgesetzt. Hinzu kommen die schwierigen Arbeitsbedingungen, die eure Arbeit noch fordernder machen.

In Hamburg spitzt sich die Situation weiter zu: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen verlassen den Dienst vorzeitig, was die verbleibenden Teams zusätzlich belastet. Sollten eure Überlegungen zum Arbeitsplatzwechsel auf den finanziellen Vorteilen von Angeboten in der freien Wirtschaft beruhen, könnten Haltezulagen eine Lösung sein, um euch eine Fortsetzung eurer Tätigkeit mit besserer Vergütung zu ermöglichen.

Fenna Grehm Tarifvertreterin Hamburg



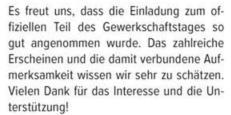
### Gewerkschaftstag Butzbach

Am 15.11.2024 fand unser Gewerkschaftstag in Butzbach statt. Husam Sanori führte gekonnt als Moderator durch den öffentlichen Teil des Gewerkschaftstages.



Husam Sanori, Geschäftsführer BSBD

Gemeinsam waren wir seit einem Jahr im Amt. Guter Tradition folgend wurden alle im Landtag vertretenden Fraktionen, unser Justizminister Herr Christian Heinz sowie Herr Dr. Böhmer als Abteilungsleiter und Frau Dr. Kötter als Referatsleiterin am Ministerium eingeladen. Neben politischen Vertretern und Vertreterinnen, der Bürgermeister der Stadt Butzbach und unser von uns allen hochgeschätzter dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt eingeladen.



Die Anwesenheit der wichtigen Akteure aus Justiz und Politik sowie unseres Dachverbandes zeigt uns das große Interesse am Justizvollzug. Diskussion und Austausch im Miteinander ist die Grundlage einer guten gewerkschaftlichen Arbeit. Als Fachgewerkschaft "wissen wir wo der Schuh drückt". Wir scheuen uns nicht, klar zu benennen was die Menschen, die im Justizvollzug arbeiten belastet.

Die Veranstaltung bot eine hervorragende Gelegenheit, um aktuelle Herausforderungen und zukünftige Entwicklungen im Bereich des Justizvollzug zu benennen. Allen Teilnehmenden konnten wertvolle Eindrücke aus der "Forderungslandschaft" des Justizvollzuges vermittelt werden. Ein Grundstock für unsere kommenden Gespräche mit allen Vertretungen, die für den Justizvollzug wirken können.

Mit Blick in die Zukunft wird die Personalgewinnung und das Halten des Personals für alle Bereiche des Justizvollzug das The-



Heini Schmitt, Frau Dr. Kötter und Herr Dr. Röhmer

ma Nummer eins werden. Unsere Ideen bringen wir bei jedem unserer Gespräche mit ein

Wir wünschen uns, dass das Land Hessen, das der Justizvollzug als guter Arbeitgeber/ Dienstherr wahrgenommen wird. Wir haben eine optimistische Grundhaltung. Unseren Beruf üben wir sehr gerne aus. Grundsätzlich haben die im Justizvollzug tätigen mehrheitlich die Einstellung, zufrieden mit dem Beruf zu sein. Jedoch verändern sich die Bedingungen. Wir sehen großen optimierungsbedarf.

Über verlässliche Dienstplanung bis hin zu Homeoffice. Gründlich haben wir unsere Themen vorbereitet. Unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen zusammengefasst. Begonnen mit der Einstellung und der Eingruppierung von Tarifpersonal bis hin über eine durch den Arbeitgeber finanzierte Absicherung bei Übergriffen im Dienst. Unsere Themenblöcke sollten das Prozedere rund um das Lebensarbeitszeitkonto, den Ausstieg aus der Teilprivatisierung der JVA Hünfeld, die Hebung aller Besoldungsgruppen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage, die als viel zu niedrig empfundene Erhöhung der Gitterzulage sowie Meisterzulage waren in der Eröffnungsrede. Die Anpassung der Dienstkleiderordnung an moderne Verhältnisse und der Wahnsinn einer Grundsanierung im Vollbetrieb einer Anstalt haben nicht gefehlt. Der steigende Bedarf an Haftplätzen und die zahlreichen sanierungsbedürftigen Anstalten haben uns die Forderungen nach einem Hafthausneubau formulieren lassen. Unser mehr und mehr zur Gewalt bereites Klientel, dass zudem mit zahlreichen psychischen Störungen belastet ist, benötigt nicht nur baulich andere Voraussetzungen. Besonders beim allgemeinen Justizvollzugsdienst bedeutet eine geringe Perso-



Landesvorstand



Gäste Justiz und Politik



Frau Hartdegen

naldecke mangelhafte Sicherheit vor Ort. Die Arbeitsbedingungen im Justizvollzug haben sich extrem verschlechtert.

Drei Tage vor unserem Gewerkschaftstag haben wir aus der Presse vom Aufschub der Besoldung erfahren. Mit diesem Vorboten sind wir in unseren ersten gemeinsamen Gewerkschaftstag gestartet. Unmissverständlich haben wir unserem Unmut freien Lauf gelassen. Wie fühlt es sich an, wenn Versprechen gebrochen werden? Unterzeichnete Verträge keine Gültigkeit haben? Wie soll ein Dienstherr, der so mit seinem Personal umgeht als ein guter Dienstherr wahrgenommen werden können? Unsere Kritik an die Politik, die in der Regierungsverantwortung steht war mehr als deutlich. Auf Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden können wir verzichten. Heini Schmitt als einer unserer Gäste schloss mit seiner Rede den öffentlichen Teil der Veranstaltung. In aller Deutlichkeit formulierte auch er, dass die vielen Jahre über die wir auf eine amtsangemessene Besoldung warten, schon für genügend Kritik ausgereicht hätten. Bisher wurden alle Mahnungen zur Bildung von Rücklagen für den Besoldungsausgleich ignoriert. Der beabsichtigte Besoldungsaufschub erschüttert jegliches Vertrauen in den Verhandlungspartner. Wie können zukünftig Tarifverhandlungen geführt werden. Wenn Bestandteile geschlossener Verträge einfach einseitig aufgekündigt werden. Das Vertrauen in Verhandlungspartner ist nachhaltig zerstört.

Der geplante Besoldungsaufschub war in allen Redebeiträgen enthalten.

Alle anwesenden Delegierten folgten gebannt der Eröffnungsrede. Der Unmut über die Planungen zum Aufschub der Besoldung sorgte für eine explosive Grundstimmung. Deutlich, spürbar mit Herzblut. Wir brennen nicht nur für unseren Beruf, sondern auch für unser Gewerkschaft.

Nach dem öffentlichen Veranstaltungsteil konnten sich alle anwesenden Delegierten, bei Versicherungsvertretern und -vertre-



Frau Weegels, AFD



Herr Serke, CDU



terinnen der FAMK und DBV informieren. Eine gute Gelegenheit bestehende und neue Kontakte zu knüpfen. Zahlreiche Give Aways an den Ständen und sogar eine Verlosung fehlte nicht. Drei Preise in Form von



Justizminister Christian Heinz



Heini Schmitt, dbb



Wertgutscheinen wurden ausgelobt. Salina Meinhardt, Robert Feist beide aus der JVA Kassel I und Petra Heß aus der JVA Butzbach gewannen jeweils einen 50,- € Gutschein. Wir gratulieren.



Von links: Husam Sanori, Petra Heß JVA Butzbach, zwei Berater der DBV, Salina Meinhardt und Robert Feist, beide aus der JVA Kassel I



### PRESSEMELDUNG

### Landesverband Hessen



## LANDESREGIERUNG – VERLANGT ABERMALS SONDEROPFER DER BEAMTEN

Unter dem Motto "Hessen weiterführen" hat uns heute die Landesregierung mit ihrer Erklärung deutlich gezeigt, was sie unter Wertschätzung versteht.

2004 sollten die Beamten kräftig unterstützen. Unter dem Motto auch Beamte müssen ihre Opfer tragen. Das Land bietet einen sicheren Arbeitsplatz bei einem zuverlässigen Dienstherrn. Die Arbeitszeit der Beamten wurde von 38,5 Stunden auf 42 Stunden erhöht. Von 2004 – 2008 fanden keine Erhöhungen der Besoldung statt. Haushaltskonsolidierungsbemühungen und wirtschaftliche Herausforderungen wurden als Begründungen angeführt.

Besoldungsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht hatten Erfolg. Festgestellt wurde, dass die Besoldung in Hessen verfassungswidrig ist. Ganz besonders die unteren Besoldungsgruppen sind betroffen. Das Abstandsgebot zum Bürgergeld wird nicht eingehalten. Das muss man sich echt mal auf der Zunge zergehen lassen. Die, die für ihr Land einen Dienst- und Treueid geschworen haben, sollen nun abermals Verständnis dafür aufbringen und kräftig helfen den Landeshaushalt zu stabilisieren. Die, die seit Jahren für ihren Dienstherren im Einsatz sind. Seit Jahren verschlechtern sich die Bedingungen im Justizvollzug. Das Land Hessen wird schon lang nicht mehr als guter Arbeitgeber wahrgenommen. Personal, ganz besonders für die Bereiche, in denen Schichtdienst geleistet werden muss, ist ziemlich rar. Die Besoldung in den unteren Besoldungsgruppen mehr als mager. Die Arbeitsbedingungen haben sich über viele Jahre enorm verschlechtert. Schon lange können nicht mehr alle Dienstposten besetzt werden.

Nun soll abermals die Beamtenschaft herhalten. Abermals die, die seit Jahren verfassungswidrig besoldet werden. Die Arbeitsbedingungen sind kaum mehr auszuhalten. Das Personal wird durch den Alltag getrieben. Das Klientel in den Anstalten wird mehr und verhaltensauffälliger. Gewaltbereite Gefangene füllen die Stationen. Verlässliche Dienstpläne gibt es kaum noch. Dienstplanung ist Tagesplanung. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind längst über ihrer Leistungsgrenze. In Dankbarkeit, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, sollen sie nun die nächste Kröte schlucken.

WIR SIND ENTSETZT!!! WIR SIND VON UNSERER LANDESREGIERUNG MEHR ALS ENTTÄUSCHT!!!

## Landespolitik in Hessen zerstört Vertrauen – Versprochen – gebrochen!!!!

Drei Tage vor unserem Gewerkschaftstag am 15.11. haben wir aus der Presse erfahren müssen, dass die hessische Landesregierung ihren Vertrag aus den Tarifverhandlungen im März 2024 nicht einhalten wollen würde. Ein Bestandteil der Einigung war die systemgerechte Übertragung des Ergebnisses aus den Tarifverhandlungen auf die Beamten- und Versorgungsempfänger. Ohne diese Einigung wären die Tarifverhandlungen in Bad Homburg gescheitert. Die Verhandlungspartner der Gewerkschaften hätten den Vertrag nicht gezeichnet. Für die Arbeitgeber (das Land Hessen) war unser Innenminister mit Begleitung angereist. In den frühen Morgenstunden des 15.03.2024 wurde dem Verhandlungspapier der Gewerkschaften zugestimmt. Im Landtag wurde das Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Jahr 2025 beschlossen. Das Gesetzt beinhaltete zugleich die Gewährung einer Inflationsausgleichszahlung.

Da Besoldung keine Sockelbeträge kennt wurden für die Besoldungsgruppen bis A 9 keine wie im Tarif vereinbarte Mindesterhöhung von 200,- € erreicht. Die Hälfte der Beamten und Beamtinnen hatten somit weniger als 200,- €. Für viele eine bittere Pille.



Innenminister Poseck mit Vertretenden der Gewerkschaften

Nun müssen wir erfahren, dass es doch noch schlimmer geht. Seit vielen Jahren werden die hessischen Beamten und Beamtinnen nicht verfassungskonform besoldet. Das Land Hessen schuldet seinen Beamten und Beamtinnen Geld. Schon das allein ist ein Unding, Ist unfassbar!



Innenminister Poseck am 21.11.2024

Seit dem 12.11.2024 ist unser Vertrauen in die Regierungsfraktionen der CDU und der SPD als kleinen Koalitionspartner nachhaltig zerstört. Der Besoldungsaufschub und das dadurch an den Beamten und Beamtinnen eingesparte Geld ist das eine. Das andere schwerwiegendere ist das VERTRAU-EN! Wie sollen und können wir mit unseren verantwortlichen der Regierungsparteien Gespräche führen? Wie können wir auf das Wort jemals wieder vertrauen? Seit dem 11. Jahr haben wir keine verfassungskonforme Besoldung. Wie viel Wert haben Gerichtsurteile?

Die Regierungsparteien von CDU und SPD finden, dass die Beamtenschaft und die Versorgungsempfänger "ihren Teil" an der Haushaltskonsolidierung zu tragen haben. Zumal der Aufschub nur ein temporäres Ereignis sei. Unser Finanzminister Herr Lorz (CDU) und unser Innenminister Herr Prof. Dr. Poseck (CDU) rühmen sich sogar damit, dass die Erhöhung von 10,9 Prozent die höchste Besoldungserhöhung, die es jemals gegeben hat, sei. Beide, sowie alle Sprecher der Regierungsfraktionen führen die Einschnitte in der freien Wirtschaft an. Dabei wird gerne vergessen, dass die





Besoldung der Beamten und Versorgungsempfänger seit vielen Jahren nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Wir wollen keine Neiddebatte zur freien Wirtschaft. Aber wir alle wissen, wie gut im Besonderen bei VW und in anderen Industriebranchen verdient wurde. Natürlich haben die Tarifverhandlungen bei IG Metall; IG Chemie und vielen anderen großen Gewerkschaften stets gute Abschlüsse -DANK IHRER ZAHLREICHEN MITGLIEDERN UND DER HOHEN STREIKBEREITSCHAFT erzielen können. Hohe Abschlüsse wurden stets erkämpft. Niemals aus Freundlichkeit den Beschäftigten gegenüber gewährt. Beamte haben kein Streikrecht. Sie haben das Recht sich zu organisieren.

Die Haltung, die im Tarif erkämpften Erhöhungen bekomme man ja sowieso und wenn nicht, gäbe es Möglichkeiten. Nein, wir denken so nicht. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es Sinn macht eine Stimme für den Justizvollzug zu sein. Wir hoffen, dass unsere Kollegen und Kolleginnen nach dem Bruch des Vertrauens nun zahlreich Willens sind ihren Unmut gemeinsam mit uns auf die Straße zu bringen. Wir werden nicht lockerlassen. Der Kreis, der die in der Politik etablierten Parteien ablehnt wird stetig größer. Unsere Demokratie zu stärken geht nicht mit gebrochenen Versprechen. Zur dritten und vierten Lesung werden wir abermals am Dern'schen Gelände in Wiesbaden anwesend sein. Wir hoffen auf zahlreiche Unterstützungen aus dem Justizvollzugsdienst. Die handelnden der Landesregierungen sollen deutlich se-



hen, dass die Enttäuschung über ihr Verhalten und ihren Umgang mit Vereinbarungen auf keinen Fall in Ordnung ist. Wir waren am 21.11.2024 und am 10.12.2024 auf dem Dern'schen Gelände in Wiesbaden. Wir fühlen uns einfach nur veräppelt!!!

Inzwischen gibt es einen Antrag zum Gesetzentwurf der FDP auf den Aufschub der Besoldung zu verzichten. Die Fraktion der Grünen und der AFD fordern ebenfalls andere Möglichkeiten zu suchen. Etwa das Hessengeld oder der Milliarden-Kredit für die HELABA. So kurzfristig kann doch unsere Landesregierung nicht ihre Finanzen planen. Wurden kürzlich nicht erst zwei neue Ministerien mit einem zugehörigen Personalstamm ministeriellen Stellen, zusätzliche Staatsposten und Beauftragten geschaffen. Wurde dort geprüft, ob der Rotstift angesetzt werden könnte. Daher kommt am 25.02.2025 und am 25.03.2025 nach Wiesbaden. Seit mit dabei und zeigt was ihr von dem geplanten Besoldungsaufschub haltet. Zeigt EUCH mit UNS gemeinsam #vonderbasisfürdiebasis. In den Zeiträumen sind jeweils die Plenarwochen. VERSTÄRKT MIT UNS DEN DRUCK AUF DIE HANDELNDEN DER REGIERUNG!!!!



## Der BSBD-Landesvorstand im Gespräch mit der FDP und mit unserem Justizminister



v. I.: Husam Sanori, Melanie Peil, Marion Schardt-Sauer FDP, Wilma Volkenand und Heinz-Dieter Hessler

Um unsere Arbeitswelt in den Justizvollzugsanstalten mitgestalten zu können sind Gespräche mit allen politischen Vertretungen, die im Landtag vertreten sind für uns von äußerster Wichtigkeit. Mit Jahresabschluss 2024 haben wir mit fast allen Fraktionen Fachgespräche führen können. Im Dialog mit politischen Entscheidungsträgern haben wir als Fachgewerkschaft die Chance die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer (natürlich schließen wir die Beamtenschaft mit allen Versorgungsempfängern in diese Formulierung mit ein) zu verbessern. Ein großes Thema ist eine verlässliche Dienstplanung. Die Möglichkeit Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Von der Personalgewinnung über das Halten des Personals. Gute Arbeitsbedingungen und die hohen Belastungen für alle Berufsgruppen im Justizvollzug. Zu einem modernen Arbeitgeber gehört für uns eine Novellierung der Dienstkleiderordnung. Wir stehen für das offene Tragen von Tätowierungen. Bei jedem Gespräch tragen wir unsere Vorstellung vor. Vehement seit gut einem Jahr greifen wir das Thema bei jeder sich uns bietender Gelegenheit auf. Seit gut einem Jahr hören wir "es wird daran gearbeitet". Bald wird es Wirklichkeit. Weil reden nicht immer hilft, haben wir zum Jahresende eine Petition gestartet.

Wir schildern allen Akteuren aus Politik und Ministerium die Realität. Wir als kennen den Justizvollzug von der Basis. Wir können schildern wie anspruchsvoll manche Gegangenen sein können. Die hohe psychische Belastung, die im Schichtdienst auf den Stationen auf die Menschen, die im Justizvollzug arbeiten lastet. Wir können beschreiben, wenn der Arbeitsalltag kaum noch bewältigt werden kann. Wie zeitintensiv Gefangene mit hohen Sicherheitsauflagen sind.

Der Kontakt mit der Politik und Ministerium spielen stets eine Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung von Gesetzen. Anfang November hatten wir unser erstes Gespräch mit der Fraktion der FDP. Wenige Tage vor unserem Gewerkschaftstag. Frau Schardt-Sauer hat uns herzlich in den Räumen der FDP-Fraktion empfangen. In einer sehr angenehmen Gesprächsrunde haben wir unsere gewerkschaftlichen Forderungen vorgetragen. Regelmäßig wollen wir uns zu weiteren Gesprächen treffen.

Eine weitere Gelegenheit zu einem Treffen sollte unser Gewerkschaftstag sein. Anfang November wussten wir alle noch nichts von dem geplanten Besoldungsaufschub. Wie wichtig ein politischer Mitgestalter doch sein kann haben wir inzwischen deutlich zu spüren bekommen. Wir danken der Fraktion FDP für ihre Initiative.

#### Offenes Tragen von Tätowierungen im Polizei- und Justizvollzugsdienst

Eingabe vom 28.11.2024, hier eingegangen am 28.11.2024

Petition Nr. 00935/21

Sehr geehrte Frau Volkenand.

Ihre Eingabe habe ich dem Petitionsausschuss überwiesen.

Die Bearbeitung im Ausschuss wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Sobald der Beschluss des Landtages vorliegt, werde ich Ihnen das Ergebnis mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

2.6/

Daniela Engelhardt

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Respekt durch Taten: Besoldungserhöhung für Hessens Beamte muss planmäßig umgesetzt werden!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen im Jahr 2025 Erhöhungen der Beamtenbesoldung um 4,8 % zum 1. Februar 2025 und um 5,5 % zum 1. August 2025 vorsieht. Einer der maßgeblichen Einflussfaktoren auf die Erhöhung der Bezüge ist die Entwicklung der Eritgelte für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Das beschlossene Gesetz berücksichtigt demnach die Tarifeinigung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen vom 15. März 2024. Die Besoldung und die Versorgungsbezüge sollten zeitgleich und systemgerecht angepasst werden.

Der Landtag stellt fest, dass eine Verschiebung der Besoldungserhöhung das Vertrauen der Beamtenschaft in die Verlässlichkeit staatlicher Zusagen untergräbt und ein fatales Signal an die Beschäftigten sendet, die täglich die Sicherheit und Funktionsfähigkeit unseres Landes gewährleisten.

 Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Besoldungserh\u00f6hung um 5,5 % planm\u00e4\u00e4fig zum 1. August 2025 umzusetzen und eine Verschiebung auf den 1. Dezember 2025 auszuschlie\u00e4en.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alternative Einsparpotenziale zu prüfen, insbesondere bei den zusätzlichen Ausgaben der laufenden Legislaturperiode, wie der Einrichtung neuer Ministerien, der Berufung zusätzlicher Staatssekretäre sowie das Milliardendarlehen für die Helaba.

Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, Rücklagen für zukünftige Besoldungsanpassungen zu bilden, um ähnlich geplante Einschnitte in der Zukunft zu vermeiden.

#### Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. Dezember 2024

Der Fraktionsvorsitzende:

Dr. Stefan Naas

Sauer, die Sprecherin für den Justizvollzug im Unterausschuss ist in guter Verbindung. Wir bedanken uns für die vertrauensvolle Gesprächsumgebung ebenso wie für den "Dringlichen Antrag – Respekt durch Taten" und selbstver-

ständlich für Teilnahme an den Demos anlässlich des Besoldungsaufschubes.

Gerne bleiben wir mit Frau Schardt-

Die Vertreter und Vertreterinnen waren bisher bei keiner Demo vor Ort. Wenigstens das hat sich unser Innenminister nicht nehmen lassen. Bei beiden Veranstaltungen hat er sich dem Protest der Demoteilnehmer und -teilnehmerinnen gestellt. Bestimmt war und ist es für Herrn Prof. Dr. Poseck keine angenehme Veranstaltung.



v. I.: Christoph Sippel (Bündnis 90 Grüne) Moritz Promny Sprecher Innenpolitik; Wiebke Knell; Stefan Naas Fraktionsvorsitzender (nicht im Bild aber anwesend Marion Schardt-Sauer, Sprecherin Justizvollzug und Finanzpolitik, alle FDP) Innenminister Roman Poseck, Heini Schmitt vom dbb und Björn Werminghaus DPolG)

### Der BSBD im Gesprächskontakt mit unserem Justizminister Christian Heinz

Hessischer Minister der Justiz und für den Rechtsstaat ist Herr Heinz seit dem 18. Januar. Seit 2010 ist er Abgeordneter im Hessischen Landtag. Bis zu seiner Ernennung zum Minister war er stellvertretender Vorsitzender und Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Rechtsausschuss.

Über das Jahr hinweg waren verschiedene Veranstaltungen, die einen kurzen aber flüchtigen Kontakt zuließen. Ein gemeinsamer Gesprächstermin konnte jedoch nicht vereinbart werden. Wir haben die Einladung zu unserem Gewerkschaftstag in Butzbach ausgesprochen und freuten uns über die Zusage.

Fast unmittelbar zur Zusage haben wir uns für einen Gesprächstermin, der im Dezember stattfinden sollte, vereinbart.

Stellvertretend für den BSBD fanden sich Husam Sanori, Torsten Gürtler, Thomas Wessel (Fachgruppenvertretung Werkdienst sowie kooptiert für den Tarifbereich), Heinz-Dieter Hessler und Wilma Volkenand im Justizministerium ein.

Herr Heinz wurde von Herrn Dr. Böhmer und Frau Dickler begleitet. Die Themen, für die wir "brennen" waren allen spätestens seit dem Gewerkschaftstag bekannt. Uns treibt die Sorge um unser Personal um. Wie attraktiv ist das Land Hessen als moderner Arbeitgeber. Von der Personalgewinnung bis zum Personalhalten. Wir wollen uns kaum vorstellen, wenn die Jahrgänge der sog. Babyboomer weg sind. Der hohe Bedarf an Personal sorgt uns. Unsere Aus- und Fortbildungsstätte ist bereits weit an ihrer Grenze. Nach wie vor herrscht in den hessischen Anstalten ein Renovierungsstau.

Eine Grundsanierung während des aktiven Anstaltsbetriebes halten wir für mehr als fahrlässig. Die Nerven bei allen Beteiligten liegen blank. Nicht zuletzt das mehr und mehr auffällige Klientel. Extrem gewaltbereite Gefangene legen täglich für mehrere Stunden den Anstaltsbetrieb lahm. Mit Blick in die Zukunft gehen wir davon aus, dass die Gefangenenzahlen steigen werden. Noch immer haben wir einen Bewerbermarkt. Ein guter und moderner Arbeitgeber ist Hessen unserer Ansicht nach nicht.

Wir konnten viele unserer Themenschwerpunkte gemeinsam erörtern. Schnell war die zur Verfügung stehende Zeit vergangen. Viel zu schnell. Sogar so schnell, dass keiner von uns an ein gemeinsames Foto gedacht hat. Schade. Beim nächsten Mal werden wir gut darauf achten ein gemeinsames Foto zu machen. Für die gute Gesprächsatmosphäre bedanken wir uns. Zum Glück haben wir unseren Justizminister auf unserem Gewerkschaftstag fotographisch "einfangen" können.





(v. I. Husam Sanori, Wilma Volkenand, Christian Heinz)

### Personalräteschulung 2024

In der Aus- und Fortbildungsstätte des Justizvollzuges fanden in November die Schulungen für die Personalräte im H. B. Wagnitz-Seminar in Wiesbaden statt. In den hessischen Anstalten ist der BSBD mit seinen Listen zur Personalratswahl stets gut aufgestellt und zahlreich vertreten. Unsere hessische Schulungsstätte hat leider keinen Raum für 70 Personalvertreter und Personalvertreterinnen. Es wurden zwei Gruppen gebildet. Unter dem Motto Planen – Handeln – und Gestalten konnte unser Dozent, Herr Wolf, den Teilnehmenden über zwei Tage so einiges vermitteln.

Ein Tag sollte für einen Gesprächsaustausch mit dem Ministerium zur Verfügung stehen. Wir danken Herrn Dr. Böhmer und Frau Dr. Kötter für das Interesse am persönlichen Austausch.



Gruppe A mit Frau Dr. Kötter



Gruppe B mit Herrn Dr. Böhmer

Für 2025 soll die Veranstaltung wieder in Weilburg stattfinden. Dort können alle Teilnehmenden gemeinsam Wissen erwerben – erweitern und was bei solchen Tagungen mit am wichtigsten ist – NETZWERKEN.

## Zur neuen Leiterin der JVA Butzbach wurde Mareike Knappik ernannt



Frau Mareike Knappik wurde am 13. November 2024 offiziell und feierlich in ihr neues Amt als Leiterin der Justizvollzugsanstalt Butzbach durch Hessens Justizminister Christian Heinz eingeführt. Dieser betonte, dass Frau Knappik bereits bei ihren bisherigen Tätigkeiten in der hessischen Justiz bewiesen habe über das nötige Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen zu verfügen. Sie ließe keinen Zweifel daran, hervorragend gerüstet zu sein. Auch ihren gewinnbringenden und ausgewogenen Blick für die Dinge könne sie in ihrem neuen Wirkungsbereich voll zur Geltung bringen. Für ihre neuen Aufgaben wünsche er ihr von Herzen viel Erfolg, so Justizminister Heinz.

Durch ihren Werdegang hat sie bereits viel Erfahrung in der hessischen Justiz erlangen können und unterschiedliche Justizvollzugsanstalten kennengelernt. So war Frau Knappik bereits vom September 2010 bis Dezember 2013 als Leiterin der Vollzugsabteilung 21 in der JVA Butzbach eingesetzt. Zuvor wurde sie nach ihrem zweiten Staatsexamen 13 Monate im Hessischen Justizministerium und darauf in der Frauenanstalt Frankfurt am Main III eingesetzt. Die Bestellung zur kommissarischen Vertreterin der Anstaltsleitung der JVA Dieburg folgte 2014. Zwei Jahre später war sie als stellvertretende Anstaltsleiterin der JVA Frankfurt am Main I tätig. Anschließend



wurde sie zur Leiterin der JVA Frankfurt am Main IV und danach zur kommissarischen Vertreterin der Leitung der Frauenanstalt Frankfurt am Main III ernannt.

Herr Uwe Röhrig wurde als bisheriger Leiter der JVA Butzbach nach über 40 Dienstjahren durch den Justizminister Heinz bei der Amtswechselfeier noch einmal verabschiedet.

Frau Knappik bedankte sich im Nachgang bei allen "helfenden Händen" und Beteiligten, die diese Amtswechselfeier zu einer einmaligen Veranstaltung für sie gemacht hatten. Mit dem Motto "Butzbach kann" dankte Sie für den Teamgeist, das Engagement und die Unterstützung und freue sich auf eine sehr gute Zusammenarbeit. Schon jetzt erfreut sich auch die JVA Butzbach an der neuen Leiterin: ein frischer Anstrich in der Besuchsabteilung und der Verwaltung wurde bereits umgesetzt. Dies hat für eine schöne moderne Optik in dem alten Gemäuer gesorgt.

Frau Mareike Knappik wünschen wir vom BSBD - Ortsverband eine tolle Amtszeit mit konstruktiven Gesprächen, in der sie auf unsere Unterstützung zählen kann.

Susanne Leib

## Spende für "Das Gute Haus" bei Bubble-Soccer-Turnier in der JVA Butzbach

## Kostenfreie Kinder- und Jugendprogramme in Butzbach mit hohem Spendenbetrag unterstützt

In sechs Mannschaften traten die Bediensteten in der Sporthalle der JVA Butzbach im diesjährigen Bubble-Soccer-Turnier gegeneinander an. Hierbei musste jede Mannschaft gegen jedes Team einmal antreten. In den großen aufgeblasenen Plastikbällen waren die Spieler mit Hilfe von Gurten und

Handgriffen stabilisiert und vor den körperlichen Angriffen der Gegner recht gut geschützt. Mit jeweils vier Mitspielern im Team traten so zum Beispiel die Abteilung der Krankenpflege gegen das Team des Sicherheitsbereichs oder der Azubis an. Durch den Umfang der Bubble war das normale Fußballspiel kaum möglich und das "Umherkugeln" nach gegnerischem Umstoßen bereitete vor allem den Zuschauern sehr viel Unterhaltung. Die Titelverteidiger vom Vorjahr aus dem B-Flügel schafften es erneut, sich den Pokal zu sichern.



Begünstigte des Spendenaufrufs war dieses Mal "Das Gute Haus" in Butzbach. Für die kostenlosen Angebote für z. B. das Kinder- und Jugendprogramm aus Butzbach, kamen durch die Geldspenden der Bediensteten der JVA Butzbach stolze 893,90 € zusammen.

Die Anstaltsleiterin Mareike Knappik überreichte den beiden Geschäftsführerinnen Dr. Agnes Model und Stefanie Krause im Anschluss die tolle Spende. Die Gäste waren nicht nur begeistert von der hohen Spendenbereitschaft, sondern auch sehr vom ausgezeichneten Betriebsklima unter den teilnehmenden Beschäftigten innerhalb der JVA: kameradschaftlich, fair und mit riesigem Spaß für alle. Ein leckeres Kuchenbuffet ergänzte das sportliche Fun-Event.









### Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Butzbach

#### Weiterhin größter Ortsverband Hessens

Die Jahreshauptversammlung fand am 1. November 2024 mit einem All-You-Can-Eat-Buffet in dem asiatischen Restaurant "Miller Haus" in Gießen statt. Zunächst begrüßte die 1. Vorsitzende Susanne Leib die anwesenden Mitglieder und reflektierte die Geschehnisse der letzten Monate in der JVA Butzbach.



OV-JVA Butzbach Jörg Spieker wird für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Der Vorstand des Ortsverbands hatte in Absprache mit dem damaligen Anstaltsleiter Uwe Röhrig Ende 2023 zwei Vorträge zur Beamtenversorgung durch das RP Kassel mitorganisiert. Diese wurden vom Personal sehr gut angenommen und waren ein großer Erfolg. Eine Weihnachtsgeschenke-Aktion des OVs konnte erst ab Januar durchgeführt werden, da vereinzelte Warensendungen erst Mitte Januar eintrafen. Viele Mitglieder nahmen es mit Humor auf, einen gefüllten Weihnachtsstiefel kurz vor Fasching zu erhalten. Den anwesenden Pensionären wurde dieser an der JHV ausgehändigt - nun passend zur Vorweihnachtszeit.

Des Weiteren berichtete die Vorsitzende über den Wechsel der Anstaltsleitung der JVA Butzbach. Herr Uwe Röhrig hatte am 21.03.24 seinen letzten Arbeitstag im aktiven Dienst. Am 10. Juni wurde Frau Regierungsdirektorin Mareike Knappik als Behör-

denleitung eingesetzt. Auch freute sich der Ortsverband über das erfolgreiche Wahlergebnis der Personalratswahl vom 14.05.24. Für ihre 15-Jährige Mitgliedschaft im BSBD wurden im Anschluss die Kollegen Christian Bill, Stefan Sternke und Steffen Wagner in Abwesenheit geehrt. Für bereits 25 Jahre Mitgliedschaft konnte der Kollege Jörg Spieker mit Urkunde, Gutschein, Ehrennadel und Pokal geehrt werden.

Zum Abschluss der erfolgreichen JHV in gemütlicher Runde – an der auch das Ehrenmitglied Alfred Görlach sowie die Pensionäre Reinhold Gogol, Eugen Martz und Karl Panz teilnahmen – wurde mit den anwesenden Mitgliedern darüber abgestimmt, ob im Jahr 2025 ein Ausflug mit der Gewerkschaft oder erneut ein Sommerfest gewünscht ist. Die Abstimmung fiel Einstimmig für ein Sommerfest im Jahr 2025 aus. Zum Abschluss gab es für alle Anwesenden natürlich noch Glückskekse.

### Mitgliederversammlung OV Hünfeld

Am 19.11.2024 haben sich 20 interessierte Kollegen zur Mitgliederversammlung des BSBD-Ortsverbandes Hünfeld im Restaurant La Bella Vita getroffen.

Der 1. Vorsitzende Luca Borello eröffnete die Mitgliederversammlung und berichtete über die Arbeit des OV Hünfeld im Jahr 2024.

Neben der Teilnahme an den Demonstrationen/Kundgebungen in Fulda und Wiesbaden, veranstaltete der OV Hünfeld eine eigene Aktion um auf die Forderungen bei den Tarifverhandlungen aufmerksam zu machen. Nämlich eine "aktive Mittagspause" direkt vor der Anstalt mit frischer Grillwurst, Brötchen und Getränken.

Außerdem wurde über verschiedene Angebote des dbb berichtet und wie es aktuell in anderen Vollzugsanstalten außerhalb von Hessen abläuft. Nach dem Verlesen des Kassenberichts durch Kassenwartin Mareike Betz und der Entlastung des Vorstandes, wurde bei entspannter Atmosphäre zu Abend gegessen.

Der Vorstand bedankt sich bei den Mitgliedern für das erbrachte Vertrauen und die hohe Teilnahme an der Versammlung



### Volkstrauertag in Hünfeld

In Hünfeld fand, so wie jedes Jahr, auch eine Gedenkfeier zum Volkstrauertag statt. An diesem Tag wird der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht, und es finden in vielen Städten und Gemeinden Gedenkveranstaltungen statt.

Traditionell werden an diesem Tag Kränze an Denkmälern und Gedenkstätten niedergelegt, um den gefallenen Soldaten und den Opfern von Gewalt und Unterdrückung zu gedenken.

Die Feierlichkeit begann am 17.11.2024 um 11:30 Uhr mit einer Andacht, gefolgt von einer Ansprache, in der die Bedeutung des Volkstrauertags hervorgehoben wurde. Es wurde an die Verantwortung der heutigen Generation erinnert, Frieden zu fördern und sich für eine gewaltfreie Zukunft einzusetzen.

Neben der Bundespolizei, der Feuerwehr, der Bundeswehr, dem Rettungsdienst und



(v.l.n.r. Udo Tischler, Maximilian Adams, Maurice Vestweber, Rudolf Geisler, Martin Rützel, Carsten Faust & Luca Borello)

dem THW, war die Justiz durch die JVA Hünfeld mit 8 Delegierten vor Ort vertreten. Der Volkstrauertag ist nicht nur eine Erinnerung an die Vergangenheit, sondern auch ein Aufruf, sich aktiv für eine friedliche Gesellschaft einzusetzen. Vielen Dank an die Bediensteten, die in Ihrer Freizeit freiwillig an dieser Veranstaltung teilgenommen haben.

Vorsitzender des BSBD-Ortsverbandes Hünfeld, Luca Borello

### Jahreshauptversammlung des OV Weiterstadt

Der Einladung des Ortsverbandsvorsitzenden Marek Gach zur Jahreshauptversammlung wurde gerne gefolgt. Kleine Schokoweihnachtsmänner sorgten bereits für eine heimelige Stimmung. Im Rahmen der Jahresabschlussversammlung stand ein kleiner Abschied aus der aktiven Vorstandsarbeit an.



v. I. Karsten Müller, Marek Gach Ortsverbandsvorsitzender, Thorsten Hummel

Karsten Müller und Thorsten Hummel waren für den Ortsverband Weiterstadt langjährig in der Vorstandsarbeit aktiv dabei. Zuletzt hatte Karsten Müller das Amt des zweiten Vorsitzenden inne. Zeit kann nur einmal vergeben werden. Zahlreiche Verpflichtungen im dienstlichen und privaten fordern. Nicht immer steht ausreichend Zeit für alles was einem am Herzen liegt zur Verfügung. Ehrenamt frisst Zeit. Um Ressourcen für vieles andere zu gewinnen hat Karsten Müller sich entschieden das Ehrenamt im Vorstand aufzugeben.

Thorsten Hummel hat als Laufbahnaufsteiger seine Ausbildung im gehobenen Dienst begonnen. Aus zeitlichen Gründen ist die Ausübung der Funktion des Weiteren Stellvertretenden Vorsitzes leider nicht mehr möglich.

Beide wurden von Marek Gach als Ortsverbandvorsitzenden mit einem herzlichen Dank für die geleistete Ehrenarbeit im Vorstand verabschiedet. Ein kleiner Trost dabei ist, dass beide dem Ortsverband gerne weiterhin verbunden bleiben.



Husam Sanori selbst Mitglied im Ortsverband überbrachte beiden den Dank für die Zeit im aktiven Ehrenamt und berichtete in seiner Funktion als Geschäftsführer und stellvertretender Landesvorsitzender über die Gewerkschaftsarbeit des Landesvorstandes.

### Frauenvertreterinnen der Länder tagten in Magdeburg

#### Arbeitskreissitzung der Bundesfrauenvertretung des BSBD vom 28. - 30.11.2024

In einer großen Runde trafen sich die Frauenvertreterinnen des BSBD aus den Bundesländern Bayern (Elke Wiesbauer), Nordrhein-Westfalen (Sonja Belzig), Baden-Württemberg (Manja Sommer), Sachsen-Anhalt (Anett Matz), Sachsen (Manuela Burkert), Niedersachsen (Katharina Starke), Schleswig-Holstein (Melanie Waldmann), Thüringen (Susanne Schneider-Papst), Brandenburg (Franziska Meinel), Mecklenburg-Vorpommern (Kerstin Loeck) und Hessen (Susanne Leib) sowie vom Bundesvorstand BSBD Dörthe Kleemann zur Arbeitskreissitzung.

Treffpunkt war die Justizvollzugsanstalt Burg in Sachsen-Anhalt in der Anett Matz tätig ist. Nach einer sehr herzlichen Begrüßung und informativen Vorstellung der Anstalt – diese nahm 2009 ihren Regelbetrieb auf, hat über 630 Haftplätze und besteht aus 15 Gebäuden – erhielten die Fachgruppenvertreterinnen eine Führung in den Bereichen der Sicherungsverwahrung, dem Arbeitsbetrieb Schneiderei und den Räumen der Besuchsabteilung. Einen regen Austausch über die großen Unterschiede

zwischen den einzelnen Haftanstalten führten die Frauenbeauftragten während des Rundgangs auch mit dem diensthabenden Personal.

Diverse wichtige und aktuelle Themen standen dann am Folgetag auf der Tagesordnung; darunter der in allen Vollzugsanstalten gravierende Personalmangel. Mit Bewerbertagen und auf Ausbildungsmessen betreiben fast alle Bundesländer Werbung für den Berufszweig.

Weiterhin bleibt die Arbeit im Schichtdienst, die Gleichbehandlung von Mann und Frau darunter auch das Thema Frauen in Führungspositionen und der Fachkräftemangel bei den psychologischen und sozialen Abteilungen Thema. Die Frauenvertreterinnen der einzelnen Bundesländer beschäftigt leider die Thematik der sexuellen Belästigung weiterhin; noch immer werden in den Behörden Kolleginnen unangemessen behandelt. Dagegen Neu ist die Problematik mit dem Cannabis-Gesetz in den Vollzugsanstalten. Wie bereits im Vorjahr wurde auch über die Diversität diskutiert, bei der

sich die Ausweislage nicht immer mit den Geschlechtsorganen deckt und die Unterbringung dadurch eine Herausforderung für alle darstellt.

Nach den erfolgreichen Gesprächen beendeten Elke Wiesbauer und ihre Stellvertreterin Franziska Meinel die Arbeitskreissitzung und wünschte allen ein besinnliches Weihnachtsfest.

BSBD Fachgruppenvertreterin der Frauen Susanne Leib





## Forderungskatalog der Fachgruppenvertreter der Pädagogen und Psychologen

#### 1. Ausbildung im Vollzug

Aus der fachlichen Sicht eines Lehrers muss festgehalten werden, dass sowohl die AVD-Ausbildung als auch das sog. Trainee-Programm ein didaktischer Totalausfall sind. Diese Ausbildungsarrangements sind ausschließlich dafür geeignet junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst früh in ihrer Karriere maximal zu frustrieren. Der jeweilige Anwärter oder Rechtsassessor muss einerseits sehr viel Flexibilität und Kompromissbereitschaft hinsichtlich Dienstort und Einsatzort liefern, hohe Fahrzeiten in Kauf nehmen und mit spontanen Arbeitsplatzwechseln rechnen. Geboten bekommt man dafür ein begleitetes Praktikum. Gleichzeitig wird man vor Ort wie ein regulärer Mitarbeiter in den Tagesablauf eingeplant. Es ist vollkommen unverantwortlich, die aus fachlicher Sicht schon wenig effizient genutzte Ausbildungsdauer des AVDs noch weiter zu reduzieren. Dies wird nicht zu dem gewünschten Bewerberboom führen, sondern zu einem kalkulierbaren Sicherheitsproblem.



Folglich wird gefordert, die Ausbildungsordnungen sowohl für den AVD als auch für die Rechtsassessoren didaktisch zu überarbeiten und so zu gestalten, dass die Zufrie-

denheit unter den Ausgebildeten so groß ist, dass sie in diesem Berufsfeld bleiben.

### 2. Berufsbezogene Weiterbildungen ermöglichen

Dadurch, dass die Justiz über ein eigenes Aus- und Weiterbildungszentrum verfügt, das HBWS, ist der Eindruck entstanden. dass die Bedarfe im Bereich Aus- und Weiterbildung für Justizbedienstete vollkommen gedeckt sind. Dieser Eindruck täuscht allerdings. Denn das Weiterbildungsangebot dreht sich ausschließlich um reine Vollzugsthemen. Damit gibt es nur für den AVD berufsbezogene Weiterbildungen. Allen anderen Berufsgruppen werden keine fachbezogenen Weiterbildungen angeboten, sodass ein Mitarbeiter des Vollzuges, der nicht dem AVD angehört, ab der Einstellung in den Vollzugsdienst sich fachlich nicht mehr weiterentwickeln kann. Stellt ein solcher Mitarbeiter nun einen Antrag auf eine berufsbezogene Weiterbildung, so wird diese mit Verweis auf das Weiterbildungsangebot im HBWS in aller Regel abgelehnt.



Folglich wird gefordert, bei der Erstellung des Weiterbildungsangebotes im HBWS auch die vielen anderen Berufsgruppen im Vollzug zu berücksichtigen und fach-

liche Weiterbildungsangebote bereitzustellen. Außerdem sollte das Bemühen um Weiterbildungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern grundsätzlich begrüßt und gefördert werden. Also sind entsprechende Anträge wohlwollend von den Anstalten zu prüfen.

#### 3. Zugangsvoraussetzungen zur Verbeamtung vereinfachen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist lediglich die Verbeamtung nach vorheriger Vollzeitbeschäftigung möglich. Dies ist vor dem Hintergrund der Zunahme der Teilzeitbeschäftigungen nicht mehr zeitgemäß. Durch diese Regelung werden Vordienstzeiten von mehreren Jahren im Zuge einer angedachten Verbeamtung nicht berücksichtigt. Dies kann als Herabwürdigung der Tätigkeit der Teilzeitbediensteten angesehen werden und sorgt ebenfalls für zunehmende Fluktuation.



Folglich wird gefordert, die Zugangsvoraussetzungen zur Verbeamtung zu vereinfachen.

### Wir gratulieren dem Lehrgang E 217 zur bestandenen Laufbahnprüfung



### Landeshauptvorstand trifft sich zum Ende des Jahres

Am 13.12.2024 trafen sich die Mitglieder des erweiterten Landeshauptvorstandes in Güstrow zu ihrer letzen Sitzung des Jahres.

Neben dem allgemeinen Austausch von Informationen und Gedanken zu organisatorischen Belangen der Verbandsarbeit ging es vor allem um den Bericht der Rechnungsprüfer und die Bestätigung des Haushaltsplans für das Jahr 2025.

Die Rechnungsprüfer Andrea Meyer und Jörg Mangels bescheinigten dem Schatzmeister Matthias Kleemann, nach Prüfung aller Unterlagen, eine gewissenhafte und fehlerfreie Arbeit.

Damit wurde der Schatzmeister für das Jahr 2024 durch den Landeshauptvorstand entlastet. Anschließend wurde auch der von ihm vorgestellte Finanzplan, für das Haushaltsjahr 2025, angenommen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt waren die anstehenden Wahlen des Hauptpersonalrat (HPR) beim Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz MV, im Mai 2025.

Im Gremium wurden folgende Kandidaten vorgeschlagen und bestätigt:

Für die Gruppe der Beamten:

Matthias Nicolai, Justizvollzugsanstalt Neustrelitz,

Stanley Mengel, Landgericht Schwerin

Ariane Berger, Justizvollzugsanstalt Waldeck

Alexander Mrowiec, Landgericht Schwerin Mathias Stüwe-Banhagel, Justizvollzugsanstalt Bützow

Ronny Oberländer, Justizvollzugsanstalt Neustrelitz

<u>Für die Gruppe der Tarifbeschäftigten:</u> Renaldo Kalski,

Justizvollzugsanstalt Bützow

Yvonne Teuscher Justizvollzugsanstalt Neustrelitz

Ferner informierte der Vorsitzende zum Ersten Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes MV, welches am 12.12.2024 in Kraft trat.

Damit sind nun, nach Wegfall der Sonderregelung zur Milderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie, erneut Personalratssitzungen, ohne zwingende vor Ort Präsens der Teilnehmer möglich.

Allerdings ist diese Möglichkeit auch an Bedingungen geknüpft:

"Die oder der Vorsitzende des Personalrats kann Sitzungen vollständig oder unter Zuschaltung einzelner Personalratsmitglieder sowie sonstiger teilnahmeberechtigter Personen mittels Video- oder Telefonkonferenz durchführen lassen, wenn

- vorhandene Einrichtungen genutzt werden, die durch die Dienststelle zur dienstlichen Nutzung freigegeben sind,
- nicht mindestens ein Viertel der Mitglieder oder die Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter einer Gruppe des Personalrats unverzüglich gegenüber der oder dem Vorsitzenden widerspricht und
- der Personalrat geeignete organisatorische Maßnahmen trifft, um sicherzustellen, dass Dritte vom Inhalt der Sitzung keine Kenntnis nehmen können." (Pers-VG MV, §26, Abs. 2)



Damit bleibt das Land leider insgesamt hinter seinem eigenen Vorhaben und den Wünschen der Personal- und Interessenvertretungen zurück, das über 30 Jahre alte Personalvertretungsgesetz MV zu modernisieren.

Auch der Anspruch auf amtsangemessene Alimentation wurde erneut thematisiert.

Da die Bescheidung der Anträge aus den Jahren 2023 und 2024 weiter auf sich warten lassen, informierte der Vorsitzende das Gremium über den weiteren Verlauf bei der Einforderung der amtsangemessene Alimentation.

Für die finanzielle Absicherung der zu erwartenden Kosten, beim Beschreiten des Klageweges, wurde durch den dbb Landesverband MV ein Aktionsfond eingerichtet.

Auch wurde bereits mit einer Anwaltskanzlei die Übernahme dieser Widerspruchsfälle vereinbart.

Es darf vermutet werden, dass aus der Flut der Bescheide verschiedene Finanzkonstellationen (unterschiedliche Besoldungsgruppen, unterschiedliche Dienstalter, unterschiedliche Anzahl der Kinder, verheiratet oder unverheiratet) herausgenommen werden um die Durchführung von Musterverfahren zu bewirken.

Wir bitten daher alle Mitglieder, ihre Widerspruchsbescheide, wenn sie denn eingetroffen sind, in Kopie, über die Vorstände und Vertrauenspersonen der Ortsverbände schnellstmöglich an den Rechtsschutzbeauftragten Matthias Nicolai weiterzuleiten.



### Ortsverband Neustrelitz lädt zum Glühwein-Test

Mit zwei kleineren Events verabschiedete sich der Ortsverband Neustrelitz aus dem Jahr 2024.

Bereits am 27. November wurde zum BSBD Stammtisch in "Jana's Bierkeller" eingeladen.

Wie immer, ging es in den Gesprächen um dienstliche und persönliche Belange der Beschäftigten, um Personalentscheidungen wie Umsetzungen, Beförderungen und Beurteilungen, wer ist krank, wer im Urlaub, wer geht demnächst in Pension, wer verstärkt unsere Reihen usw. usf..

Und natürlich rundeten denkwürdige Erlebnisse und alte Geschichten den geselligen Abend ab.

Am 16. Dezember ging es dann auf den Weberglockenmarkt nach Neubrandenburg, zum Glühwein-Test.

Der Weberglockenmarkt ist der Neubrandenburger Weihnachtsmarkt, und leitet sich von der historischen Figur eines Wollwebers, Matthias Gerling, ab.

#### Hier die kurze Geschichte:

"Es war Winter und bitterkalt. Schnee fiel in großen Mengen und die Wege waren bedeckt. Der Weber Matthias Gerling war schon einige Tage zu Fuß von Malchow, wo



er seit einigen Wochen arbeitete, nach Neubrandenburg unterwegs. Er wollte seiner Familie Freude und etwas Geld zum Weihnachtsfest bescheren. Kurz vor Neubrandenburg überraschte ihn ein Schneesturm und der Weber verlor die Orientierung. Verzweifelt irrte er stundenlang durch verschneite Wälder. Hätten die Glocken von St. Marien nicht geläutet, wäre Matthias Gerling vor den Toren seiner Heimatstadt erfroren. Aber dank der unverkennbar hellen Glockenklänge der Marienkirche fand er den Weg nach Hause zurück. Seit jener Zeit wurde das Läuten der Wächterglocke von St. Marien zur abendlichen Weihnachts-

zeit, dank der Stiftung des Webers, zu einer Tradition."

Ob eine wahre Erzählung oder nur eine geschickte Marketing Strategie, der Wollwebermarkt ist einer der Größten in der Region und öffnet über mehrere Wochen seine Pforten, was hier nicht selbstverständlich ist.

Und letztendlich waren auch die Glühweine, mit oder ohne Schuss, von hervorragender Qualität.



### JVA Stralsund versucht es mit Stammtisch...

Am 11.09.2024 trafen sich zum ersten Mal vier Kollegen des OV in Stralsund an der Mole. Dort findet in den Sommermonaten jeden Mittwoch die sogenannte "Mittwochsregatta" statt. Dieser Ort ist perfekt, um bei einem kühlen Getränk und etwas zu essen ins Gespräch zu kommen. Die Themen sind ganz unterschiedlich, vom Dienstgeschehen bis hin zu Veranstaltungen, die man im OV machen könnte ist alles dabei.

Am 11.12.2024 war dann der 2. Stammtisch des OV angekündigt. Leider trafen sich zu diesem Datum nur drei Mitglieder auf dem Weihnachtsmarkt Stralsund. Aus Gesprächen war aber zu hören, dass die Leute in der Vorweihnachtszeit schon genug Termine hätten, sodass dieser eher vernachlässigst werden kann. Aus diesen Erfahrungswerten können wir nur lernen und werden dieses bei der weiteren Terminfindung berücksichtigen.

Bilder & Text: Thomas Mielke





Der nächste Stammtisch ist dann für Ende Februar geplant nur ein genauer Termin steht noch nicht fest.

### Besuch des Rostocker Weihnachtsmarktes mit dem OV Waldeck

Alle Kolleginnen und Kollegen der JVA Waldeck wurden in der Vorweihnachtszeit eingeladen, in entspannter Runde gemeinsam am 18.12.2024 den Rostocker Weihnachtsmarkt zu besuchen, um miteinander die-



se bewegende und stressige Adventszeit vielleicht bei Glühwein und weltberühmter Rostocker Backbanane ausklingen zu lassen. Der Ortsverband hatte dabei die pfiffige Idee, dieses Vorhaben mit einer kleinen Rätselrunde "Rettet den Weihnachtsmann" zu begleiten. Auf dem Weg durch die farbenfrohe Innenstadt, vorbei an den bunten und wohlreichenden Ständen, mussten dabei einige knifflige Rätsel gelöst werden, um diese wichtige Mission zu lösen und somit ein schönes Weihnachtsfest mit dem betreffenden bärtigen Hauptdarsteller zu ermöglichen. Das Rätselteam beantwortete zusammen alle Fragen rund um das Weihnachtsfest sattelfest durch beeindruckendes Wissen! Und so gelang es bei so manchem leckeren Glühwein und Eierpunsch sowie köstlicher Bratwurst den Weihnachtsmann nebst Rentieren zu finden und zu retten!

Ein toller Mittwochabend, der bei sehr guter Laune viel zu schnell vorüber ging und so manche alltäglichen Probleme für diese



Zeit vergessen ließ. Aber, da waren sich alle Beteiligten einig, soll es auf jeden Fall eine Neuauflage bei bester Laune mit voller Tatendrang, Durst und gutem Hunger geben! Dazu sind wieder alle Kolleginnen und Kollegen unserer Anstalt aufgerufen, sich dazugesellen, um einen gemeinsamen schönen Abend auf dem Weihnachtsmarkt zu erleben!

Allen ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr 2025!

Henning Petri

## Weihnachtsfeiern des OV Bützow

Auch in der Weihnachtszeit des Jahres 2024 lud der OV Bützow wieder zu drei gemütlichen Weihnachtsfeiern im Restaurant "Bützower Hof" ein.

Bei Ente, Fisch und dem einen oder anderen Getränk, konnten sich die Mitglieder des Ortsverbandes über gewerkschaftliche, dienstliche und privaten Themen austauschen. Um das Jahr gemeinsam abzuschließen und sich auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten, boten die Feiern einen schönen und gemütlichen Rahmen.



An Mitglieder, die im Jahr 2024 einen runden Geburtstag begehen konnten, wurde bei dieser Gelegenheit ein kleines Präsent übergeben. Besonders gefreut haben wir uns über die Teilnahme von mehreren ehemaligen Kollegen.

Vielen Dank an unsere Schatzmeisterin Jeannette, die wieder viel Zeit und Mühe in die Organisation der Veranstaltungen gesteckt hat.

### Neue Binnendifferenzierung in der JVA Bützow

Ab dem 07.10.24 war es dann in der JVA Bützow soweit. Die lange geplanten und angekündigten Umstrukturierungen in der Anstalt wurden vollzogen.

Durch die neue Binnendifferenzierung sollen die Räumlichkeiten der Anstalt besser genutzt werden und Anreize für die Gefangenen geschaffen werden, am Vollzugsziel mitzuarbeiten.

Damit einhergehend musste ein Großteil der Gefangenen ihre Abteilungen und Hafträume gegen Andere eintauschen. Auch ein Großteil der Bediensteten wurde in andere Vollzugsabteilungen umgesetzt.



Der BSBD unterstützte die Maßnahme mit "Nervennahrung" für die Kolleginnen und Kollegen auf den Abteilungen.

## Beitragsanpassung ab dem 01.01.2025

Nach der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Landesbeamten, Anfang 2024 und der zu erwartenden Grundgehaltserhöhung im Februar 2025 um 5,5 %, kommt es ab 2025 satzungsgemäß zu einer Beitragsanpassung.

Die Finanzrichtlinie führt dazu aus: "Kommt es im Kalenderjahr zu allgemeinen Besoldungsanpassungen, verändern sich die Mitgliedsbeiträge entsprechend."

Da die Erhöhung der Beiträge bisher prozentual an das Ergebnis der Erhöhung von Tarif- und Besoldungserhöhungen gekoppelt waren, entsteht mit Einführung des, für alle Besoldungsgruppen gleichbleibenden, Sockelbetrags eine prozentuale Diskrepanz zwischen den Mitgliedsbeiträgen für die verschiedenen Laufbahngruppen und ihren Einstiegsämtern.

Der Landeshauptvorstand hatte daher auf der Halbjahresklausur 2024 beschlossen, die Berechnungsgrundlage für den Mitgliedsbeitrag auf 0,25 % des Grundgehalts, bei Erfahrungsstufe 1, jeder Laufbahngruppe und dem entsprechenden Einstiegsamt, festzulegen.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt ab dem 01.01.2025:

- Laufbahngruppe 1, 1. Einstiegsamt 6,80 € / Monat (40,80 € / Halbjahr)
- Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt 7,25 € / Monat (43,50 € / Halbjahr)
- Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt 8,05 € / Monat (48,30 € / Halbjahr)
- Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt 12,05 € / Monat (72,30 € / Halbjahr)

Anwärter und Auszubildende sowie Versorgungsempfänger und Rentner zahlen die Hälfte des Beitrages.

Nicht im Beamtenverhältnis Beschäftigte werden entsprechend ihrer Entgeltgruppe der vergleichbaren Laufbahngruppe und Einstiegsamt zugeordnet.



### Weihnachtsfestivität, am 04.12.2024, in der JVA Hannover mit der Unterstützung durch den VNSB Ortsverband



zum zweiten Mal jährt sich jetzt das Weihnachtsvergnügen für die Kolleginnen und Kollegen der JVA Hannover. Beginnt hier eine Tradition?

In diesem Jahr jedoch mit finanzieller Unterstützung der JVA Hannover durch den Verband niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter des Ortsverbands Hannover.

Im Jahr 2023 haben wir gemeinsam mit der Behördenleitung der JVA Hannover die Idee ins Leben gerufen und umgesetzt.

Eine kleine kurze Verschnaufpause in der vorweihnachtlichen, besinnlichen Zeit.

Natürlich ohne Einschränkungen für unsere Gäste der Einrichtung. Die Kolleginnen und Kollegen unser Anstalt haben dieses Angebot durch ihre Teilnahme zu einen Erfolg gemacht und es stand für uns außer Frage, ob 2024 wieder dieses Angebot gemacht wird.

Am 04.12.2024 war es wieder soweit! Bei kaltem, aber trockenem Wetter haben unser drei Grillmeister für drei Stunden Grillwurst und Pommes Schranke lecker zubereitet!

Andreas, Sascha & Jens: Vielen Dank für Euren tollen Einsatz! Die sehr lange Warteschlange bei Euch am Grillwagen ist Zeugnis dafür, wie gut es allen geschmeckt hat.

> Zu unserem Glück war auch der Weihnachtsmann da, wie die Bilder deutlich belegen.







Wir haben ausschließlich positive Rückmeldungen und Bestätigungen bekommen. Vielen Dank dafür.

Wir versprechen, wenn wir gebraucht werden, sind wir im Jahr 2025 wieder gerne unterstützend mit an Bord!



Für den VNSB OV Hannover Rüdiger Giermann

### Jahreshauptversammlung des VNSB OV Bremervörde

Die diesjährige Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Bremervörde fand am 21.11.2024 traditionell im "Vörder Freizeittreff Danckers" statt.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch unseren OV-Vorsitzenden Olli Mageney und der obligatorischen Feststellungen gab unser stellv. Vorsitzender Christian Piochatz einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Dies bot eine Gelegenheit, die vergangenen Veranstaltungen wie das Wintervergnügen mit Boßeltour im vergangenen Februar, die Bootstour im Juni auf der Oste, sowie die Fahrt zur Demo nach Hannover Revue passieren zu lassen. Der Vorstand bedankte sich zudem für die zahlreiche Teilnahme an den Veranstaltungen.

Im Anschluss stellte unser Kassenwart Christian Heitkämper seinen Bericht vor. Die sorgfältige und transparente Buchführung wurde gelobt und die Versammlung erteilte dem Vorstand einstimmig Entlastung.

Da Olli Mageney nicht nur unser Ortsverbandsvorsitzender, sondern gleichzeitig VNSB Landesvorsitzender ist, berichtete er über die Arbeit auf Landesebene. Er sprach unter anderem über die aktuellen Themen und auch über die kürzlich erzielten Erfolge des VNSB.

Ein zentraler Punkt der Tagesordnung waren die Vorstandswahlen, da Olli nicht weiter als Ortsverbandsvorsitzender zur Verfügung stand. Das Amt des Wahlleiters übernahm Ingo Stapel. Die Versammlung einigte sich auf eine Wahl per Handzeichen. In der offenen Wahl wurde der bisherige stellv. Vorsitzende Christian Piochatz einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Da somit nun auch der Posten des stellv. Vorsitzenden vakant war, wurde auch dieser neu gewählt. Als neue Stellvertreterin wurde Elisa Blank, ebenfalls einstimmig, gewählt.

Beide bedankten sich für das Vertrauen und freuen sich auf die kommenden Aufgaben. Als Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit als Vorsitzender konnte Olli sich dann noch über ein kleines Präsent freuen (Lass es dir schmecken, Prost!).



Der neue und der alte Vorsitzende – Christian Piochatz und Olli Mageney

Nach dem offiziellen Teil fand der Abend bei einem leckeren Schnitzelbuffet seinen Abschluss. In lockerer Atmosphäre wurde über die Vergangenheit und Zukunft des VNSB diskutiert und die Anwesenden nutzen die Gelegenheit zum geselligen Austausch. Für den VNSB Ortsverband Bremervörde

Elisa Blank (stellv. Vorsitzende)



### **Durch die Nacht mit Claas und Fischers Trine**

Wenn die Nacht hereinbricht und brave Bürger das Hoftor verschließen, dann schlägt die Stunde von Claas und Trine. Davon zumindest hatte der Ortsverbandsvorstand des Uelzener VNSB-Ortsverbandes gehört und dachte sich - nach dem letztjährigen Highlight mit Lüneburgs Henker (VNSB-Info 1/2024 berichtete) - mit seinen Mitgliedern, dem Nachtwächter und der Fischersfrau durch die verschwiegenen Gassen und über die lebhaften Plätze Lüneburgs zu schlendern und sich dabei mit Geschichten und Gesang in das erstaunliche Lüneburg des 16. Jahrhunderts entführen zu lassen. Ecken und Kanten, Schurken und Helden, Liebe und Verrat. Dazu ein guter Schluck von Senator Töbings Hausmarke... Soviel sei gesagt: "Es wurde bunt!"

Nach generalstabsmäßiger Vorplanung, den bekannten Herausforderungen bei schichtdienstleistenden Mitgliedern mit der einen oder anderen kurzfristigen Anund Abmeldung ging es am Freitag, den 13.12.2024 mit über 20 Mitgliedern, Kolleginnen und Kollegen und Freunden des VNSB-Ortsverbandes auf von der Hansestadt Uelzen in die Hansestadt Lüneburg.

"Hört, ihr Leut, und lasst euch sagen: unsere Glock hat acht geschlagen!" – Nachtwächter Claas nahm uns VNSB'ler fortan mit auf seine allabendliche Tour. Dabei trafen wir nicht nur die schlagfertige Fischerfrau Marie Trine, sondern haben auch viel Wissenswertes über die Geschichte einer der schönsten Städte Niedersachsens und das damalige Leben erfahren. Die vielfältigen Informationen wurden von Claas auch

mit schauspielerischem Talent und Gesangseinlagen dargeboten. Die Herkunft von Begrifflichkeiten, wie Torschlusspanik, Armleuchter oder "unter der Haube" wurden humorvoll aufgeklärt.

Auch alteingesessene Lüneburger wissen oft nicht viel über die Geschichte der historischen Salzstadt. Wer wollte es also verübeln, dass auch für unsere VNSB-Truppe viel Neues und Interessantes dabei war bei unserer Reise in die Vergangenheit. Nachtwächter Claas alias Stadtführer Klaus Niclas und Kathrin Borgmeier als Trine verstanden es, uns vom VNSB mit der Lüneburger Geschichte informativ und witzig zu unterhalten. Vom Rathaus startete Claas mit unserer Gruppe durch die Bardowicker Straße zur Stadtmauer und in die Baumstraße. Hier wartete Trine, die Frau eines Fischers, auf ihren Mann. Der kann wegen der nächtlichen Sperrung des Hafens nicht

mehr einlaufen. Trine erzählte vom Leben im Wasserviertel und brachte uns Mitglieder nach einigen Stationen zum Alten Kran. Hier hatte Claas inzwischen eine kleine Stärkung gesorgt: Es gab Schnaps und Salzmatjesröllchen - lecker! Mit dem Lied "Der Mond ist aufgegangen" -

sind zum Mitsingen aufgefordert (!) – endet die spannende Tour nach zwei Stunden bei der Nikolaikirche ganz in der Nähe vom Ausgangspunkt.

Der winterlichen Kälte zum Trotz wurden nun natürlich erst einmal der wunderschöne Weihnachtsmarkt in Lüneburg "unsicher' gemacht und die ersten wärmenden Getränke zu sich genommen. Bevor es dann ins Brauhaus zu Lüneburg ging, in dem nach toller Verköstigung und der einen oder anderen weiteren VNSB-Runde bis Thekenschluss vorweihnachtlich zusammengekommen wurde. Ausschließlich positive Rückmeldung haben den VNSB-Ortsverbandsvorstand zu dem gelungen ausgerichteten Event erreicht.

Ralf Schlütemann, 1. Vorsitzender und der Ortsverbandsvorstand vom OV Uelzen





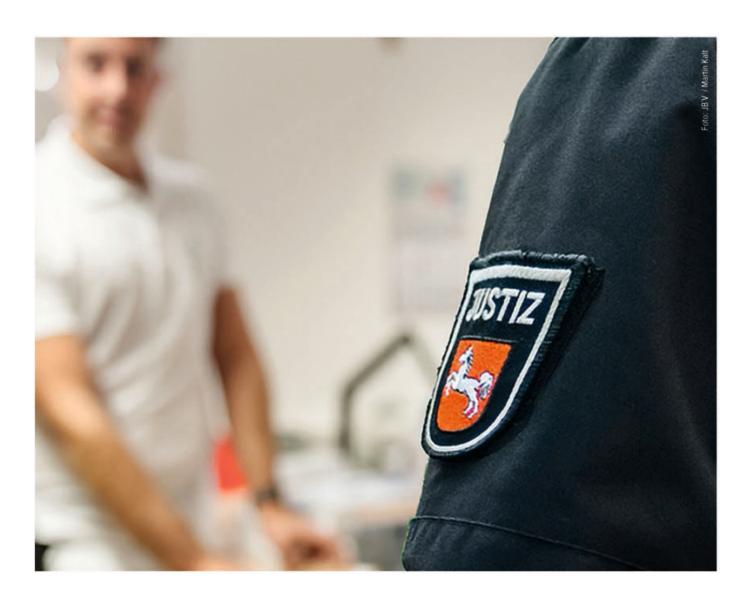


### Endlich - Pflegezulage im niedersächsischen Justizvollzug

Ein wichtiger Erfolg und eine verdiente Anerkennung für die äußerst wertvolle und unverzichtbare Arbeit der Kollegen in der Pflege des niedersächsischen Justizvollzuges und Maßregelvollzuges.

Dank des gemeinsamen Einsatzes des VNSB und des dbb-Niedersachsens gibt es eine bedeutende Verbesserung in der Besoldung:

- ▶ Ab dem 1. Januar 2025 erhalten Pflegekräfte, Ergotherapeuten, Logopäden, medizinisches Fachpersonal sowie z. B. zahnmedizinisches Fachpersonal, Physiotherapeuten und weitere Fachkräfte in niedersächsischen Justizvollzug und Maßregelvollzug eine Stellenzulage!
- Die Zulagen im Überblick:
  - 150,77 € für Pflegekräfte
  - 75,39 € für therapeutisches- und medizinisches Fachpersonal
- Diese Anerkennung ist ein wichtiger Schritt, um die unverzichtbare Arbeit in diesen Bereichen zu würdigen.
- ▶ Wir bleiben dran für faire Bedingungen und mehr Wertschätzung im Öffentlichen Dienst.
- ▶ Der VNSB dankt allen Beteiligten für die starke Zusammenarbeit für einen erfolgreichen Justizvollzug in Niedersachsen.



### Ländertreffen 2024

Das jährliche Ländertreffen des BSBD fand diesmal in der Zeit vom 27. bis 30. Oktober in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf statt. Die Arbeitstagung erfolgte in der Geschäftsstelle des BSBD NRW im überwiegend industriell geprägten Stadtteil Reisholz.

Neben vielen TeilnehmerInnen aus unseren 16 Bundesländern ließ es sich auch der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, nicht nehmen, die Tagung zu begleiten und mit zahlreichen nützlichen Informationen zu füllen.

Die Mitglieder aus den einzelnen Landesvorständen nutzten die Gelegenheit zur bundesweiten Vernetzung und fanden in konstruktive Dialoge mit ihren fachgewerkschaftlichen MitstreiterInnen und der Bundesleitung des BSBD.

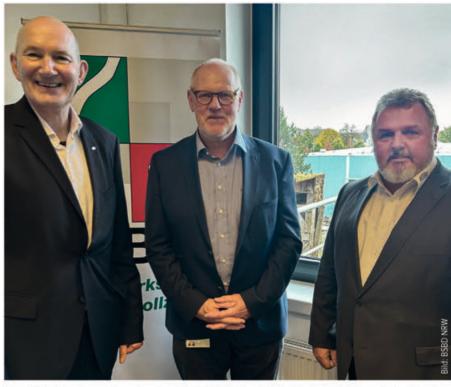
#### Effektive Gewerkschaftsarbeit braucht Wissenstransfer und starke Netzwerke

Schon aufgrund der mit der Föderalismusreform veränderten Länderkompetenzen im Jahr 2006 ist eine übergreifende Zusammenarbeit der Landesbünde des BSBD unerlässlich, um gewerkschaftliche Ziele effektiv vorantreiben zu können.

Wer Informationen aus anderen Bundesländern erhält, von gewerkschaftlichen Erfolgen oder landesspezifischen Hürden erfährt, aus Erfahrungen anderer lernt, Argumente sammelt und Kooperationen eingeht, der erweitert nicht nur individuelle Kompetenzen, sondern erhöht auch die Aussichten darauf, gewerkschaftliche Erfolge im eigenen Bundesland erzielen zu können.

#### Der BSBD im Gespräch mit dem Ministerium der Justiz NRW

Zum Austausch mit den VertreterInnen des BSBD und der Abteilung IV des Ministeriums der Justiz NRW besuchte LMR Uwe Nelle-Cornelsen (Landesjustizvollzugsdirektion) in Vertretung für den nordrhein-



Von links: Landesvorsitzender des BSBD NRW Horst Butschinek, LMR Uwe Nelle-Cornelsen (Landesjustizvollzugsdirektion), René Müller, Bundesvorsitzender BSBD.

westfälischen Minister der Justiz, Dr. Benjamin Limbach, am 29. Oktober 2024 mittags die Landesgeschäftsstelle des BSBD NRW. Herr Nelle-Cornelsen war 32 Jahre lang im Justizvollzug und zuletzt als Anstaltsleiter der JVA Bielefeld-Brackwede tätig, bis er vor zwei Jahren zur Aufnahme seines neuen Tätigkeitsfeldes ins Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen wechselte.

Nach einer freundlichen Begrüßung und kurzen Vorstellung beantwortete Nelle-Cornelsen die vonseiten der Fachgewerkschaft aufgeworfenen Fragen und zeigte sich auch für Anmerkungen und Rückfragen der angereisten KollegInnen offen. Der Diskurs war – aufgrund der Vollzugserfahrung aller Beteiligten – von Praxisnähe geprägt.

Zunächst verschaffte Uwe Nelle-Cornelsen den Zuhörenden einen Einblick in die aktuelle Belegungssituation im nordrheinwestfälischem Justizvollzug. Von 18.900 Haftplätzen seien derzeit 13.900 belegt, wobei die Auslastung geschlossener Vollzugseinrichtungen mit etwa 90 Prozent sehr hoch sei. Knapp 2000 Haftplätze sei-

en z.B. aufgrund baulicher Mängel aktuell nicht belegbar.

Der Jugendvollzug sei etwa zu 70 Prozent ausgelastet, wobei offene Jugendvollzugseinrichtungen nur zu etwa 35 Prozent belegt seien.

Bauliche Herausforderungen würden auch in den kommenden Jahren zu bewältigen bleiben. Es bestehe Modernisierungs-/Sanierungs- und Erneuerungsbedarf sowie die Notwendigkeit der Errichtung von Neubauten. Für die adäquate Unterbringung von Strafgefangenen mit angeordneter Sicherungsverwahrung müsse beispielsweise ein zweiter Standort vorgesehen werden, da die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen. Auch berichtete Nelle-Cornelsen vom aktuell planmäßig verlaufenden Neubau der JVA Münster sowie weiteren Bauvorhaben in Remscheid und Euskirchen.

Obgleich der Justizvollzug von Einsparungen im Finanzhaushalt betroffen sei und damit auch Abstriche von im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zu erwarten stünden, wolle das Ministerium der Justiz

dennoch auch an initiierten Behandlungsmaßnahmen festhalten. So berichtete Nelle-Cornelsen beispielweise davon, dass die muslimische Religionsbetreuung weiter vorangebracht werden soll und dies durch die Aufstockung von Stellen im Bereich der Präventions- und Sicherheitsarbeit auch umsetzbar sei.

Aber auch Konzepte wie "das Haus der intensivpädagogischen Betreuung", welches sich im Jugendvollzug in Heinsberg zu etablieren vermochte, sollen ebenso weiter verfolgt werden wie Maßnahmen der "Psychiatrisch Intensivierten Behandlung" (PIB). Der Erlass des Ministeriums der Justiz NRW zur Einführung PIB in sämtlichen Anstalten des Landes stammt aus dem August 2021. Stellen, die zur Umsetzung des Konzeptes geschaffen wurden, sind bis heute etwa zur Hälfte besetzt worden. In den Vollzugseinrichtungen, in denen das Konzept umgesetzt werde, führe es zu spürbaren Erleichterungen im vollzuglichen Alltag für Gefangene und Bedienstete.

Auch vom Sachstand der Bemühungen um die Neuregelung der Gefangenenvergütung berichtete der Landesjustizvollzugsdirektor der interessierten Hörerschaft. So will Nordrhein-Westfalen an der Arbeitspflicht von Gefangenen festhalten. Der Gesetzesentwurf, der in enger Kooperation mit Bayern erarbeitet worden sei, sei bis Sommer kommenden Jahres vorzulegen und sehe sowohl monetäre als auch nichtmonetäre Erhöhungen (Freistellungstage) der Gefangenenvergütung vor.

Konzepte für die Behandlung von Gefangenen mit Haftstrafen von maximal einem Jahr sollen vermehrt etabliert werden, eine Erhöhung sozialtherapeutischer Behandlungsplätze sei vorgesehen und Maßnahmen der familiensensiblen Vollzugsgestaltung sollen ebenso weiter forciert werden.

Der Großteil der in Nordrhein-Westfalen inhaftierten Personen ist in geschlossenen Vollzugseinrichtungen untergebracht. Uwe Nelle-Cornelsen wies darauf hin, dass aktuell 3500 Haftplätze im offenen Vollzug bestehen, die Kapazität auch weiter ausgebaut werden könnte. Obgleich sich die Zuständigkeit offener Vollzugseinrichtungen häufig schon durch den Vollstreckungsplan ergebe, seien aktuell nur etwa 30 Prozent der Gefangenen in offenen Vollzugsanstalten untergebracht. Eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe beschäftige sich eingehend mit der Thematik und werde die Ergebnisse zeitnah mit den Anstaltsleiter-

Innen des Landes erörtern. Verlegungen aus dem geschlossenen Vollzug in offene Vollzugseinrichtungen sollten zukünftig grundsätzlich häufiger, schneller und unkomplizierter erfolgen können.

Dem Schutz der Bediensteten vor Übergriffen sprach Nelle-Cornelsen große Wichtigkeit zu. Insbesondere erhöhe eine gute Ausbildung in Deeskalations- und Sicherungstechniken (DST) die Sicherheit der KollegInnen in Vollzugseinrichtungen. Wo gut ausgebildet werde, gebe es statistisch betrachtet weniger Verletzungen im Rahmen besonderer Vorkommnisse. Dem Ministerium der Justiz falle auf, dass durchaus noch Unterschiede und auch Defizite beim Stand der Durchführung der Trainingsmaßnahmen in verschiedenen Anstalten des Landes bestünden. Regelmäßige und qualifizierte Schulungen seien notwendig und gewünscht, begrüßt werde es zudem, wenn Teile der Schulungsmaßnahmen auch Kräften aus Fachdiensten und Verwaltung zugänglich gemacht werden.

Hinsichtlich der Sicherheitsausstattung von Bediensteten sollen Empfehlungen von KollegInnen aus der Praxis Berücksichtigung finden. Vor einer abschließenden Entscheidung darüber, ob in Vollzugseinrichtungen der Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG, umgangssprachlich TASER genannt) vorgesehen werden soll, soll zunächst der Abschluss eines von der Polizei gestarteten Pilotprojekts abgewartet werden.

Mit Personennotrufgeräten (PNG) seien mittlerweile 25 von 36 Vollzugseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen ausgerüstet, eine große Anstalt des geschlossenen Männervollzuges soll noch Ende des Jahres 2024 bestückt werden können.

Zentrale Probleme im nordrhein-westfälischen Strafvollzug bestehen in den Bereichen der Stellenbesetzung Nachwuchsgewinnung. Laut Herrn Nelle-Cornelsen sind aktuell 800 Stellen unbesetzt - davon 400 in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes. Auch im Bereich des Werkdienstes, des ärztlichen Dienstes und in der Laufbahn 2.1 sind die Probleme bei der Generierung neuer Kräfte offenkundig. Erschwert würden Einstellungen auch durch bestehende Konkurrenz zu anderen Behörden. Umstritten sei auch innerhalb des Ministeriums, ob die aktuelle Situation eine Absenkung des Einstellungsalters auf 18 Jahre oder eine Senkung der Leistungsansprüche an potenzielle BewerberInnen rechtfertigen könne. Für die von der Bundesregierung bekundete Absicht auf Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Rückführungspersonen in grenznahen Bundesländern sehe das Ministerium der Justiz in Nordrhein-Westfalen keine Notwendigkeit.

Negative Auswirkungen nach der Freigabe von Cannabis hätten sich aus Sicht des Ministeriums bislang nicht für den Vollzug ergeben. Auch ein gesteigerter Konsum durch die Insassen sei nicht zu bemerken. Ein strukturelles Präventions-/Umgangsproblem mit radikalisierten Inhaftierten werde ebenfalls nicht beobachtet. Die Intensivierung von Präventionsmaßnahmen werde als ausreichend erachtet, eine Schaffung von Bundesgefängnissen werde aus Sicht des Ministeriums weder als notwendig noch als zielführend befunden. Mit Blick auf Schwierigkeiten, die sich bei der steigenden Anzahl notwendiger Trennungen von radikalisierten und/oder organisierten StraftäterInnen ergeben, sollen die meisten Neubauten mit mehr verstärkt gesicherte Haftbereichen ausgestattet werden.

Einigkeit bestand darin, dass die Erteilung einer Auskunftssperre für Bedienstete von Strafvollzugseinrichtungen unkompliziert und zuverlässig erfolgen müsste und dies im Falle von Schwierigkeiten mit vereinzelten Einwohnermeldebehörden auch Unterstützung der Anstaltsleitungen bedarf.

Der BSBD bedankt sich auch an dieser Stelle herzlich bei Uwe Nelle-Cornelsen als Vertreter des Ministeriums der Justiz NRW für seinen Besuch und seine umfangreichen Ausführungen.

Weil gewerkschaftliches Engagement immer wieder auch zu kontroversen Auseinandersetzungen mit den VertreterInnen der Aufsichtsbehörden führen muss, schätzt der BSBD das offene und praxisbezogene Gespräch.

Autor: BSBD NRW

### Herbstsitzung des Hauptvorstandes des BSBD NRW

### Unsere Fachgewerkschaft bleibt aktiv und nah an der Basis

Die zweite Tagung des Hauptvorstandes im Jahr 2024 fand am 7. November im Konferenzraum des Mercure Hotel in Hagen statt. Zahlreiche Delegierte aus den Ortsverbänden waren der Einladung des Landesvorsitzenden Horst Butschinek gefolgt, um die Ausrichtung der Fachgewerkschaft mitzugestalten, sich gegenseitig zu informieren und auszutauschen.

Der Landesvorsitzende kam in seinem Lagebericht schnell auf die drängenden Themen und Probleme der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen zu sprechen. Die Anzahl der Mehrarbeitsstunden sei insbesondere in der Laufbahn des Allgemeinen Vollzugsdienstes zu hoch und der landesweite Krankenstand von aktuell 13,6 Prozent gebe Anlass zur Besorgnis. Nach Erkenntnissen des Deutschen Instituts für Wirtschaft sei dieser Prozentsatz im Vergleich zu anderen Berufsgruppen mehr als doppelt so hoch. Schon damit lasse sich belegen, wie erheblich die physischen und psychischen Belastungen der Bediensteten des Strafvollzuges seien.

Zentrale Probleme im nordrhein-westfälischen Strafvollzug bestünden zudem in den Bereichen der Stellenbesetzung und Nachwuchsgewinnung, was eine Arbeitsverdichtung zwangsläufig zur Folge habe. Es fehle an Nachwuchskräften in allen Laufbahnen, die Probleme bei der Generierung neuer Kräfte seien offenkundig. Aktuell seien 800 Stellen unbesetzt – davon 400 in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes und 100 im Werkdienst.





Der Dienst in Justizeinrichtungen müsse für Bewerberinnen und Bewerber wieder attraktiver werden, was sich aus gewerkschaftlicher Sicht nur durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erreichen lassen könne. Dem offenkundigen Nachwuchsmangel müsse zudem durch finanzielle Anreize begegnet werden, um wieder wettbewerbsfähiger werden zu können.

Die Verbesserung der finanziellen Vergütung von Nachwuchskräften durch die volle Ausschöpfung der Anwärtersonderzuschläge sei dem BSBD NRW in den letzten Jahren immer ein besonderes Anliegen gewesen. Umso erfreulicher sei es, dass das Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht nur einer Weiterzahlung von Anwärtersonderzuschlägen an die Anwärterinnen und Anwärter des Allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes sowie des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (VVD 2.1) des Einstellungsjahrgangs 2025 zugesichert hat, sondern erstmalig auch Anwärterinnen und Anwärter des Verwaltungsdienstes in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (VD 1.2) Berücksichtigung finden.

Neben monetären Maßnahmen und der längst überfälligen Reduzierung der wöchentlichen Regelarbeitszeit zur Attraktivitätssteigerung müssten aber auch weitere Themen erheblich an Bedeutung zunehmen:



- ▶ flexible Arbeitszeitmodelle
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- ▶ Work-Life-Balance
- Aufstiegschancen
- Durchlässigkeit der Laufbahnen
- ► Technische Ausstattung der Arbeitsplätze
- ► Ansehen des Berufes

Die dringend erforderliche Anhebung der Meisterzulage auf mindestes 250 Euro bleibe eines der gewerkschaftlichen Hauptanliegen; ebenso wie die Einrichtung einer Kleiderkammer und die Eröffnung von Möglichkeiten zur Teilhabe an der freien Heilfürsorge.

Bauliche Mängel sowie die angespannte Haushaltslage, die bereits Kürzungen im Bereich der freien Straffälligenhilfe zur Folge hatten, würden den ohnehin herausfordernden Dienst in den Vollzugseinrichtungen zusätzlich erschweren.

Es fehle auch an psychiatrischem Fachpersonal. Die speziellen Bedürfnisse psychisch erkrankter Inhaftierter würden unter den Bedingungen des Regelvollzuges kaum Berücksichtigung finden können, was Bedienstete im Arbeitsalltag zunehmend belaste.

Dass synthetisch hergestellte Designerdrogen zwar regelmäßig über den Postweg in nordrhein-westfälische Vollzugseinrichtungen finden würden, mit herkömmlichen Drogentests aber nicht nachweisbar seien, berge gleichermaßen Gefahren für Belegschaft und Insassen. Immerhin werde ak-



tuell – nach erfolgreicher Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger durch die Fachgewerkschaft – ein Drogenscanner in der JVA Rheinbach pilotiert, mit dem die meist auf Papier eingebrachten Drogen nachgewiesen werden könnten.

Die Mitglieder des Landesvorstandes verschafften den Zuhörenden nicht nur intensive Einblicke in kommende und bleibende gewerkschaftliche Herausforderungen, sondern betonten auch aktuelle Erfolge, die das ehrenamtliche Engagement hat erbringen können:

- Vertretung der Interessen des Strafvollzuges in der Landespolitik
- Ausweitung der Anwärtersonderzuschläge
- Einführung Bekleidung Sportbedienstete
- Dienstfahrrad-Leasing für Landesbeamte
- Pilotierung Drogenscanner
- Positive Entwicklung der Mitgliederzahlen
- Etablierung von Homepage, Social-Media-Auftritten und Mitgliederzeitschrift
- ► Erfolgreiche Schulungsmaßnahmen
- Gewährungen von Rechtsschutz
- Engagierte Vertretung der Jugend, der Pensionäre sowie der Frauen auf örtlicher und überörtlicher Ebene
- Aktive Ortsverbandsarbeit

Auch die Auswertung und Analyse der diesjährigen Personalratswahl stand auf dem Programm. Über das deutlich verbesserte Ergebnis zeigten sich die Delegierten aus den Ortsverbänden sehr erfreut.

Der Hauptvorstand des BSBD NRW nutzte als höchstes Entscheidungsgremium zwischen den Gewerkschaftstagen die Möglichkeit, gewerkschaftliche Initiativen und deren Ausgestaltung zu diskutieren. Neuigkeiten aus den einzelnen Bezirken und Ortsverbänden hielten ebenso Einzug in die Veranstaltungen wie die aus den unterschiedlichen Fachbereichen. So zeigte sich zum Abschluss der Veranstaltung, dass die Delegierten auch zukünftig mit großem ehrenamtlichem Engagement die berechtigten Interessen der Bediensteten des Strafvollzuges vertreten werden.

Und das getreu dem Motto unserer Fachgewerkschaft: #vonEuchfürEuchmitEuch

Autorin: Eva Lehmann (Stelly, Landesleitung)

### **#VON EUCH, FÜR EUCH, MIT EUCH**

#### Strategie-Workshop 2024

Der Strategie-Workshop 2024 des BSBD NRW fand vom 13. bis 14. Dezember in vorweihnachtlicher Stimmung im Mercure Hotel in Hagen statt.

Die Veranstaltung bot nicht nur Möglichkeiten zum Austausch und Kennenlernen, sondern auch die Chance, die inhaltliche Ausrichtung der gewerkschaftlichen Arbeit mitzugestalten.

Aktive Ortsverbandsarbeit, Mitgliedergewinnung und die Überarbeitung des Werbe-





mittelkatalogs waren nur einige Themen, die von den engagierten Kolleginnen und Kollegen erarbeitet und mit neuen kreativen Ideen bereichert wurden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen bieten nun eine gute Grundlage, um unseren BSBD NRW mitgliedernah noch erfolgreicher werden zu lassen. Hendrik Kolthoff referierte zudem unter "BSBD NRW meets DBV" und brachte den Ortsverbänden seine Themenschwerpunkte näher.

Autor: BSBD NRW

### Der Werkdienst im Justizvollzug und die seit Jahren geforderte Zulage

Der BSBD NRW – Fachschaft Werkdienst – unter der Leitung von Peter Lipperts thematisiert wiederholt und in aller Deutlichkeit, die seit über zehn Jahren geforderte, unumgängliche Erhöhung der Meisterzulage.

#### Meisterzulage Landesbesoldungsgesetz § 56/2

Nach differenzierter Abwägung aller Alternativen und Vorschläge aus der Administration und Politik, stellt sich für die Werkmeister/innen die deutliche Erhöhung der o.g. Zulage auf mindestens 250 Euro als alternativlos dar.

Vor dem Hintergrund wachsender Probleme im Bereich der Nachwuchsgewinnung und der Personalbindung ist eine Attraktivitätssteigerung der Laufbahn des Werkdienstes unerlässlich. In besonderem Maße müssen dazu die monetären Komponenten für einen Einstieg, aber auch für die dauerhafte Bindung von Fachpersonal mit Meister- oder Technikerqualifikation in den Justizvollzug signifikant verbessert werden.

Vor diesem Hintergrund hat der BSBD NRW immer wieder deutlich vorgetragen, dass die Einführung einer vollzugsspezifischen Meisterzulage in Höhe von 250 Euro/Monat für zwingend erforderlich gehalten wird.

Die spezifischen Anforderungen der Laufbahn müssen honoriert werden und vor allem muss den Aufwendungen zur Finanzierung der als Laufbahnvoraussetzung geforderten Meister-/Technikerprüfung, die sich etwa auf rund 13.000 Euro beziffern lassen, Rechnung getragen werden.

Es muss eine Attraktivitätssteigerung durch eine der Qualifikation angemessene Bezahlung umgesetzt werden.

Der Vollzug braucht für die Umsetzung des eigenen Anspruches den Meister, insbesondere für die Aus- und Weiterbildung der Inhaftierten, als Betriebsleiter der Eigenbetriebe, zum Erhalt der mitgebrachten beruflichen Qualifikationen eines jeden einzelnen Inhaftierten. Hierzu ist anzumerken, dass insbesondere die Aus- und Weiterbildung der Inhaftierten im Hinblick auf das verfassungsrechtlich normierte Resozialisierungsgebot eine besondere Bedeutung hat, da sie erwiesenermaßen die Rückfallquote bedeutend senkt.

Vor dem Hintergrund des alarmierenden Mangels an potenziellen Bewerber/innen für die Laufbahn des Werkdienstes führen wir mit besonderem Nachdruck aus, dass die deutliche Erhöhung der Meisterzulage umso notwendiger erscheint, wenn man die kürzlich eingeführte "Pflegedienstzulage" für die Kräfte im Krankenpflegedienst mit den Verhältnissen in der Laufbahn des Werkdienstes vergleicht. Nicht zuletzt durch den gewerkschaftlichen Einsatz konnte durch die Einführung der Pflegedienstzulage endlich die längst fällige positive Entwicklung im Bereich der Gewinnung von Fachkräften im Bereich des Krankenpflegedienstes erwirkt werden.

#### Die Änderung der Einstellungsvoraussetzung

Durch die Änderung des §1 der APOWD ist unter Nr. 5 als weitere Einstellungsvoraussetzung neben der Meisterprüfung auch die Abschlussprüfung als staatlich geprüfte/r Techniker/in, verbunden mit der Eignung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung, ermöglicht worden.

Der BSBD NRW hat sich bereits im Jahre 2020 in seiner Stellungnahme zu einer beabsichtigten Ausweitung der Zugangsberechtigung zur Laufbahn des Werkdienstes im Justizvollzug des Landes NRW für staatlich geprüfte Techniker dahingehend positioniert, dass eine diesbezügliche Änderung der APOWD nichts an der grundsätzlichen Problematik ändern wird, dass zahlreiche Stellen in der Laufbahn des Werkdienstes unbesetzt bleiben.

Soll das verfassungsrechtlich normierte Resozialisierungsgebot und der noch weiter greifende Erziehungsauftrag im Jugendvollzug nachhaltig sichergestellt werden, bedarf es, bei zwingender Einhaltung des bestehenden Qualitätsniveaus, gut ausgebildeter Fachkräfte.

In Zeiten eines erheblichen Fachkräftemangels ist es jedoch zunächst einmal unabdingbar, Voraussetzungen zu schaffen, die "im Ringen um die besten Köpfe" mit der freien Wirtschaft den öffentlichen Dienst auch konkurrenzfähig erscheinen lassen.

Hierzu gehört aus Sicht des BSBD NRW in einem elementaren ersten Schritt, die monetären Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass eine Tätigkeit im Werkdienst neben einem herausfordernden und spannenden Betätigungsfeld auch lukrativ ist. Nur wenn die Bezahlung einer geforderten Einstiegsqualifikation auch in einem angemessenen Verhältnis zur im Vorfeld erbrachten Eigenleistung zum Erwerb der Aufstiegsqualifikation steht, lässt sich aus Sicht des BSBD NRW überhaupt erst erwarten, dass das gesuchte Fachpersonal in erforderlichem Umfang angesprochen wird. Der BSBD NRW – Fachschaft Werkdienst – hat immer wieder deutlich vorgetragen, dass die Einführung einer vollzugsspezifischen Meisterzulage in Höhe von 250 Euro/ Monat zwingend erforderlich ist.

### Qualifizierungsrahmen (EQR/DQR Niveau 6)

Der Handwerks- und Industriemeister wie auch der staatlich geprüfte Techniker sind Aufstiegsqualifikationen. Bezüglich des Europäischen sowie Deutschen Qualifizierungsrahmens (EQR/DQR) wird aus fachschaftlicher Sicht erwartet, dass im Bereich der Justiz eine Gleichsetzung der Meister-/Technikerqualifikation (Niveau 6 EQR/DQR) mit dem Bachelorabschluss anerkannt wird, denn nur dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

#### Die grundsätzliche Frage

Aus Sicht des BSBD NRW stellt sich abschließend vor allem jedoch folgende Frage: Weshalb sollten sich gegenwärtig Fachkräfte mit einer Qualifikation zum staatlich geprüften Techniker, deren Qualifikation analog zur Meisterqualifikation gemäß DQR auf Niveau 6 angesiedelt ist, für eine Tätigkeit im Justizvollzug interessieren, wenn diese Tätigkeit aufgrund ihrer Bezahlung bereits jetzt schon für Fachkräfte mit Meisterqualifikation unattraktiv ist?

#### **Fazit**

Um auf dem Bewerbermarkt im "Ringen um die besten Köpfe" bestehen zu können, muss der öffentliche Dienst insgesamt, hier im Besonderen jedoch der Justizvollzug im Bereich der spezialisierten Fachkräfte, als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden. Dazu gehört im besonderen Maße eine der Einstiegsqualifikation entsprechende angemessene Bezahlung.

Diese ist derzeit nicht gegeben. Hier muss unverzüglich nachgebessert werden.

Autor: Peter Lipperts

Fachschaftsvertreter Werkdienst

### Mehrarbeit im Justizvollzug NRW

Das Thema Mehrarbeit beschäftigt den BSBD NRW schon seit Jahrzehnten. Die Anhäufung von Mehrarbeitsstunden ist schon fast zur Gewohnheit geworden und in den beruflichen Alltag der Vollzugsbediensteten integriert.

Die aktuellen Zahlen in der Berufsgruppe des allgemeinen Vollzugsdienstes sind alarmierend:

- im Oktober 2024 lag der Stand der Mehrarbeitsstunden insgesamt 566.547,71. Das ergibt umgerechnet 94,10 Stunden pro Bediensteten. Zum Vergleich:
- im März 2023 waren es noch 71,87 Stunden pro Kopf.

(Quelle: Managementinformationssystem - Justizvollzug)

Die Frage, die jede/n Bedienstete/n dabei vorrangig beschäftigt, ist, wie und wann wird diese geleistete Mehrarbeit mit Freizeit ausgeglichen?

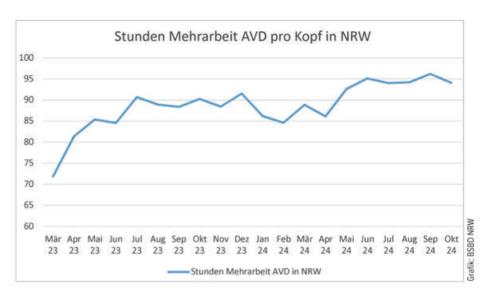
Die gesetzlichen Regelungen dafür sind eindeutig durch Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Land Nordrhein-Westfalen (Arbeitszeitverordnung - AZVO) geregelt.

Leider ist es in der Praxis häufig sehr schwierig, den Dienstbetrieb in den Justizvollzugsanstalten aufrecht zu erhalten und gleichzeitig den zustehenden Freizeitausgleich zu gewähren. Unbesetzte Stellen, der hohe Krankenstand, die Behandlung der Inhaftierten, die Sicherstellung der Sicherheit und Ordnung - all das erschwert den Abbau der Mehrarbeit.

Der Justizvollzug ist ein Betrieb, der rund um die Uhr funktionieren muss. Das hat häufig zur Folge, dass zwölf Tage am Stück Dienst zu verrichten ist, Dienstposten unbesetzt bleiben und der Berg an Stunden kontinuierlich wächst.

Eine Alternative zum Freizeitausgleich ist der finanzielle Ausgleich der Mehrarbeit. Die gesetzliche Grundlage dafür findet sich im Landesbeamtengesetz (LBG-NRW § 61 Mehrarbeit Abs. 2):

"Ist die Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, so können an ihrer Stelle Beamtinnen und Beamte in Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern für einen Zeitraum von längstens 480 Stunden im Jahr eine Mehrarbeitsvergütung erhalten."



Eine solche Maßnahme wurde im Jahr 2017 Betroffenen finanziell abgegolten wird. finanziellen Ausgleich von Überstunden" Die Personalausstattung des NRW-Strafvollzuges ist derzeit alles andere als auskömmlich, sodass sich - wie in den Vorjahren erneut ein beträchtlicher Überstundenberg angehäuft hat. Dieses Problem führt faktisch dazu, dass die Kolleginnen und Kollegen innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens kein angemessenes Äquivalent für ihre Mehrleistungen erhalten.

Weder kann zeitnah Freizeitausgleich gewährt werden, dem das Gesetz Vorrang einräumt, noch kann in Ermangelung entsprechender Haushaltsmittel ein finanzieller Ausgleich erfolgen. Hier setzt die neue Nachtragshaushalt an.

Es sollen nunmehr 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um den Strafvollzugsbediensteten ein Angebot machen zu können. Weil damit erstmals Mittel in nennenswerter Höhe zur Verfügung stehen. beabsichtigt das Ministerium, diese Mittel auch möglichst auszuschöpfen.

Der BSBD hat in Gesprächen mit dem Justizminister jedoch darauf gedrungen, dass den Kolleginnen und Kollegen eine Wahlmöglichkeit eröffnet wird. Eine finanzielle Abgeltung von Mehrarbeit soll nur erfolgen, wenn die Betroffenen hierzu ihr Einverständnis erklärt haben. Unter allen Umständen muss verhindert werden, dass Mehrarbeit gegen den erklärten Willen der Autor: BSBD NRW

bereits umgesetzt. Damals berichtete der Mit einem solchen Vorgehen hat sich Peter BSBD NRW wie folgt: "Mehrarbeit: Justiz- Biesenbach (CDU), Minister der Justiz des ministerium investiert 2 Millionen Euro in Landes Nordrhein-Westfalen, einverstanden erklärt und die Anstaltsleitungen zwischenzeitlich beauftragt, den Umfang der Stunden zu ermitteln, die älter als ein Jahr sind und für die eine Vergütung begehrt wird. Außerdem sollen die Behördenleitungen eine großzügige Prognoseentscheidung für solche Stunden treffen, für die eine Vergütung von den Betroffenen beantragt wird, die allerdings die Jahresfrist noch nicht erreicht haben. Bei diesen Stunden ist Voraussetzung für eine Auszahlung die Einschätzung der Anstaltsleitungen, dass diese Stunden absehbar nicht innerhalb eines Jahres seit ihrem Entstehen durch Freizeit ausgeglichen werden können.

Landesregierung jetzt den Hebel mit ihrem Der BSBD NRW würde es begrüßen, wenn die jetzige Landesregierung eine solche Maßnahme wiederholen würde. Schließlich steht sie in der Schuld ihrer Bediensteten, die die Mehrarbeit kontinuierlich leisten müssen.

> Da das Thema Mehrarbeit so schnell nicht gelöst werden kann und es sich hier auch um individuelle Rechte unserer verbeamteten Mitglieder handelt, empfehlen wir, die persönlichen Dienstzeiten im Auge zu behalten. Wenn bei der Dienstplanfortschreibung nicht auf den Ausgleich der Mehrarbeit seitens des Dienstherrn geachtet wird, sollte dieser Freizeitausgleich schriftlich eingefordert werden.

#### Weihnachtsmarkt in der JVA Castrop-Rauxel am 23. November 2024

### Es weihnachtet sehr....

Alle Jahre wieder stellt sich die JVA Castrop-Rauxel in Kooperation mit weiteren Justizvollzugsanstalten und Produkten aus eigener Fertigung der Öffentlichkeit vor. Durch die Bedingungen des offenen Vollzuges bietet sich interessierten BesucherInnen so die Möglichkeit eines vorweihnachtlichen Bummels in einer Justizvollzugsanstalt. Auch die 17. Auflage des mittlerweile berühmten Weihnachtsmarkts in der JVA war ein voller Erfolg.



Feuer & Flamme: Reges Zuschauerinteresse beim 17. Weihnachtsmarkt in der JVA Castrop-Rauxel

#### Shuttle ins Gefängnis

Während klassischerweise die Assoziation mit Gefängnis eher Fluchtimpulse weckt, zeigt sich zum schon traditionellen Weihnachtsmarkt in der JVA Castrop-Rauxel ein ganz anderes Bild: Schlange stehen vor der Pforte! Bereits nach einer Stunde konnte der 1000. Besucher des Tages begrüßt werden. Am Ende des Tages nutzten weit mehr als 2000 Besucher die Chance auf einen Weihnachtsbummel in der JVA Castrop-Rauxel. Das große Interesse führte zu einem regelrechten Andrang, was im Vorfeld eine umfangreiche Planung erforderte. Um beispielsweise die Anwohner durch die anreisenden Besucher nicht über Gebühr zu belasten, boten die Bediensteten am großen Tag sogar einen "Shuttleservice" von umliegenden extra reservierten Parkflächen zur JVA an.

#### Vorläufige Aufnahme – Nadelöhr Pforte

Einmal angekommen, erhielten die männlichen Besucher neben warmen Willkom-

mensworten entsprechende Besucherbänder. Sodann luden in entsprechend freigegebenen Bereichen der Anstalt zahlreiche Holzhütten und Stände zum Bummeln, Speisen und Verweilen ein.



Feuer frei: Ab 12 Uhr öffnen die Werkhallen den Verkauf

#### "Einkaufswelt" des Justizvollzugs

Einen Vorgeschmack auf Produkte aus dem "Knastladenshop" konnten Interessierte seit 2021 in der Castroper Innenstadt bekommen. Mit dem Ladenlokal des "Knastladens" nahm der Justizvollzug über drei Jahre am Einzelhandel der Stadt teil und konnte so einen Anlaufpunkt zum Einkaufen und Austauschen schaffen. Nach Aufgabe dieses Standorts Ende 2024 sind die Produkte auch weiterhin online erhältlich (www.knastladen.de). Die Produktpalette beim Weihnachtsmarkt umfasste zusätzlich auch Produkte aus den Justizvollzugsanstalten Essen, Dortmund und Hamm.





Zusammen mit Artikeln aus anderen Anstalten ergab sich ein Angebot mit großer Bandbreite.

Selbstverständlich umfasste die Produktpalette aus den Betrieben der Justizvollzugsanstalten nicht nur Weihnachtsaccessoires. Holz-, Metall-, Textil- und sogar digitale Erzeugnisse bis hin zu Sitzgelegenheiten und vielem mehr sorgten für anerkennendes Staunen. Abgerundet wurde das sprichwörtliche Einkaufserlebnis durch den optionalen "Lieferservice" bis zum eigenen PKW. Neben der Qualität der Produkte sorgte so auch die Vielschichtigkeit der Angebote auch beim 17. Weihnachtsmarkt noch für Überraschungen bei den BesucherInnen.







Reich gedeckter Gabentisch: Auszug aus dem Angebot

Natürlich gehören zu einem Weihnachtsmarkt auch kulinarische Angebote. Unterstützt von zahlreichen freiwilligen Helfern stand ein großes und vielfältiges Angebot von süß bis herzhaft zur Wahl. Als besonderer Treffer entpuppte sich hierbei die deftige Erbsensuppe aus der Anstaltsküche.



Prall gefüllte "Suppenküche"

#### Keine "geschlossene" Veranstaltung

Neben dem Verkauf selbst hergestellter Produkte bot der vollzugliche Weihnachtsmarkt natürlich auch eine seltene Gelegenheit zum Blick "hinter die Schranke" beziehungsweise Mauer. So wurde nicht nur Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Arbeit (in) einer JVA geschaffen, auch für die Gefangenen war der Tag ein Highlight. So konnten neben den verschiedenen Arbeitsbereichen auch die eigenen kreativen Erzeugnisse präsentiert werden. Auch der Justizvollzug informierte an mehreren Ständen über den Dienst in einer Justizvollzugsanstalt sowie über Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements. Insgesamt kann der 17. Weihnachtsmarkt in der JVA Castrop-Rauxel als voller Erfolg für Bürger, Inhaftierte und auch den Justizvollzug verbucht werden.

Autor: Björn Dunn Alle Bilder: BSBD NRW



Kreatives mit Holz







Justiz digital – Ironischer Umgang mit dem Gitterimage



Volles Haus: Produktpräsentation am Herstellungsort

# Weihnachtsgrillen des BSBD in der JVA Bielefeld-Senne

Am 4. Dezember war es in der JVA Bielefeld-Senne wieder so weit, der BSBD Ortsverband Bielefeld-Oberems hatte die Bediensteten der Einrichtung zum Jahresabschluss auf ein Glas Kinderpunsch und leckere Spezialitäten vom Grill der Lehrküche eingeladen.

Auch die Pensionäre des Ortsverbandes wurden geladen und 25 folgten dieser Einladung. Hier gab es die Möglichkeit, langjährige Mitstreiter, aktive Kollegen und alte Freunde zu treffen, gemeinsam bei Leckereien und Punsch inne zu halten, sich auszutauschen oder sich einfach einmal wieder zu sehen. Am diesjährigen Weihnachtsgrillen nahmen ca. 140 Kollegen teil, nicht wenige von ihnen kamen sogar aus dem Urlaub oder dem Dienstfrei, um teilzunehmen, was die Akzeptanz und Beliebtheit der Veranstaltung unterstreicht.

Seit einigen Jahren hat der Vorstand des Ortsverbandes im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung das Weihnachtsgrillen als Alternative zur Weihnachtsfeier auf den Weg gebracht und damit eine neue Senner Tradition etabliert.

Auch für die Jungtäter aus der Lehrküche war dieses Grillevent eine willkommene Möglichkeit, ihre Künste in der Bewirtung einer größeren Gesellschaft mit großem Erfolg unter Beweis zu stellen.

Autor: André Schicht (Vorsitzender Ortsverband Bielefeld-Oberems)

### Frauenseminar 2024

Das immer wieder gut und gerne besuchte Frauenseminar des BSBD NRW
fand vom 2. bis 4. Dezember 2024 im
"TheYARD-Hotel" in Bad Honnef statt.
14 Kolleginnen aus dem AVD sowie der
Verwaltung verbrachten gemeinsam
mit der Dozentin Tina Middendorf von
"Monkeymind Coaching" oder vielen
auch bekannt als ehemalige, langjährige
Moderatorin von EINSLIVE drei abwechslungsreiche Tage zum Thema "Resilienztraining/Stressabbau".

In verschiedenen Übungen lernten die Kolleginnen ihre Stressfaktoren, Druckmacher und Antreiber kennen, setzten sich mit diesen auseinander, verglichen ihre bisherigen Erfahrungen, zeigten vielerlei Beispiele im beruflichen sowie privaten Umfeld auf und bekamen dann von Tina Middendorf diverse Möglichkeiten aufgezeigt, ihre individuellen Stressfaktoren aktiv zu reduzieren oder gar nicht erst zuzulassen. Dies erfolgte zum Teil auch durch verschiedene





Atem- und Entspannungsübungen, die von allen gerne angenommen wurden.

In gemütlicher Runde wurde dann völlig stressfrei der Feierabend eingeläutet. Da das Seminar in der Adventszeit stattfand, wurde im sog. "Weihnachtlichen Kaminzimmer" in der Innenstadt bei winterlichen Temperaturen gerne der ein oder andere Glühwein probiert oder alternativ ein leckeres Kaltgetränk an der hoteleigenen Bar. Abschließend waren alle Kolleginnen sowie die Seminarleitung wieder einmal von der Veranstaltung so begeistert, dass schon die ersten Anfragen für 2025 gestellt wurden.

Autorin: Sonja Belz (Frauenvertretung BSBD NRW)

### "Aktiv mit Dauerbelastung umgehen"

... das war das Thema eines gut besuchten Seminars unter der Leitung des Dozenten Robert Stranz. Wieder einmal ist es dem BSBD NRW in Zusammenarbeit mit dem DBB NRW gelungen, eine Fortbildung anzubieten, die die Kolleginnen und Kollegen in ihren aktuellen beruflichen und privaten Situationen abholte.

Vom 12. bis 14. November 2024 wurden Stressfaktoren und deren belastende Auswirkungen in Bonn im Collegium Leoninum thematisiert.

Es herrschte große Einigkeit darüber, dass der herausfordernde berufliche Alltag und die Schichtdienstbelastung eine der größ-



ten Belastungen darstellt. Die massiven Auswirkungen auf das private Umfeld, die Freizeitgestaltung und die damit einhergehende Erschöpfung durch fehlende ausreichende Ruhepausen machten betroffen und ließen zunächst einige Teilnehmende ratlos zurück.

Dozent Stranz ließ Raum für persönliche Befindlichkeiten, die in einer vertrauensvollen Atmosphäre offen unter allen Teilnehmenden besprochen wurden, verlor aber nie den roten Faden der Fortbildung. Wertvolle Impulse für den Alltag und das Berufsleben konnten von den Seminarteilnehmenden aufgenommen und angenommen werden. Hilfreich erschien es allen Anwesenden. im Kreise der im gleichen Maße belasteten Kolleginnen und Kollegen sich vertrauensvoll mit ihren individuellen Problemstellungen auszutauschen. In einer von Offenheit geprägten Atmosphäre konnten im Gremium Lösungsansätze erarbeitet und besprochen werden.

Begeistert nahmen die Teilnehmenden Abschied von einer gelungenen Veranstaltung in einer herausragenden Tagungsstätte. Die gute Unterkunft und Verpflegung wurden von vielen als kleine Auszeit vom Alltag und weiteren Mehrwert empfunden, um der Dauerbelastung entgegenzuwirken.

Autorin: Katja Huckenbeck (stelly, Landesleitung BSBD NRW)



### Informationsfahrt zum deutschen Bundestag

Am 13. November 2024 nahmen 19 Mitglieder des BSBD-Ortsverbands Werl an einer dreitägigen Bildungsfahrt nach Berlin teil. Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hellmich (SPD, Wahlkreis Soest) ging es mit dem ICE in die Hauptstadt. Nach Ankunft am Berliner Hauptbahnhof empfing uns Thomas Lukow, ein Zeitzeuge des Mauerfalls, und übernahm während der drei Tage die Aufgaben des Stadtführers.

Nach dem ersten Teil der Stadtrundfahrt bekamen wir die Möglichkeit des Besuchs des Bundesministeriums der Justiz, wo sich ein Mitarbeiter die Zeit nahm, ausführlich das heutige Ministerium vorzustellen. Im Anschluss gab es zahlreiche historische Informationen zum Gebäudekomplex. Zum Beispiel, wie dort zur Zeit des Nationalsozialismus mit den jüdischen Eigentümern umgegangen wurde. Zudem saßen wir an genau der Stelle, wo am 9. November 1989 die geschichtsträchtige Pressekonferenz stattfand, in der Günter Schabowski einen erheblichen Teil zum Mauerfall beitrug. Der letzte Programmpunkt an diesem Tag sah eine Besichtigung des Holocaust-Mahnmals vor. Es herrscht schon eine eigenartige Atmosphäre, wenn man sich im Dunkeln durch das Mahnmal bewegt.

Der nächste Tag begann mit dem zweiten Teil der Stadtrundfahrt mit reichlich Stopps an historischen und architektonischen Se-



henswürdigkeiten bis hin zum Stasimuseum im Stadtteil Lichtenberg. Gegen Mittag erreichten wir das Reichstagsgebäude, wo der Besuch einer Plenarsitzung des deutschen Bundestages geplant war. Aufgrund der aktuellen politischen Lage fiel diese allerdings aus und wir wurden stattdessen mit einem informativen Vortrag einer Bun- mer dazu beigetragen, dass diese drei Tage destagsmitarbeiterin entschädigt.

Auch für das leibliche Wohl war von den Autor: Gordon Zimmermann Organisatoren für den gesamten Berlinauf- (Vorsitzender Ortsverband Werl)

enthalt gesorgt worden. Abends hatten alle Teilnehmer noch genügend Freizeit, um die Hauptstadt in Eigenregie zu erkunden. Einen großen Dank möchte ich den beiden Mitarbeitern von Herrn Hellmich aussprechen, die für uns die Reise organisiert haben. Und nicht zuletzt haben alle Teilnehnoch lange in Erinnerung bleiben werden.

### Rückblick auf das Seminarwesen des BSBD NRW im Jahr 2024 Erfolgreiche Schulungen mit Fokus auf den Mitarbeiter

Das Seminarwesen des BSBD NRW blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2024 zurück. Insgesamt wurden sechs sogenannte B-Seminare, mit besonderem Benefit für die Mitglieder und nicht ausschließlich für den Nutzen für die Dienststelle, durchgeführt.

Themen in diesem Bereich waren beispielsweise:

- Rhetorik Grund- und Aufbauschulungen
- Konfliktbewältigung
- Vorbereiten auf den Ruhestand
- Aktiv mit Dauerbelastungen umgehen
- Konfliktbewältigung



Hinzu kamen vier Schulungen für die Personalratsarbeit, die sowohl Grundkurse als auch Aufbaukurse umfassten.

Dem BSBD NRW ist es ein besonderes Anliegen, die Personalratsmitglieder gut zu schulen, um die bestmögliche Vertretung der MitarbeiterInnen zu gewährleisten. Eine Wahlvorstandsschulung wurde online durchgeführt, um einen reibungslosen Ablauf der Personalratswahlen zu gewährleisten.

#### Erfolgreiche Bilanz mit positiver Resonanz

Die Teilnehmerzahlen sprechen für sich! Insgesamt nahmen 80 Personalratsmitglieder an den Schulungen teil. An den B-Seminaren beteiligten sich jeweils 15 Personen. Besonders hervorgehoben wurde die







angenehme Atmosphäre, die während der Veranstaltungen herrschte. Die Seminare fanden an den Standorten Bad Honnef, Bonn und Köln statt.

#### Zufriedenheit bei Teilnehmern und Leitung

Stefan Leif, der Leiter des Seminarwesens, zeigte sich zufrieden mit der Anteilnahme und dem erzielten Benefit. Besonders lobte er die sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden der Personalratsschulungen, die die Inhalte als praxisnah und gewinnbringend empfanden.

#### Weiterentwicklung des Seminarangebots

Für das Jahr 2025 sind bereits fünf weitere B-Seminare geplant. Zusätzlich befinden sich weitere Grund- und Aufbaukurse für den Personalrat in Vorbereitung. Im zweiten Quartal dieses Jahres wird sowohl ein Grundkurs als auch ein Aufbaukurs für Personalratsmitglieder angeboten werden. Auch ein Seminar zum TLV befindet sich in Planung. Hier wird das Angebot weiterer Schulungen eng mit dem Bedarf der Ortsverbände abgestimmt.

Eine Wahlvorstandsschulung wird im Februar stattfinden, um die Wahlen zur Jugendauszubildendenvertretung vorzubereiten. Die Seminarleitung bedankt sich abschließend bei allen Ortsverbandsvorsitzenden, der Geschäftsstelle des BSBD NRW und den Dozentlnnen für die sehr gute Zusammenarbeit und das Engagement, die den Erfolg des Seminarwesens 2024 möglich gemacht haben.

Der BSBD NRW kann somit optimistisch in das Jahr blicken und seinen Anspruch, Weiterbildungsangebote mit echtem Mehrwert zu schaffen, weiter ausbauen.

Autor: Stefan Leif (stellv. Landesleitung)

#### Die Geschäftsstelle des BSBD NRW

#### Die gute Seele der Geschäftsstelle stellt sich vor

Die Geschäftsstelle des BSBD NRW findet sich im überwiegend industriell geprägten Düsseldorfer Stadtteil Reisholz, in der Reisholzer Werfstraße 35. Die modernen Räumlichkeiten bieten Platz für engagierte Gewerkschaftsarbeit und verbinden die örtlichen und überörtlichen Ebenen unserer Fachgewerkschaft.



sind zudem mein Fachgebiet, welche ich mit Leib und Seele gerne erbringe. Beim BSBD NRW durfte ich alles finden, was mich im beruflichen Alltag glücklich macht. In meinem Job kann ich mich entfalten, organisieren und nach Rücksprache mit der Landesleitung auch sehr eigenständig meine Arbeiten managen. Ich lerne viele Menschen kennen, lerne auch immer mehr dazu und bin am Ende des Tages stolz auf mein Tagwerk.

treffen darf. Organisatorische Arbeiten

Mich macht es glücklich, meine Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Das Miteinander in der Gewerkschaft ist sehr herzlich und familiär, sodass die Arbeit umso mehr Spaß macht. Auch in meiner Zeit der Einarbeitung waren stets alle für Frage- und Hilfestellungen offen, wofür ich mich herzlich bedanken möchte.

Meine Aufgaben auf einen Blick: Bestellungen/Versand sämtlicher Druckunterlagen, Mitglieder-/Seminarverwaltung, Vorbereitung von Sitzungen und Arbeitskreisen in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle, Bestellung von Werbeartikeln, Mitwirkung bei der Organisation von Demonstrationsveranstaltungen, Gewerkschaftstagen, Wahlen sowie alle anfallenden Bürotätigkeiten.

Zu guter Letzt mein Statement zu meiner Arbeitsstelle: Ich arbeite stets in einer Umgebung, wo es harmonisch und fröhlich zugeht und wo die Menschen einander schätzen und respektieren.

Unsere Geschäftsstelle steht für das gewerkschaftliche "Füreinander" und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern unserer Fachgewerkschaft.

Herzliche Grüße Eure Beate Schimanski

Autorin: Beate Schimanski

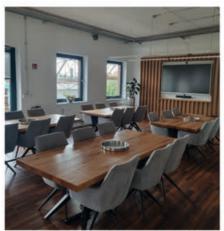
Mein Name ist Beate Schimanski. Ich bin 43 Jahre jung und in Düsseldorf geboren.

Nach meiner Ausbildung als Rechtsanwaltsfachangestellte war ich jahrelang beim Anwalt tätig, bevor ich zur Deutschen Apotheker- und Ärztebank in die Rechtsabteilung wechselte.

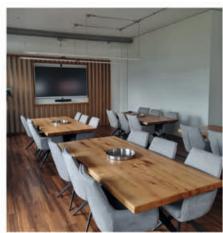
Nach zehn Jahren suchte ich nach einer neuen Herausforderung und erhielt ein Angebot beim Verwaltungsgericht, was ich für interessant empfand und auch annahm. Berufliche Erfüllung fand ich dort aber noch nicht, da mir die Tätigkeiten als zu monoton erschienen.

Als ich auf die Stellenanzeige vom BSBD NRW aufmerksam wurde, sagte mir mein Instinkt, dass DAS genau die Arbeitsstelle sein könnte, die mich wirklich erfüllt und in der ich meine Kenntnisse und mein Können einbringen kann.

Für mich ist es wichtig, selbstständig zu arbeiten, Menschen zu helfen und glücklich bzw. zufrieden zu stellen, indem man sie unterstützt, ihnen zuhört, lösungsorientiert handelt und auch selbst Entscheidungen









# **BÜHNE FREI**

... wenn die Ausführung zur Aufführung mutiert ...



Trommelwirbel ... hier kommt der Strafvollzug ...

Man stelle sich vor:

Zwei uniformierte Waffenträger und ein vermeintlicher Zivilist mit verdächtig kurzer Schrittlänge tummeln sich in der Einkaufspassage.

Wenn das keine Aufmerksamkeit bringt!

Es wird geguckt, es wird getuschelt, vielleicht wird auch gemotzt, gepöbelt oder gefilmt. Vielleicht macht der Anblick Passanten neugierig, ängstlich oder wütend. Gestreamt ist heute jedenfalls schneller, als jede Ausführung beendet werden könnte...

Solch ein Szenario ist keine Utopie und bedeutet bestenfalls "nur" Unbehagen und Stigmatisierung für alle Beteiligten.

Wenn im nordrhein-westfälischen Strafvollzug Ausführungen gewährt werden, bedeutet das, dass Inhaftierte für eine bestimmte Tageszeit die Anstalt unter ständiger und unmittelbarer Aufsicht von Bediensteten verlassen dürfen.

Neben anlassbezogenen Ausführungen, die zum Beispiel unerlässlich im Rahmen von entlassungsvorbereitenden Maßnahmen sind, sind Ausführungen auch langjährig Inhaftierten zu gewähren, um deren Lebenstüchtigkeit zu erhalten und schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegen zu wirken.

Ausführungen bieten Übungsfelder, schaffen Perspektiven, erhalten soziale Beziehungen, motivieren und sind häufig einfach nötig, um nach Entlassung ein Dach über dem Kopf und eine Arbeit in Aussicht zu haben.

Damit Ausführungen unter Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit, der Bediensteten, der Inhaftierten und des Behandlungsauftrags ihren Zweck erfüllen können, braucht es Fingerspitzengefühl bei der Ausgestaltung.

Aber wir kennen das:

viele Anstalten, viele Fingerspitzen, viel Gefühl und schon bleibt alles anders!

Der Blick in die nordrhein-westfälische Vollzugslandschaft beweist: einheitlich ist wenig!

Fragen stellen sich in gelebter Praxis viele:

Mit oder ohne Waffe? Dienstkleidung oder zivil? Gefesselt oder ungefesselt?

Wohin? Mit wem? Wozu?

Sind Ausführungen zum Erhalt der Lebenstüchtigkeit genauso zu gestalten wie im Behandlungssetting?

Und was tun oder lassen, wenn Wohneinrichtungen, Therapiestätten, Behörden, potenzielle Arbeitgeber, Angehörige oder Vermieter weder Uniform noch Waffe oder Dienstfahrzeug in Blickweite wünschen?

Dass der Sicherheit von Gesellschaft, Bediensteten und Inhaftierten bei der Organisation und Durchführung von Ausführungen Priorität eingeräumt werden muss, dürfte klar sein. Dass Uniform und Waffe aber nicht immer das geeignete Mittel sind, um Sicherheit zu generieren, dürfte ebenso klar sein!

Aufmerksamkeit zu erregen, kann Risiken bergen!

Das Tragen von Dienstkleidung an öffentlichen Orten anzuordnen, in denen sich üblicherweise nur Passanten tummeln, schafft Unmut! Unmut bei den Bediensteten, die nicht als Strafvollzugsbedienstete erkannt werden möchten und Unmut bei den Inhaftierten, deren Ausführung nichts mehr mit der Lebenswirklichkeit der Gesellschaft zu tun hat!

Autor: BSBD NRW Bild: BSBD NRW

Besuchen Sie uns im Internet





www.bsbd.nrw

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Hömma, da bin ich am Heilichabend mal

wieder im Spätdienst. So gegen 19 Uhr

## Heiligabend im Gefängnis

kommt der Diensthabende inne Zentrale und gibt mir ne Weihnachtstüte. Kenn ich ja, is ja nich dat erste Mal. War ich doch schon paar Mal im Nachtdienst oder Spätdienst, wenn dat Christkind kommt.,,Augen auf bei der Berufswahl", sach ich da! Scherz beiseite. Is ja als Geste auch nett dat man anne Kolleginnen und Kollegen denkt, oder? Früher war ja bekanntlich allet besser. Da war zum Schichtwechsel die Anstaltsleitung inne Anstalt, sprach mit allen, die gingen oder kamen und verteilte ne richtig große Tüte mit Leckereien. Da wa ich ja völlich vonne Socken, wat in der Tüte alles drin war. Heute kommt meistens nich mehr die Anstaltsleitung sondern der Diensthabende und meist wer vom Personalrat. Dat Tütchen is auch viel kleiner und et is auch nich mehr so viel drin. Warum is dat so, hab ich gedacht und hab

Grafik: BSBD NRW

RV d. JM vom 23. November 1984 (2058 – I B.1) zuletzt geändert am 13. Juli 2011 "Betreuung der Landesbediensteten, die am Heiligen Abend nach 18:00 Uhr Dienst verrichten müssen"

ma recherchiert. Et gibt da ne Richtlinie.

1.

Landesbediensteten, die am 24.12. (Heiligabend) nach 18:00 Uhr Dienst leisten müssen, soll eine kleine Aufmerksamkeit überreicht werden. Um die Einheitlichkeit der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel zu gewährleisten, ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Innenminister wie folgt zu verfahren:

#### 1.1

#### Personenkreis

Zu berücksichtigen sind alle Landesbediensteten einschließlich der vorübergehend oder teilzeitbeschäftigten Bediensteten, deren Dienst in der Zeit von 18 bis 24 Uhr am Heiligen Abend fällt, und zwar ohne Rücksicht auf die Dienstdauer. Bedienstete, die sich lediglich in Rufbereitschaft usw. befinden, fallen nicht hierunter.

#### 1.2 Gegenstand

Den unter 1.1. genannten Bediensteten kann ein Geschenkpäckchen im Werte von durchschnittlich 7,50 Euro (Fn1) überreicht werden. Die Geschenkpäckchen können Schokolade, Weihnachtsgebäck, Tabakwaren und dergleichen (nicht aber Alkohol) enthalten. Dem Geschenk sollte möglichst ein Begleitschreiben beigefügt werden, in dem die Verbundenheit der Verwaltung (Dienststelle) mit ihren Bediensteten zum Ausdruck gebracht wird. Die Auszahlung des Zuschußbetrages an die einzelnen Personen ist nicht zulässig.

So, jetz weisse auch, warum die Tüte kleiner wird. Für 7,50 Euro bekommse heute halt nich mehr dat wie in 2011. Klingt komisch, is aber so. Dat beste is: ne Packung Zigaretten bekommse dafür gar nich mehr. Ganz ehrlich, bevor die Anstaltsleiter oder Diensthabenden sich am nächsten Heilich Abend blamieren und nur noch ne Packung MERCI überreichen, sollte die Administration ma ganz schnell wat ändern. Wat ursprünglich als gute Geste begann, entwickelt sich zum Ärgernis. Der Kalle sachte neulich: "Weisse wat Ingo? Stell dir vor,

der Minister oder Staatssekretär,
Referatsleiter und wat et da am
Martin-Luther-Platz in Düsseldorf allet gibt. Davon besucht
jeder am Heilich Abend um
20 Uhr ne JVA und bedankt
sich dort bei allen Kolleginnen und Kollegen. Dat wär
ma ne Aufmerksamkeit und
Wertschätzung.

Abba dat ohne Abrechnung der Reisekosten. Nich dat dat zu teuer wird für den Landeshaushalt."

Der Kalle und ich mussten laut lachen, aber ma wirklich drüber nachdenken könnte man ja. Wie in vielen Bereichen im Vollzuch, sollte man mal inne Vorschriften gucken ob dat alles noch so passt und richtich is.

Grüße aus dem Nirgendwo

Euer Ingo Inkognito



Jugend- und Auszubildendenvertretung

# JAN JAN 20 20 20

Jugend- und Auszubildendenvertretung

Du willst
Deine ZUKUNFT
gestalten?
Redest gerne
im JOB mit?
Sei dabei werde JAV-KANDIDAT:IN
für den BSBD NRW
im Strafvollzug!
JETZT bewerben!







Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Landesverband NRW

# Jahresversammlung des BSBD Ortsverbands Rohrbach

Am 20.11.2024 fand die Jahreshauptversammlung des BSBD Ortsverbands der JVA Rohrbach im Restaurant El-Grecco in Alzey statt. Neben einer stattlichen Anzahl an aktiven Kollegen und Kolleginnen fanden sich auch zahlreiche Pensionäre ein, um an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden des Ortsverbandes Enrico Böhme eröffnet. Nach der Begrüßung der Mitglieder, stellte er die Tagesordnung vor und leitete über zu seinem Bericht, in dem er auf die vergangenen Aktivitäten und Herausforderungen des vergangenen Jahres einging.

Besonders erfreut zeigte sich der Vorsitzende über die Mitgliederentwicklung im Ortsverband. Hier zeigt sich aus seiner Sicht, dass der Einsatz von fleißigen Werbern es möglich macht, Bediensteten die Gewerkschaft näherzubringen und sie auch als neue Mitglieder zu gewinnen.

Anschließend präsentierte der Schatzmeister Jörg Ruckdeschel den Kassenbericht, in dem er einen transparenten Überblick über die finanziellen Angelegenheiten des Ortsverbandes gab. Die Kassenprüfer berichteten daraufhin über ihre Prüfungsergebnisse, welche positiv ausfielen und die eine

ordnungsgemäße Führung der Finanzen bestätigte.

In der darauffolgenden Aussprache hatten die Anwesenden die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Anregungen zu geben. Anschließend wurde die Entlastung des Vorstandes beantragt und einstimmig beschlossen.

Ein besonderer Höhepunkt der Versammlung war die Ehrung der Jubilare. Der Vorsitzende des Ortsverbands sowie der Landesvorsitzende des BSBD-RLP Herr Schallmo würdigten die langjährige Treue und den Einsatz der Mitglieder:

10 Jahre: Anton Hutter

25 Jahre: Tanja Burgey, Michael Lang

35 Jahre: Ingo Hedderich, Thomas Wagner

45 Jahre: Ambrosius Luzius

50 Jahre: Gerhard Loeper, Heinz Wolfer

Im weiteren Verlauf berichtete Herr Schallmo, Vorsitzender des BSBD-Landesvorstandes, über aktuelle Tätigkeiten und Themen, die die Gewerkschaftsarbeit betreffen. Dies bot den Anwesenden wichtige Einblicke in die Entwicklungen auf Landesebene. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Vorstellung der BSBD-Kandidaten zu den örtlichen Personalratswahlen 2025 der JVA Rohrbaaach und natürlich des Hauptpersonalrates Rheinland-Pfalz. Nachdem die Kandidatenliste des Ortsverbandes Rohrbach einstimmig angenommen wurde, machte der Landesvorsitzende sowie Ortsvorsitzende gemeinsam deutlich, dass bei den anstehenden Wahlen jede Stimme für den BSBD zählt!

Als eine Maxime sollte für die durch den BSBD geschulten Kandidaten zählen, dass man nichts verspricht, was man nicht einhalten kann. Viel ist jedoch gewonnen, wenn man glaubwürdige Personalratsarbeit leistet und sich für die Belange des Personals sinnvoll einbringt.

Abschließend wurden weitere allgemeine Anliegen und Themen angesprochen, die für die Mitglieder von Interesse waren.

Nachdem Beendigung des offizielle Teils der Versammlung gingen die Anwesenden zum geselligen Teil der Hauptversammlung über und ließen bei gutem Essen und Trinken den sehr schönen Abend ausklingen.

Enrico Böhme Vorsitzender Ortsverband Rohrbach



Jahreshauptversammlung OV Rohrbach

## Ein Blick über die Landesgrenze hinaus!

Auch in diesem Jahr wurde eine einwöchige Seminarfahrt durch den BSBD Rheinland-Pfalz, dieses Mal nach Trier und Luxemburg, angeboten.

Innerhalb der Seminarwoche wurden zwei sehr unterschiedliche Themenschwerpunkte behandelt. In den beiden ersten Tagen widmeten sich die Teilnehmer dem "Antisemitismus" und seinen Wurzeln.

Nachdem der ehemaligen Antisemitismusbeauftragten des Landes RLP Herrn Burgard über den Antisemitismus, seine Wurzeln und Auswirkungen referiert hatte, schloss sich am Mittag des ersten Tages ein Rundgang durch die fast 2000-jährige jüdische Geschichte der Stadt Trier an, auf dem der Werdegang der jüdischen Gemeinden am Beispiel der Stadt Trier dargelegt wurde. Um dem Wirken gegen das Vergessen zu begegnen, besuchte die Gruppe am zweiten Tag die KZ-Gedenkstätte Hinzert, wo sie unter fachkundiger Führung die Auswirkung der Gräuel der Nationalsozialisten gegen Juden und Andersdenkende vor Augen geführt bekamen.

Die nächsten beiden Tage standen dann im Focus des Landes Luxemburg. Nach einem Besuch des Europäischen Gerichtshofes stand ein interessanter Rundgang durch die Stadt Luxemburg an, welcher die schönen Seiten dieser "kleinen" europäischen Metropole zeigte. Am darauffolgenden Tag wurde das "Centre Pénitentiaire Uerschter-

haff" (Justizvollzugsanstalt) in Luxemburg besucht. In dieser erst vor genau zwei Jahren eröffneten JVA wurde den Teilnehmern vor Augen geführt, wie moderner Strafvollzug aussehen kann.

Der Anstaltsleiter Jeff Schmit sowie seine Stellvertreterin präsentierten beim Rundgang diese moderne und sehr fortschrittliche Anstalt. Besonders beeindruckte die Teilnehmer, dass bereits beim Bau die Bedürfnisse der Bediensteten berücksichtigt wurden. Neben einer modernen Kantine für das Personal, wurde in allen Bereichen an großräumige und modern eingerichtete Räumlichkeiten für die Beamten gedacht.

Der Leiter der Anstalt führte an, dass aus seiner Sicht nur zufriedene und wertgeschätzte Beschäftigte gute Arbeit leisten können. Aus Sicht der Teilnehmer könnten die Verantwortlichen im Justizvollzug in Rheinland-Pfalz von der Sichtweise und dem Tun des Leiters der JVA Uerschterhaff noch einiges lernen.

Am letzten Tag besuchte die Gruppe zum Abschluss die JVA Trier und war sichtlich erstaunt über den sehr guten baulichen Zustand dieser Anstalt, welche ja bekanntlich zum Jahr 2032 geschlossen werden soll. Niemand konnte die Aussagen nachvollziehen, welche die JVA Trier noch vor einigen Jahren als "marode" Anstalt darstellten!

Am Ende des Seminars waren sich die Teilnehmer einig, dass sie eine sehr interessante aber auch anspruchsvolle Woche erlebt hatten.

Stefan Ternes Seminarleiter



Die Seminarteilnehmer beim Europäischen Gerichtshof



Besuch in der JVA Luxemburg

## BSBD Kletterevent im Fun Forest

Am 17. August 2024 traf sich der BSBD Ortsverband Zweibrücken mit der ganzen Familie zu einem Kletterevent im "Fun Forest" bei Homburg.

Nach einer kurzen Sicherheitseinweisung ging es dann auf die Hochseilparcours mit steigenden Schwierigkeitsgraden und in unterschiedlichen Höhen. Dort ließen einige – trotz hohem Spaßfaktor – so manche Schweißperlen aus den Baumwipfeln in die Tiefe fallen.

Die wohl spannendste Herausforderung für alle Teilnehmenden war sicherlich der letzte Kletteraufstieg in die Baumkronen der Buchen um zu den beiden 170 Meter langen Seilrutschen zu gelangen. Über die wir in schwindelerregenden Höhen über den nahegelegenen Brückweiher flogen. Die persönlichen Überwindungen und Erfolgserlebnisse jedes Einzelnen zeigte uns mal wieder, was man als Gruppe alles leisten kann.

Zum Abschluss des herausfordernden Kletteraktes saßen wir zufrieden, ausgeglichen und entspannt in gemütlichen Runde beisammen. Bei kleinen Snacks und Getränken zur Stärkung reflektierten wir gemeinsam unseren tollen Erlebnistag.

Lars Mai



Teilnehmer des Events

# BSBD Bund-Länder-Treffen vom 27.10. bis 30.10.2024 in Düsseldorf NRW



Kollege Schallmo, Kollegin Schmitt, Kollege Butschinek

Die Landesvorstandsmitglieder Mark Schallmo und Manuela Schmitt vertraten den BSBD-RLP beim diesjährigen BSBD-Bund-Ländertreffen 2024 in Düsseldorf.

Dem intensiven Programm folgend fand in den Räumlichkeiten der BSBD-Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen ein reger Austausch statt.

Die Delegationen der verschiedenen Landesverbände schildert zu Beginn der Tagung die Lage in ihrem Geschäftsbereich. So unterschiedlich sich die einzelnen Länder auch den Vollzug gestalten, so einig sind sie sich aber auch bei bestimmten Themen und Forderungen an die Politik.

Nachfolgend seien hier nur die wichtigsten genannt:

Unbesetzte Stellen und die hierfür notwendige Personalgewinnung, Anwärtersonderzulage, Höhe Gitterzulage und diese auch ruhgehaltsfähig, Erhöhung DUZ sowie eine Angriffsentschädigung für die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst Opfer von Übergriffen sind.

Die Themen Freie Heilfürsorge und Kleidergeld für die Dienstkleidung waren ebenfalls viel diskutierte Themen, welche aber im Land Rheinland-Pfalz aufgrund von guten und klaren Regelung keine Rolle spielen. Bei den Teilnehmern stößt immer noch die unsere verkürzte Ausbildungszeit im AVD (2.EA), hier 18. Ausbildungszeit anstatt der sonst überall üblichen 24. Monaten, auf absolutes Unverständnis.

Allerdings waren die anwesenden Kollegen und Kolleginnen im Gegenzug sehr angetan über die von uns geleistete Verbandsarbeit in Rheinland-Pfalz.

Für diese gute Arbeit sprechen aus Sicht der Teilnehmer beispielsweise die Erhöhungen der Gitterzulage und das sehr erfolgreiche Einbringen in den bevorstehenden Landeshaushalt durch unseren Landesverband.

Auch das Erstellen des neuen sog. "Türöffners" und des Forderungskataloges, einsehbar auf der Homepage des BSBD-RLP, wurde im Rahmen des Treffens gelobt.

Der BSBD-RLP bedankt sich auf diesem Wege nochmals für die Organisation und Gestaltung dieses Treffens. Wir freuen uns schon auf das nächste Treffen im Jahr 2025.

Landesvorstand BSBD-RLP Mark Schallmo und Manuela Schmitt

# Landesvorsitzender Mark Schallmo nimmt als HPR-Vorsitzender am 24. Forum für Arbeitnehmendenvertretungen teil!

Unter dem Thema "Demokratie in der Arbeitswelt", lud der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Herr Alexander Schweitzer, am 31.10.2024, zum 24. Forum für Arbeitnehmendenvertretungen in die Räumlichkeiten der "Alten Lokhalle" nach Mainz ein.

Leider konnte der Ministerpräsident, aufgrund von Krankheit, nicht persönlich am Forum teilnehmen, er wurde jedoch sehr gut und professionell von Frau Dörte Schall, der Ministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz vertreten.

Die Vertreter/innen vom Hauptpersonalrat / Abt. Justizvollzug, unter der Teilnahme des Vorsitzenden Herrn Schallmo, sowie Vertreter örtlicher Personalräte aus dem Justizvollzug RLP konnten an diesem Tag, der sehr anspruchsvollen Tagung beiwohnen. Es wurden verschiedene Themen und Probleme aus der gesamten Arbeitswelt vorgetragen und bestmöglich beantwortet.



Sehr gut wurde auch der Hinweis aufgenommen, sich im Nachgang an dieses Forum, persönlich mit Anliegen bei Frau Wagner, der Referentin für Kontakte zu Arbeitnehmendenvertretungen, melden zu können.

Im Anschluss an das Forum konnten die Teilnehmer/innen noch an sehr interessanten Workshops, wie zum Beispiel "Demokratie in der Arbeitswelt – Beteiligungsbeispiele in der Mitbestimmung", teilnehmen in denen interessante Themen und Ansatzpunkte in Bezug auf die Mitbestimmung vermittelt wurden.

Hauptpersonalratsvorsitzender/ Abt. Justizvollzug Mark Schallmo

# 2. Treffen der AG "Personalratswahlen 2025" des BSBD Rheinland-Pfalz

Am 07.11.2024 trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AG Personalratswahlen 2025 in Frankenthal. Die Vorsitzenden des BSBD-RLP konnten im Seminargebäude der JVA Frankenthal die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur arbeitsreichen Sitzung begrüßen.

#### Hauptziele an diesem Tage waren:

- Finalisierung der Wahlkampfslogans für die bevorstehende Wahl am 02.04.2025
- Erstellung von Werbemaßnahmen
- Wie wird der Wahler die Wählerin angesprochen und zur Wahl mobilisiert?
- Fotoaufnahmen der Kandidatinnen und Kandidaten

Die vorgegebenen "Arbeitsaufträge" wurden an diesem Tag alle abgearbeitet und auf den Weg gebracht.



Wir sehen uns nunmehr gut gerüstet für die bevorstehenden Wahlen! Eine rege Wahlbeteiligung und natürlich auch auf ein gutes Wahlergebnis für den BSBD sind unser erklärtes Ziel.

Der BSBD-RLP bedankt sich speziell bei der Justizvollzugsanstalt Frankenthal für die Genehmigung zur Nutzung der Räumlichkeiten, und bei der Agentur "CANIMEDIA – Die Werbeagentur" für die professionelle Unterstützung.

Vorsitzender BSBD-RLP Mark Schallmo



# UNSER TEAM FÜR EUCH!

# HAUPTPERSONAL-RATSWAHL 2025

















































EURE STIMME = UNSER AUFTRAG!

#### Seminar der AG Sicherheit in St. Goar

Unter dem Motto "Vollzug im Wandel! Was bedeuten die gesellschaftlichen Veränderungen für den Vollzug?" der Sprecher der AG Sicherheit des BSBD Rheinland-Pfalz Stefan Ternes Bedienstete fast aller Anstalten in Rheinland-Pfalz, um sich über sicherheitsrelevante Aspekte auszutauschen.

Schon zu Beginn der Veranstaltung wurde schnell klar, dass es in den letzten Jahren große Veränderungen im Vollzug gab. Hierbei zu nennen sind die immer niedrigere Schwelle zu Gewalttätigkeiten der Gefangenen gegenüber der Bediensteten, die hohe Anzahl an Beleidigungen gegen unsere Kolleginnen und Kollegen sowie eine Häufung von psychisch auffälligen Inhaftierten in den JVA's. Daneben ist nach Ansicht der Teilnehmer der hohe Anteil an ausländischen Gefangenen, welche oftmals gänzlich anders sozialisiert sind, ein nicht zu unterschätzendes Problem.

Hier gilt es auch von politischer und ministerieller Seite aus Antworten zu finden und diese auch umzusetzen. Angriffe gegen Bedienstete, wie beispielsweise der versuchte Mord zum Nachteil eines Kollegen der JVA Frankenthal sind nicht hinnehmbar. Hier müssen neue Konzepte erarbeitet werden, um solche Vorfälle so gut wie irgend möglich zu verhindern.

Genau hierüber konnten die Teilnehmer sich am zweiten Tag mit dem MdL Herrn Christoph Spies (SPD) austauschen. Herr Spies zeigte sich hierbei sehr interessiert über die Sichtweisen der Teilnehmer, die sich in manchen Teilen stark von der des Justizministeriums unterscheiden.

Der Abgeordnete sagte zu, sich in seinen parlamentarischen Ämtern als justizpolitischer und strafvollzugspolitischer Sprecher seiner Fraktion in den JVA's genau umzuschauen und auch ein "Ohr" für die Sorgen und Nöte der Bediensteten zu haben.

Neben diesen "politischen" Themen wurden aber auch "handfeste" sicherheitsrelevante Vollzugsthemen behandelt.

Hierzu konnte der Referent Michael Hahn von der Polizei Rheinland-Pfalz gewonnen werden, der einen sehr realitätsnahen Einblick in Einsatztaktiken bei Widerständen und Störungen der Polizei gab. Hier zeigte es sich, dass es sinnvoll ist, dass sich die Sicherheitsbehörden auch auf dieser Ebene austauschen.

Eine Hospitation von Einsatztrainer des Vollzuges bei der Polizei und umgedreht wäre mit Sicherheit gewinnbringend für beiden Seiten.

Zum Abschluss thematisierte der Kollege Kim Rössler die Frage, wie soll der Vollzug mit besonders gefährlichen Gefangenen umgehen. Sind hier besondere Haftabteilung für solche Gefangene die Lösung oder soll man sie wie bisher einfach so im Vollzug "mitlaufen" lassen? Hier scheinen andere Bundesländer schon neue Wege zu gehen, in dem sie solche Straftäter in besonderen Abteilungen in dafür gut ausgerüstete Anstalten unterbringen.

Dass bei Sicherheitsthemen, wie bei vielen anderen Angelegenheiten im Vollzug, oftmals erst gehandelt wird, wenn der Druck der öffentlichen Meinung oder so schlimme Vorfälle wie in Frankenthal dazu zwingen, ist leider kein Alleinstellungsmerkmal für Rheinland-Pfalz.

Stefan Ternes Stellv. Landesvorsitzender



MdL Christoph Spies im Gespräch mit Seminarteilnehmern

## Seminar Junge Bedienstete in Saarbrücken

Vom 18.09.2024 bis zum 20.09.2024 fand unter dem Motto "Gesund am Arbeitsplatz – der Arbeitsplatz im Einfluss der Künstlichen Intelligenz" das Seminar der AG Junge Bedienstete statt. Tagungsort war die Jugendherberge in Saarbrücken.

Der erste Tag stand unter dem Einfluss der künstlichen Intelligenz (KI), welche den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch Dr. Boris Olschewski und Jörg Neumann nähergebracht wurde. Schnell stellte sich raus, dass die KI bereits einen großen Einfluss auf unseren Alltag hat. Die beiden Referenten stellten sowohl die Vorteile, als auch die Nachteile der KI in Zusammenhang mit dem Programm ChatGPT dar. Alle Anwesenden waren vom Umfang und den Möglichkeiten mehr als begeistert. So wurde beispielsweise ein Gedicht aus dem Landesjustizvollzugsgesetz erstellt, welches später in ein Lied umgewandelt wurde.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Gesundheit. Hier stellte uns die Physiotherapeutin Elena Remp neben einem mit Witz und Charme gepaarten Vortrag die Muskeln und deren Funktionen dar. In einem praktischen Teil lernten wir unseren Körper auf eine sportliche Art und Weise kennen. Sowohl Dehnübungen aber auch Entspannungsübungen standen auf dem Plan. Ein toller Tag, der den ein oder anderen sicherlich animiert hat die ein oder andere Übungen mit nach Hause oder an den Arbeitsplatz zu nehmen.

Am dritten Tag drehte sich alles um die Arbeit im Team. Hier hatte Martin Oeffling ein breit gefächertes Programm für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammengestellt. In kleinen Gruppen musste beispielsweise ein Ei mit bereit gestellten Materialien so verpackt werden, dass es den Sturz aus einer größeren Höhe unbeschadet übersteht. Beim Spiel "Säureteich"

hatte die Gruppe die Aufgabe einen Kegel möglichst weit und ohne jegliche Hilfsmittel vom Ufer des Teichs zu platzieren. Hier war allerhand Einfallsreichtum gefragt, was von allen sehr gut und teilweise witzig umgesetzt wurde.

Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals recht herzlich bei allen Referentinnen und Referenten für ihre Arbeit und die damit verbundene Zeit. Ihr habt unser Seminar erneut zu einem unvergesslichen Erlebnis gemacht. Ebenso möchten wir uns beim Landesverband für die Organisation und die Unterstützung bedanken.

Lena Oeffling Landesjugendsprecherin



Teilnehmer des Seminars

## AG Junge Bedienstete in der JVA Mannheim



Die AG Junge Bedienstete vor der JVA Mannheim

# Sitzung der Bundesjugend des BSBD

Am 15.11.2024 fand die jährliche Bundesjugendsitzung als Onlinesitzung statt. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde gab es aus jedem teilnehmenden Bundesland einen kurzen Bericht zu aktuellen Vorkommnissen. Als Gast war der stellvertretende Bundesvorsitzende Alexander Sammer zugegen. Er berichtete von aktuellen Themen aus dem Bund.

Anschließend wurden die Themen und Referenten des anstehenden Seminars vom 10.03.2025 bis zum 12.03.2025 in Köln vorgestellt. Das dbb Seminar findet gemeinsam mit den Bundesfrauen statt und steht unter dem Motto "Strategien gegen Mobbing und sexuelle Belästigung".

Anschließend fand die Wahl des/des stellvertretenden Bundesjugendsprechers/in statt, da die amtierende stellv. Bundesjugendsprecherin Vivian Wernert aus Hamburg aufgrund von beruflichen Veränderungen ihr Amt zur Verfügung gestellt hatte. An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal ganz herzlich bei Vivian für ihr unermüdliches Engagement und die tolle Arbeit auf Bundesebene bedanken.

Als Kandidatin stand Lena Oeffling aus Rheinland-Pfalz zur Wahl, die einstimmig von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewählt wurde. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg im neuen Amt. Durch Lena ist der BSBD Rheinland-Pfalz nun auch auf Bundesebene vertreten.

Am 13.11.2024 besuchte die AG Junge Bedienstete die JVA Mannheim. Möglich gemacht wurde dieses Treffen durch die Zusammenarbeit mit dem Bundesjugendsprecher Philipp Weimann aus Baden-Württemberg, der uns den ganzen Tag über begleitete.

Nach der Ankunft wurde uns durch den Ortsverbandsvorsitzenden von Mannheim, Kollege Peter Schulze, die Anstalt gezeigt. Die damals typische Bauweise, der sogenannte Sternbau brachte uns zum Staunen, da es in Rheinland-Pfalz mit Ausnahme der JVA Diez eine solche Bauweise nicht mehr gibt. Besonders imposant war der große Lichthof mit der Zentrale, welches das Herzstück der Anstalt bildet.

Im Anschluss konnten wir uns beim gemeinsamen Mittagessen in der Kantine zu verschiedenen Themen Länderübergreifend austauschen. Dieser Austausch erstreckte sich auch auf unsere anschließende Sitzung, bei der auch der Jugendsprecher der JVA Mannheim zugegen war.

Ein herzliches Dankeschön an Philipp für seinen Besuch und die Organisation sowie an Peter Schulze und den OV Mannheim für die Bewirtung und die Durchführung dieses gelungenen Tages.

Lena Oeffling Landesjugendsprecherin



Bundesjugendsprecherin Lena Oeffling

# Mitgliederversammlung im größten Ortsverband des Landes Rheinland-Pfalz

Zur Mitgliederversammlung lud der Ortsverband Wittlich traditionell ins Plattener Winzerhofcafé Görgen ein. Eine im Vergleich zu den vergangenen Jahren ansprechende Zahl an Mitgliedern, insbesondere auch aktiver Mitglieder, folgte der Einladung des Ortsverbandes.

Nach der Begrüßung und dem Gedenken an die verstorbenen Mitglieder des Verbandes berichtete der Ortsverbandsvorsitzende Stefan Wagner über das vergangene Jahr. Zum Ortsverband Wittlich gehören neben der JVA, die JSA sowie die Justizvollzugsschule. Dass es bei drei so unterschiedlichen Einrichtungen innerhalb eines Ortsverbandes manchmal zu Reibungspunkten kommt, ist klar und stellt eine besondere Herausforderung dar. Da die Mitgliederentwicklung in den letzten Monaten etwas stagniert hat, warb Stefan Wagner hauptsächlich bei den aktiven Kolleginnen und Kollegen darum, die Werbetrommel für den BSBD zu rühren.

Die vom Schatzmeister Walter Junk präsentierten Zahlen im Kassenbericht bestätigen dem Verband eine solide Arbeit.

Besonders freute die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass der Landesvorsitzende Mark Schallmo den Weg aus Rheinhessen angetreten ist, um aus der aktuellen Verbandspolitik auf Landesebene zu berichten. Die Herausforderung für das Jahr 2025 werden auf Orts- und Landesebene sicherlich die Wahlen zu den Personalräten sein. Die Listen für die örtlichen Personalräte des OV Wittlich befanden sich zum Zeitpunkt der Versammlung in der Aufstellungsphase.

Im weiteren Rahmen der Versammlung konnten einige Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt und ihnen ein kleines Präsent überreicht werden.

25 Jahre: Marco Oeffling,

Werner Roth und Marcel Wagner

40 Jahre: Hermann Klein

45 Jahre: Helmut Mathei,

Hans-Josef Schmitt, Manfred Zimmel und

Helmut Klein

50 Jahre: Franz-Josef Binz

Nachdem der Vorsitzende die Versammlung geschlossen hatte, freuten sich die anwesenden Mitglieder über ein leckeres Buffet und konnten noch einige schöne Stunden miteinander verbracht werden.



Die geehrten Mitglieder mit den Vorsitzenden des OV und dem Landesvorsitzenden

#### **IMPRESSUM**

72. Jahrgang Der Vollzugsdienst (VollzD)

Zeitschrift des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

#### Herausgeber und Verlag

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

#### Schrift- und Verlagsleitung, Anzeigenverwaltung

Martin Kalt c/o Geschäftsstelle **BSBD** Waldstein 50 – 21717 Deinste

Mobil: 0176 40509127

E-Mail: martin.kalt@bsbd-bund.de

#### Gerichtsstand und Erfüllungsort:

35576 Wetzlar

#### Erscheinungsweise

Der Vollzugsdienst (VollzD) erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar. Für die Rubrik "Landesverbände" sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

#### Gesamtherstellung:

Pauli Offsetdruck e. K. Am Saaleschlößchen 6, 95145 Oberkotzau

www.pauli-offsetdruck.de

E-Mail: oberkotzau@pauli-offsetdruck.de

# 10-jähriges Jubiläum der Beauftragten für die Landespolizei

## Die Landesvorsitzenden des BSBD Rheinland-Pfalz vertraten die Justiz bei der Festveranstaltung

Eine besondere Ehre wurde den Landesvorsitzenden Stefan Wagner und Mark Schallmo mit der Einladung zur Festveranstaltung der Polizeibeauftragten Rheinland-Pfalz zuteil.

Als einzige Gewerkschaft aus dem Bereich der Justiz war der BSBD zu dieser Veranstaltung erschienen. Neben vielen Vertretern aus der Landespolitik gehörten natürlich ranghohe Vertreter der Landespolizei sowie die Polizeibeauftragten des Bundes und anderer Bundesländer und die Polizeigewerkschaften zu den Gästen. Geladen war in den Plenarsaal des Mainzer Landtages.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Polizeibeauftragte Frau Barbara Schleicher-Rothmund übernahm der Landtagspräsident Hendrik Hering mit seinem Grußwort. Die Beauftragte für die Landespolizei war die erste ihrer Art im gesamten Bundesgebiet und hat eine zentrale Rolle in der Wahrung von Recht und Ordnung eingenommen. Heute wird die Aufgabe von Barbara Schleicher-Rothmund wahrgenommen.

Mit ihrer Arbeit sorgt sie dafür, dass eine neue Fehlerkultur in die polizeiliche Arbeit Einzug gehalten hat. Dabei spielt die Institution eine wichtige Rolle in der Förderung der Transparenz und des Dialogs – sowohl zwischen der Polizei und der Gesellschaft als auch innerhalb der Polizei selbst.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich nicht nur Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen und Beschwerden an die Beauftragte wenden können, sondern auch Polizistinnen und Polizisten – und das ohne die Notwendigkeit, den Dienstweg einzuhalten. Diese Offenheit ermöglicht es, auch innerhalb der Polizeistrukturen einen wichtigen Beitrag zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Wahrung von Standards zu leisten. Polizistinnen und Polizisten können auf diese Weise Unregelmäßigkeiten, Fehlverhalten oder Probleme melden, ohne Repressalien befürchten zu müssen.

Die Verbundenheit des BSBD Rheinland-Pfalz mit der Beauftragten für die Landespolizei, die zugleich auch die Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz ist, zeigte sich in sehr persönlichen Gesprächen am Rande der Veranstaltung.

Alles in allem können wir als Landesverband auf diesen Kontakt sehr stolz sein und freuen uns auf viele weitere Treffen.



v.l.n.r.: Stefan Wagner (LV BSBD), Hans Dieter Gattung (stellv. LV dbb RLP), Mark Schallmo (LV BSBD), Barbara Schleicher-Rothmund (Polizeibeaufragte RLP), Noriko Nagy (LV DPolG)

## Lange Haft nach Mordversuch an JVA Beamten!

Angeklagter vom Landgericht Frankenthal zu insgesamt 17 Jahren Freiheitsstrafe und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt – Urteil noch nicht rechtskräftig.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) begrüßt das Urteil gegen den Angeklagten. "Es spiegelt vollumfänglich das Geschehene wieder", so der Landesvorsitzende Mark Schallmo, der während des Prozesses als Zuschauer an der Verhandlung teilgenommen hat.

"Wir hoffen, dass mit der Urteilsverkündigung alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit dem Geschehenen einigermaßen abschließen können und keine weiteren bleibenden Schäden davontragen," so Schallmo weiter.

Bei der Urteilsverkündung hat die Vorsitzende Richterin am Landgericht Frankenthal sehr eindrucksvoll und intensiv die Sachlage erläutert und somit das gesprochene Urteil begründet.

"Besonders Ihre Einlassungen zum Justizvollzug haben mich sehr beeindruckt und zeigen, dass der Rechtsstaat für diejenigen einsteht, die ihn beschützen", kommentiert Schallmo die Urteilsbegründung Die Vorsitzende Richterin bedankte sich sehr bei allen Kolleginnen und Kollegen, die während des Prozesses für die Sicherheit Aller gesorgt hatten und merkte an, dass Ihr nochmal bewußt wurde, dass es nicht in allen Berufen selbstverständlich ist, körperlich, sowie seelisch, unverletzt nach Hause zu kommen.

Während der Verhandlung wurde der Angeklagte ständig von mehreren Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzugs in Vollschutzmontur bewacht.

Durch die Verhandlung, das Verhalten des Angeklagten und den Inhalt des erstellten Gutachtens, welches den Angeklagten als nicht therapierbaren Psychopathen herausstellt, wurde klar, dass dem Gedanken der Resozialisierung Grenzen gesetzt sind. Dieser Herausforderung muss sich der gesamte Justizvollzug in der Bundesrepublik Deutschland stellen und Lösungen finden. Die Gewerkschaft BSBD sagt auch im Nachgang allen Betroffenen des Geschehenen alle erdenkliche Hilfe zu, die wir im Stande sind zu leisten.

Stefan Wagner, Landesvorsitzender

# BSJ Vorsitzender Markus Wollscheid berichtete in der Personalversammlung der JVA Saarbrücken über die Gewerkschaftsarbeit im BSJ

Zum letzten Mal nahm er als BSJ Landesvorsitzender an der Personalversammlung in der JVA Saarbrücken teil, da er zum 31.07.2025 in den Ruhestand versetzt wird. Der BSJ wird am 28.03.2025 einen neuen Vorstand mit einem neuen Vorsitzenden wählen. Er schilderte die Gewerkschaftsarbeit des BSJ.

Markus Wollscheid erläuterte den Bericht des BSJ:

"In der Generalversammlung am 17.05.2024 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Bei Gesprächen mit dem Staatssekretär Dr. Diener und bei den Fraktionen im Landtag wurden wichtige Anträge und aktuelle Themen im Vollzug angesprochen und Forderungen gestellt und begründet.

- Erhöhung der Gitterzulage Wir haben mehr Zulagen im Vollzug verdient, sind mittlerweile auch dem letzten Tabellenplatz. Eine weitere Erhöhung muss erfolgen.
- Pflegezulage für Beamte im Krankenrevier saarländischer Vollzugseinrichtungen Im Tarifbereich wurde dies bereits umgesetzt laut TV-L. Dies fordern wir auch für die Beamten in diesem Bereich.
- Beförderungsbudget weiterhin auf hohem Niveau halten
- Erhöhung der Stellenkegel Höherwertige Tätigkeiten müssen endlich im Beamtenbereich entlohnt werden. Die Stellen müssen im Haushalt abgebildet und finanziert werden.
- Nachwuchsgewinnung
- Aktuelles: Überstundenauszahlung Die beantragten Mittel aus den JVAen wurden dem MdJ mitgeteilt. Unsere Nachfrage hat bewirkt, dass die beantragten Auszahlungen der Kolleginnen und Kollegen jetzt zeitnah durchgeführt werden.
- Tarifverhandlungen TVÖD (Kommunen) 2024/2025

Die Forderung des dbb beträgt 8 %. Hierin sind jedoch auch (berechtigte) Zulagen in verschiedenen Bereichen eingerechnet, so dass diese Zahl für einige als zu gering gesehen wird.

- Tarifverhandlungen TV-L (Länder) Diese beginnen Ende 2025, ein erstes Treffen unserer Vertreter findet im Frühjahr 2025 statt, Teilnehmer für das Saarland ist der Kollege Bick Sascha aus Ottweiler. Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung bei den Veranstaltungen währen der Verhandlungsrunde, es geht um unser aller berechtigte Anliegen. Gemeinsam müssen wir unsere Forderungen darlegen und die Gewerkschaftsarbeit unterstützen.
- Termine 2025 Unsere Generalversammlung findet am 28.03.2025 in der JVA Saarbrücken statt (neue Außenpforte in der Besuchsabteilung). Wir danken dem Anstaltsleiter Herrn Jenal für die Genehmigung zur Durchführung.

Bei dieser Versammlung werde ich den Vorsitz in jüngere Hände geben. Dem neuen Vorstand wünsche ich viel Erfolg. Die Personalratswahlen finden am 14.05.2025 statt, mit diesem Tag endet mein Engagement in Personalvertretungen seit 1993. Ich bedanke mich bei allen, die mich in dieser Zeit begleitet und unterstützt haben. Es gab gute und schlechte Zeiten, ich habe mich immer für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Auch mit Kritik kann ich umgehen, bedanke mich deshalb auch für die offen angesprochene Kritik, die wir in vielen Gesprächen diskutiert haben. Anonyme Briefe sind für mich keine faire Korrespondenz.

Zum Schluss bitte ich euch, den BSJ zu unterstützen, denn wir sind es, die sich für euch einsetzen. WIR FÜR EUCH!

Sascha Klein Stellvertretender BSJ Landesvorsitzender



# Knast Lädchen der JVA Ottweiler unterwegs

Beim Weihnachtsmarkt in Ottweiler und bei der Weihnachtsfeier des Wirtschaftsministeriums und des Justizministeriums stellte das Knast Lädchen der JVA Ottweiler seine bunte Produktpalette vor. Auch Staatssekretär Dr. Jens Diener besuchte die Kollegen Sascha Bick, Uli Kuhn und den Ottweiler Anstaltsleiter Marco Bauer bei der Weihnachtsfeier der Ministerien.

Bereits beim Ottweiler Weihnachtsmarkt zeigte sich das große Interesse an den Produkten des Knast Lädchens der JVA Ottweiler, Viele schöne Holzherzen, Engel, Vogelfutterhäuschen, Sterne konnten dort zu fairen Preisen erworben werden. Auf Einladung der Personalräte stellte man die Produkte auch bei der Weihnachtsfeier der Ministerien aus. Es gab auch viele interessante Gespräche über die Herstellung der unterschiedlichen Produkte. Das gro-Be Interesse freut die Verantwortlichen in besonderer Weise. Auch Staatssekretär Dr. Jens Diener besuchte die Kollegen vor Ort und kaufte schöne Geschenke für seine Familie. Die Öffnungszeiten des Knastlädchens sind jeden letzten Freitag im Monat von 10.30 - 12.30 Uhr.

Markus Wollscheid BSJ Landesvorsitzender

# Othweller Knast-Lädchen Andrewerhalten Andre

Von links nach rechts: Sascha Bick, Uli Kuhn

# **Terminhinweise:**

- BSJ Generalversammlung am 28.03.2025 in der
   JVA Saarbrücken
- Personalratswahlen am 14.05.2025 = BSJ wählen!

**WIR FÜR EUCH!** 



Von links nach rechts: Staatssekretär Dr. Jens Diener, AL Marco Bauer, Uli Kuhn

# BSJ Landesvorstand bereitet sich in Klausurtagungen auf die Generalversammlung und die Personalratswahlen 2025 intensiv vor

Bei den Klausurtagungen wurden die Generalversammlung mit Vorstandsneuwahlen, sowie die Personalratswahlen 2025 thematisiert.

 Rückblick zu den Gesprächen im Landtag und bei den Fraktionen, Ministerium

#### Erhöhung der Gitterzulage

Die "Gitterzulage" beträgt im Saarland 111,42 Euro monatlich, somit sind wir bundesweit auf dem letzten Platz. Die Bundespolizei und der Zoll bekommen auch im Saarland eine monatliche Zulage von 228,- Euro, im Nachbarland Rheinland-Pfalz werden im Vollzug seit 01.07.2024 180 Euro gezahlt. Dies ist ein weiterer Wettbewerbsnachteil, jeder im Saarland, der im Vollzug arbeitet ist mehr WERT.

#### Pflegezulage für Beamte im Krankenrevier saarländischer Vollzugseinrichtungen

Die Pflegezulage TV-L für den Justizvollzug wird für die Beschäftigten in diesen Bereichen gezahlt. Im Rahmen der Gleichbehandlung muss diese Zulage auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Bundesweite Vergleiche werden vom BSJ eingeholt, um die Forderung zu untermauern.

#### Beförderungsbudget weiterhin auf hohem Niveau halten

Hierbei zeigt sich die Wertschätzung für den Strafvollzug im Saarland, wir möchten auch weiterhin für den schwierigen Dienst nicht nur Lobworte bekommen.

#### Erhöhung der Stellenkegel

Die höherwertigen Tätigkeiten müssen endlich auch zu einer Erhöhung der Stellenkegel führen. Viele verrichten höherwertige Tätigkeiten, können jedoch wegen Stellenmangels nicht mehr befördert werden. Deshalb diese wichtige Forderung des BSJ! Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen.

Wir fordern eine Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages, um das Personal auch dementsprechend zu entlohnen. Neue Flyer werden erstellt, die Teilnahme an Ausbildungsmessen pp. wird forciert. Werbemittel müssen angeschafft werden, junge Bedienstete aus allen Bereichen müssen auf den Messen etc. vertreten sein, um unser Berufsbild vorzustellen.

#### 2. Personalsituation und Pressegespräch, aktuelle Themen (Zulagen für Revier, Gitterzulage...)

Markus Wollscheid und Sascha Klein berichteten über das jährliche Pressegespräch. Die wichtigsten Themen wurden besprochen und in einem Presseartikel in der SZ veröffentlicht. Der BSJ wies auf die Fürsorgepflicht hin, als Beispiel die Kostenübernahme beim Dienstunfall eines Kollegen. Dieser "sitzt" immer noch auf Kosten, die durch den Angriff durch einen Gefangenen entstanden sind. Zudem erhält der Kollege kein Schmerzensgeld, da der Täter schuldunfähig war bei der Tat. Der Täter befand sich doch im Strafvollzug....

#### 3. Veranstaltungen

#### Ländertreffen:

Die Kollegen Sascha Klein und Sascha Bick nahmen am diesjährigen Ländertreffen in Düsseldorf teil. Ein Teilnehmerplatz wurde wiederum vom BSBD Bund übernommen. Dies wird auf Antrag für die kleinen Landesverbände seit Jahren gewährt, dies sehen wir sehr positiv. Besonders die bundesweiten Vergleiche und die Erfahrungsberichte aus den Bundesländern sind von enormen Vorteil für die Arbeit des BSJ. Bei Gesprächen im MdJ oder im Landtag sind wir immer auf dem neuesten Stand und können somit unsere Forderungen unterlegen und begründen.

#### Seminare:

Bei einem Seminar wurde der Einsatz von Tasern angefragt. Viele Länder, bzw. die Ministerien sind gegen den Taser im Vollzug. In Litauen (EU) hingegen gehört der Taser zur Grundausstattung vieler Bediensteter. Das Ruheständlertreffen soll im Frühjahr 2025 veranstaltet werden.

# 4. Generalversammlung am 28.03.2025

Für die Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung wurde die wichtige Vorarbeit geleistet und die Aufteilung in folgende Arbeitsgruppen festgelegt:

- Anträge
- Neuwahl Vorstand
- ▶ Eventteam und Social Media
- Satzung
- Vollzugsdienst, Redaktion f
  ür den BSJ
- Veranstaltungsort und Gestaltung

# 5. Personalratswahlen am 14.05.2025

- Listenaufstellungen in den Anstalten und für den Hauptpersonalrat
- ▶ Wichtige Themen für den Vollzug

Der Abschluss der Klausurtagungen fand im "Knastlädchen" in der JVA Ottweiler statt, dort konnten noch schöne Geschenkartikel für das Weihnachtsfest erworben werden. Unser Dank gilt dem gesamten Vorstand für die sehr gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr 2024. Auch im neuen Jahr 2025 werden wir uns wieder einsetzen für die Kolleginnen und Kollegen.

Wir für Euch!

Markus Wollscheid BSJ Vorsitzender

# Hauptvorstand trifft sich zur zweiten Hauptversammlung 2024

Der Hauptvorstand des BSBD Sachsen führte am 15.11.2024 seine zweite Jahresversammlung 2024 im Parkhotel Görlitz durch.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Landesvorsitzenden nutzte Kollege Riccardo Grasse vom Amtsgericht Görlitz die Sitzung zur Verdeutlichung der Situation der Justizwachtmeister im Amtsgericht Görlitz. In diesem Zusammenhang wird auf den Bericht des Kollegen Reuther in dieser Ausgabe verwiesen.

In seinem Jahresbericht stellt der Landesvorsitzende seinen Tätigkeitsbericht vor. Er war geprägt von zahlreichen Aktivitäten wie Treffen mit politischen Verantwortungsträgern und Mitarbeit in den Institutionen des DBB und SBB. Er brachte verschiedene Beispiele zu Einzelproblematiken von Kollegen und deren Hintergründe.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Generationswechselproblematik. Leider ist zu verzeichnen, dass kaum noch junge Kollegen bereit sind, sich aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen. Als positive Fälle wurde die Amtsübernahme durch jüngere Kollegen in den Ortsverbänden Torgau und Waldheim genannt. Dort wurde der Staffelstab mehr oder wenig reibungsvoll von verdienten Kollegen an deren Nachfolger übergeben. Am Ende ist es wichtig, dass die Gewerkschaftsarbeit in den Ortsverbänden weitergeht.

Die Mitgliederbeauftragte Kollegin Silke Völker-Eckert zog eine positive Mitgliederbilanz für 2024. 53 Eintritten stehen 33 Austritte entgegen. Das stimmt hoffnungslos. Kollegin Silke Völker-Eckert bat nochmals eindringlich, die Mitgliederlisten im Vereinsprogramm ständig zu aktualisieren.

Die Tarifbeauftragte, Kollegin Mandy Wiesel, berichtete von ihren Aktivitäten. Hauptschwerpunkt ihrer Ausführungen war die Problematik der unterschiedlichen Eingruppierungen im Tarifbereich für spezielle Berufsgruppen. Zu dieser Thematik wird ebenso auf den in dieser Ausgabe erscheinenden Artikel verwiesen.

Der Finanzverantwortliche Kollege Karsten Handke stellte den Jahresabschluss 2024



Teilnehmer Hauptvorstandssitzung in Görlitz

vor. Der BSBD Sachsen steht auch weiterhin auf einer festen finanziellen Basis. Die Ausgaben wurden entsprechend der Vorgaben verauslagt. Es erfolgte die Vorstellung der Finanzplanung für 2025.

Als gesonderten Punkt erläuterte Kollege Handke die Beitragsanhebung beim SBB ab 01.01.2026. Es erfolgt erstmalig eine Anpassung seit zehn Jahren und ist begründet mit wegfallenden Unterstützungen seitens des DBB.

Diese wird aber vom Beitragseinzugsvolumen abgedeckt und führt zu keinen zusätzlichen Belastungen der Mitglieder.

Der Bericht der Kassenprüfer bestätigte die positive Entwicklung. Es wurden keine Haushaltsverstöße festgestellt.

Im Bericht unsres Seniorenvertreters, Kollege Rolf Müller, lobte dieser die Seniorenausfahrt als gelungene Veranstaltung, die gerne angenommen wurde.

Kollege Müller hat die Mitgliederlisten neu geordnet. Als Wertschätzung der Lebensleistung werden Geburtstagskarten jedes Jahr durch ihn versendet. Leider ist zu verzeichnen, dass viele Kollegen, die in den Ruhestand gehen, aus dem BSBD austreten, welches eigentlich nicht nachvollziehbar ist.

Die Frauenvertreterin Kollegin Manuela Burkert berichtete über die Teilnahme an der Jahrestagung der SBB Frauen und frauenspezifischen Problematiken in den Vollzugsanstalten.

Kollege Lüpke informierte über die Öffentlichkeitsarbeit. Er dankte den Ortsverbandsvorsitzenden für die eingereichten Beiträge und ermunterte die Kollegen, dieses weiterhin zu tun.

Hinsichtlich der Einführung einer App zur Mitgliederinformation gibt es keine Neuigkeiten. Trotz mehrfacher Ankündigung des Web Teams beim DBB tut sich momentan nichts. Die Landesleitung wird sich daher um eine eigene Lösung bemühen. Ein technisch versierter Kollege hat an der Mitarbeit sein Interesse bekundet. Wichtig ist allerdings die Aktualität eines solchen Netzwerkes. Dazu müssen in den Vollzugsanstalten Kollegen gefunden werden, die Zuarbeiten leisten

Herr Martin Fobian als unser Kooperationspartner erläuterte Entwicklungen zur freien Heilfürsorge und zur derzeitigen Steigerung der Prämien der PKV. Die Preissteigerungen seien begründet durch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Man habe versucht, dieses so moderat wie möglich zu gestalten. Im Zusammenhang mit der Einführung der freien Heilfürsorge verwies er darauf, dass für BSBD Mitglieder die kleine Anwartschaft kostenlos ist.

Herr Fobian bedauerte, dass angebotene Informationsveranstaltungen in der Geschäftsstelle nicht genutzt wurden, obwohl der Informationsbedarf groß ist.

Die Landesleitung bot ein Treffen in Leipzig mit den Kollegen Lüpke, Porr und Herrn Fobian an, um die Problematik näher zu besprechen.

Seitens der Ortsverbände wurde unter Verweis auf bereits durchgeführte Infoveranstaltungen angeregt, dass bei den Veranstaltungen mehr Sachinformationen erfolgen müssen. Die Kollegen hatten teilweise den Eindruck, sich in einer Werbeveranstaltung der DEBEKA zu befinden, was wenig sachdienlich sei.

Kollege Matthias Roy, Jugendvertreter des BSBD, informierte über neue Situation der Jugendvertretung des SBB. Kollege Niclas Pohl vom BSBD hatte sich als einziger Kandidat zur Wahl gestellt. Dieses verdeutlicht die anfangs dargestellte Situation in der Jugendarbeit. Darunter leide auch die Motivation der jetzigen Funktionsträger. Das Gremium war sich einig, dass hier verstärkte Agitationsarbeit zu leisten ist, denn stirbt die Jugendarbeit, stirbt die Zukunft.

Der Fachgruppensprecher Justizwachtmeister Kollege Sven Riemer berichtete über die Situation in den Gerichtswachtmeistereien.

Die Stimmungslage ist sehr schlecht und die Bewerberlage katastrophal in Bezug auf Qualität und Quantität. Das Leistungsprinzip ist völlig ausgehebelt und die Motivation entsprechend.

Kollege Riemer sprach die Problematik der Meldesperre für Justizwachtmeister an. Das private Umfeld der Kollegen muss im Hinblick auf die zunehmenden Anfeindungen besser geschützt werden.

Als nicht hinnehmbar bezeichnete Kollege Riemer, dass ein Kollege, der sich kritisch zu Missständen im Gericht geäußert hatte, mit Tätigkeitsverbot bezüglich seiner



Abfahrt zum Abendprogramm

Spezialausbildung belegt wurde. Hier wolle man als BSBD noch tätig werden.

Als positives Beispiel der Wertschätzung führte Kollege Riemer die vorbildliche Förderung der JWM im Sozialgericht Dresden an. Hier herrsche ein sehr gutes Arbeitsklima, das nicht zuletzt durch das Engagement der Führungsebene gefördert werde. Dieses wünsche er sich für alle Gerichte, denn hier gäbe es enormen Handlungsbedarf. Die Wertschätzung der Arbeit der JWM lasse in vielen Fällen stark zu wünschen übrig.

Mit den Berichten der Ortsverbandsvorsitzenden endete die sehr konstruktive Ar-

beitstagung. Die nächste Landesleitungsund Hauptvorstandssitzung findet am 28. März 2025 in der JVA Zwickau statt.

Als Dankeschön für die geleistete Arbeit lud der Landesvorsitzende die Teilnehmer zu einem gemütlichen Abend mit einer Brauereiführung in der ortsansässigen Landskron Brauerei ein. Selbstverständlich durften wir auch das eine oder andere Bier verkosten und uns bei einem kleinen Imbiss stärken.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Kollegen Uwe Leichsenring, der den Abend wie immer perfekt organisiert hatte.

Redaktion Vollzugsdienst



Kerkermeister im Braukeller Landskron

# Eine benachteiligte Berufsgruppe meldet sich zu Wort

#### Ein Stimmungsbericht

In diesem Beitrag wollen wir auf Themen aufmerksam machen, die unsere Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen Chemnitz und Zwickau und selbstverständlich auch in den anderen Gerichtsbezirken beschäftigen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 2022 musste der Freistaat Sachsen für seine Bediensteten die Besoldung anpassen, zuerst mit der 4. Änderung dienstrechtlicher Vorschriften und auf Nachdruck des Sächsischen Beamtenbundes in Zusammenarbeit mit dem BSBD Sachsen wurde nochmals eine prozentuale Erhöhung erreicht.

Dieses Gesetz trat zum 1. Januar 2024 in Kraft.

Um das Abstandsgebot zu erreichen (mindestens 15 % über der Grundsicherung) wurde auch die Beihilfeverordnung angepasst. Mit dieser Anpassung sollten Familien mit Kindern entlastet werden. So wurde die Beihilfe bei Familien mit einem Kind von 50 % auf 70 % angehoben und mit zwei Kindern von 70% auf 90 % erhöht. Diese ist grundsätzlich zu begrüßen, da jeder weiß, welch finanziellen Aufwand die Kinderbetreuung erfordert.

Die Kolleginnen und Kollegen, die von der Beihilfeanpassung nicht profitiert haben, sind jedoch bei 50 % Beihilfe verblieben und haben eine monatliche Erhöhung der PKV von bis zu 70,00 Euro und mehr erhalten. Bei jenen, die 90 % Beihilfe erhalten, fiel diese moderater aus; hier erfolgte eine Erhöhung von ca. 20 Euro.

Hier liegt bei vielen Kolleginnen und Kollegen, die keine Kinder haben bzw. die Kinder nicht mehr berücksichtigt werden, das Problem. Die Bediensteten fühlen sich infolgedessen benachteiligt und haben das Gefühl, dass sie jetzt die "Zeche" für die Anpassung der Beihilfe zahlen müssen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Finanzministerium mit dieser Stellschraube das Abstandsgebot zur Grundsicherung herangezogen hat.

Als erhebliche Benachteiligung sehen die Kollegen, dass die Einführung der freien Heilfürsorge im Justizvollzug nicht auf den Bereich der Justizwachtmeister ausgeweitet wurde. Damit hätten jüngeren Kollegen eine weitere Auswahlmöglichkeit zur Krankenversicherung und ein ohnehin bestehender Nachteil bei der Besoldung könnte ein wenig abgemildert werden.

Jan Reuther Thomas Weigelt Vertreter Justizwachtmeister im BSBD

#### 1. Aufgabengebiete Justizwachtmeister

Die Aufgabengebiete des Justizwachtmeisters werden immer spezieller und anspruchsvoller.

- Seit 2013 sind Justizwachtmeister Waffenträger und tragen damit eine sehr hohe Verantwortung.
- Mit Einführung der elektronischen Akte wurden Scan-Strecken in den jeweiligen Behörden installiert. Leider gibt es seitens des SMJ in der Bearbeitung keine einheitlichen Vorgaben.
  - Entweder scannen Justizwachtmeister komplett allein oder werden mit dem Dienstgeschäft nicht betraut.
- Justizwachtmeister sind ebenfalls vermehrt t\u00e4tig als Anwenderbetreuer und bereiten Webkonferenzen (Big Blue Button) technisch vor.

 Bedienstete nehmen an speziellen Fortbildungen des LKA teil und werden geschult Telefon, Kommunikation, Überwachungen (TKÜ) in den Verhandlungen einzuführen.

Dies sind nur einige Bespiele, wie sich das Berufsbild des Justizwachtmeisters in der Vergangenheit maßgeblich verändert hat. Leider spiegelt sich dies nicht in der Besoldungstabelle wieder.

Nach Abänderung der Laufbahngruppe 1.1 in A5 ist mit dem Erreichen der Erfahrungsstufe 8 der Aufstieg beendet. Theoretisch hat man diese Erfahrungsstufe mit dem 38 Lebensjahren erreicht und es verbleiben noch mindestens 25 Jahre ohne Gehaltserhöhung bis zur Pensionierung.

Wie sollen sich diese Bediensteten noch motivieren, auf welches Ziel soll bzw. kann der Betroffene noch hinarbeiten?

Die Motivation im Justizwachtmeisterbereich hat einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Mit Umsetzung der Dienstrechtsreform wurde das Eingangsamt von A4 auf A5 angehoben. Dies hatte zur Folge, dass es keine weitere Laufbahngruppe mehr gibt. Es gibt somit keine Möglichkeit der Beförderung bzw. fühlen sich ältere Kollegen, die durch Fleiß und Engagement befördert wurden, um ihre Lebensleistung betrogen.

Wir sind dankbar, dass der BSBD Sachsen uns die Möglichkeit gibt, unter seiner Leitung bei den entsprechenden Entscheidungsträgern wieder Gehör zu finden.

Mit besten Grüßen

Jan Gert Reuther und Thomas Weigelt

Bund der Strafvollzugsbediensteten Sächsen

www.bsbd-sachsen.de

## Der Kampf um die Zulage

Seit dem 1. Januar 2024 profitieren Pfleger/ Pflegerinnen und Pflegehelfer/Pflegehelferinnen im Justizvollzug von einer neuen Pflegezulage in Höhe von 143,92 Euro pro Monat. Diese Zulage ist dynamisch und passt sich den allgemeinen Entgeltanpassungen an. Während hier alle Pfleger/ Pflegerinnen und Pflegehelfer/Pflegehelferinnen im Justizvollzugsdienst im Geltungsbereich des TV-L unproblematisch diese Zulage erhalten haben, trifft dies für die sogenannte "kleine Zulage" für bestimmte Gesundheitsberufe in Sachsen auf Schwierigkeiten. Eigentlich profitieren ebenfalls seit dem 1. Januar 2024 bestimmte Tarifbeschäftigte in Gesundheitsberufen im Justizvollzug von einer neuen, dynamisierten Pflegezulage in Höhe von 71,96 Euro pro Monat.

Dabei handelt es sich um folgende Berufe: Ergotherapeuten, Logopäden, logopädische Fachangestellte und zahnmedizinische Fachangestellte, medizinisch-technische Assistenten, pharmazeutisch-technische Assistenten und Physiotherapeuten, biologisch-technische Assistenten und chemisch-technische Assistenten im Geltungsbereich des TV-L. Und genau hier liegt das Problem. Die Zulage wird unseren Kolleginnen und Kollegen mit der Aussage verwehrt, es besteht Anspruch aufgrund der

Eingruppierung als Justizbeschäftigter (TV-L, Teil II Abschn. 12.2). Die Voraussetzungen laut Tarifeinigung sehen eine andere Eingruppierung (TV-L, Teil II Abschn. 10.5) im TV-L vor.

Der BSBD hat sich seit Jahren für diese dringend notwendige Anerkennung und Wertschätzung unserer Bediensteten in diesen Bereichen eingesetzt. Jetzt wird mit der Ablehnung auf eine Formalie der Eingruppierung abgestellt, bei der sich die Frage aufdrängt: Ist genau diese Eingruppierung unserer Kolleginnen und Kollegen überhaupt korrekt in den Anstalten umgesetzt worden? In der Folge zwingt dies nun unsere Kolleginnen und Kollegen aus diesen Bereichen, das langwierige Verfahren der Überprüfung ihrer Eingruppierung in Gang zu setzen, um die Zulage zu bekommen. Dabei sind im sächsischen Justizvollzug und seinen therapeutischen Einrichtungen diese Tarifbeschäftigten mit der zwingenden Voraussetzung eines solchen Abschlusses eingestellt worden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen kümmern sich dabei täglich um die Gestaltung arbeitstherapeutischer Angebote, das Training psychischer, kognitiver, sozialer und motorischer Fähigkeiten von Gefangenen. Ebenfalls werden die Mitarbeit bei der Erstellung von Vollzugsplänen und die Abgabe von Einschätzungen der Gefangenen von ihnen erwartet und abge-



Tarifbeauftragte Mandy Wiesel

fordert. Damit werden durch genau diese Bediensteten die wichtigsten Grundsteine zur Wiedererlangung eines geregelten Tages- und Arbeitslebens bei den Gefangenen gelegt.

Diese Tätigkeiten werden somit neben der "bloßen Beaufsichtigung" der Gefangenen im Alltag überwiegend ausgeführt. Führen jetzt der bereits im Anforderungsprofil geforderte Berufsabschluss sowie die auszuführenden Tätigkeiten wirklich zur Eingruppierung als Justizbeschäftigte/r? Genau diese Frage gilt es nun zu klären! Für unsere Kolleginnen und Kollegen hoffen wir auf eine schnelle und faire Lösung dieser Problematik durch die Justizvollzugsanstalten. Als BSBD werden wir auch weiterhin beharrlich und engagiert unsere Tarifbeschäftigten in diesen Bereichen unterstützen.



# Verstärkung naht – Justizministerin übergibt Zeugnisse an Absolventen

Mit einer feierlichen Veranstaltung wurden am 2. Januar 24 Anwärter zu Obersekretären auf Probe ernannt. Die Ernennung erfolgte im Zusammenhang mit der Zeugnisübergabe. Die Kolleginnen und Kollegen werden schon sehnsüchtig in den Vollzugsanstalten erwartet, auch wenn der Personalsegen nicht auf jede Vollzugsanstalt herabregnete. Gewinner waren dieses Mal die Vollzugsanstalten Dresden und Leipzig. Die JVA Zwickau ging leider leer aus.

Die frisch ernannte Justizministerin ließ es sich nicht nehmen, ins winterliche Niederbobritzsch zu reisen, um die Zeugnisübergabe persönlich vorzunehmen. Ganz besondere Glückwünsche hatte die Ministerin für den Lehrgangsbesten, Kollegen Christopher Wollmann. Er bekam ein persönliches Geschenk überreicht.

In ihrer Rede dankte sie den Absolventen für die gezeigten Leistungen und die Entscheidung, in einer Justizvollzugsanstalt Dienst zu tun. Sie würdigte die Tätigkeit im Justizvollzug als wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und wünschte den Absolventen für ihren weiteren Lebensweg alles Gute.

Gemeinsam mit Frau Hassler vom Ausbildungszentrum, Herrn Hujer, der in Vertretung von Herrn Goeckenjan angereist

war, übergab dann die Justizministerin die Zeugnisse.

Im Anschluss erfolgte die Ernennung der Anwärter durch ihre zukünftigen Anstaltsleitungen.

Zahlreiche Angehörige waren gekommen, um den feierlichen Moment mitzuerleben und den stolzen Obersekretären als Erste zu gratulieren.

In einem kurzen Grußwort überbrachte der Stellvertretende Landesvorsitzende des BSBD Sachsen die Glückwünsche des Landesvorsitzenden und sprach seine persönliche Anerkennung an die Absolventen aus. In einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des sächsischen Justizvollzuges verwies er auf die Erfolge des hartnäckigen und zielstrebigen gewerkschaftlichen Wirkens des BSBD zur Verbesserung der Situation der Vollzugsbediensteten. Beispielhaft nannte er die Angleichung der Vollzugszulage an die Polizeizulage, Stellenhebungen, der Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages und nicht zuletzt der geplanten Einführung der freien Heilfürsorge. Dies alles stellt eine Wertschätzung der Tätigkeit der Justizvollzugsbediensteten dar.

Nicht zuletzt bietet der sich im vollen Umfange vollziehende Generationswechsel Chancen für eine Karriere im Justizvollzug.



Lehrgangsbester Christopher Wollmann und Justizministerin

Die rechtlichen Möglichkeiten zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahngruppe sind mittlerweile geschaffen und auch viele hervorgehobene Dienstposten sind in den nächsten Jahren neu zu besetzen.

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Erfolg im künftigen Berufsleben beendete Kollege Lüpke seine Rede.

Redaktion Vollzugsdienst





Gruppenbild Absolventen Jahrgang 2023

# Ortsvorstand Burg hat zur Jahresversammlung geladen

Am 13.11.2024 fand bei einem gemütlichem Beisammensein der eingeläutete Jahresausklang im Gasthof & Hotel Schwarzer Adler in Möckern statt.

Jörg Hagendorf begrüßte die Teilnehmer und zog Resümee seit seiner Wahl zum Ortsvorsitzenden 2018.

Die zahlenden Mitglieder konnten seit 2017 von 59 auf nunmehr 88 gesteigert werden. Das ist ein gutes Zeichen und unterstreicht die Arbeit des Ortsvorstandes, vieles richtig gemacht zu haben.

Der Ortsverband wird regelmäßig vom Landesvorstand zu erweiterten Vorstandssitzungen eingeladen, wo ein reger Austausch stattfindet.

Durch die gute Vernetzung vom Landesvorstand mit unseren Kooperationspartnern der Debeka und der BB-Bank konnten in diesem Jahr den Mitgliedern Vorträge angeboten werden, welche sehr gut angenommen wurden.

Mit der letzten Wahl haben wir es geschafft, uns im Ortsvorstand zu verjüngen, was nun auch bei der kommenden Wahl im Landesvorstand 2027 das Ziel sein muss!

Im kommenden Jahr stehen die ÖPR-Wahlen an, bei der der Ortsverband mit einer Vorschlagsliste ins Rennen gehen möchte. Der Ortsvorstand Burg bedankte sich bei seinen Mitgliedern für das bisher entgegengebrachte Vertrauen.

Bei leckerem Essen fand der Abend einen schönen Ausklang.

Jörg Hagendorf Vorsitzender Ortsverband Burg



# Justizvollzug ist ein wichtiger Baustein der Sicherheit

dafür steht der BSBD - LV Sachsen-Anhalt



Eine starke Mannschaft, für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Justiz und Gleichstellung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bitte folgt unserem Aufruf und motiviert eure Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme für die **HAUPTPERSONALRATSWAHL** im Jahr 2025 zugeben.

#### Welche Ziele verfolgen wir aktuell?

- · Sicherheit ist sehr wichtig für die Gesellschaft
- Kein Stellenabbau im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Einhaltung der Fürsorgepflicht für "ALLE" Bediensteten
- · Verbesserung der Wertschätzung "Aller" Mitarbeiter
- · Verbesserungen der Arbeitsbedingungen





#### Wir haben viel vor

#### Eine Vorschau auf das Jahr 2025

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2024 liegt hinter uns. Zeit, einmal durchzuatmen und das Jahr Revue passieren zu lassen, in uns zu gehen und zu reflektieren. Fast schon beflügelt starteten wir in das Jahr. 2023 startete immerhin mit erfolgreichen Personalratswahlen und endete - nach einem langen, harten Kampf - mit einem guten Tarifabschluss zum TV-L. 2023 fanden auch zwei richtungsweisende Gewerkschaftstage statt: Im Mai wählten wir in Trappenkamp einen neuen Landesvorstand und verabschiedeten die Satzung, im Juni stellte der dbb sh sich für die Zukunft auf: Der dbb setzt sich weiterhin nachdrücklich für eine attraktive Besoldung und strukturelle Verbesserungen im öffentlichen Dienst ein!

Zugegeben – im Vergleich dazu bot das Jahr 2024 weniger wegweisende Ereignisse bzw. Anlässe. Wir haben das Jahr deshalb dazu genutzt, die Arbeit im Landesvorstand und im BSBD insgesamt voranzutreiben. Wir nutzten zwei zweitägige Landesvorstandssitzungen, um uns zukunftsfähig aufzustellen und unsere Arbeit stetig zu evaluieren.

#### Stärkere Basisarbeit

Wir wollen noch mehr für die Mitglieder des BSBD Schleswig-Holstein bieten und stärkere Basisarbeit betreiben. Die Leistungen der bei uns organisierten Absolventinnen und Absolventen der Vorbereitungsdienste für den Justizvollzug werden wieder mit einem Gutschein prämiert. Seminare sind wichtig, um die Gewerkschaftsarbeit lebendig zu gestalten, zu debattieren und verschiedene Blickwinkel zu nutzen, um sich stark zu positionieren. Wir führen wieder jährlich ein Mitgliederseminar, nach Möglichkeit im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg, durch. Gekrönt wurde das Vorhaben mit unserer Mitgliederwerbeaktion Ende des Jahres, die großen Erfolg mit sich brachte. Auch in Sachen Öffentlichkeitsarbeit machten wir einen gewaltigen Schritt nach vorne. Verstärkt nutzen wir wieder den "VOLLZUGSDIENST", um über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Und: Der BSBD Schleswig-Holstein ist wieder online! Unter bsbd-sh.com könnt ihr wieder aktuelle Informationen jederzeit zugänglich abrufen.



Henry Malonn

Die Jahreshauptversammlungen der Ortsvereine boten wieder tolle Anlässe, sich zu vernetzen und einen entspannten Abend außerhalb des täglichen Dienstgeschäftes zu verbringen.

Bevor jetzt der Eindruck entsteht, wir hätten uns nur mit uns selbst beschäftigt, blicken wir auf die zurückliegenden Ereignisse, auf die Höhe- und Tiefpunkte des vergangenen Jahres...

Im Vollzug war einiges los. Belegungsspitzen waren über viele Monate hinweg nicht mehr die Ausnahme, sondern an der Tagesordnung. In den Untersuchungshaftbereichen der JVA'en Neumünster und Lübeck wurden in den frühen Sommermonaten teilweise Zahlen von 105% Belegung erreicht. Besser noch: Die JVA Itzehoe hatte teilweise nur so geringe Kapazitäten, sodass nur die Hälfte der Gefangenen, die laut Vollstreckungsplan in ihre sachliche Zuständigkeit fallen, aufgenommen werden konnten. Man muss nicht Mathematik zu studiert haben, um zu erkennen, dass hier ein strukturelles Problem vorliegt, das nachhaltiger Lösungen bedarf. Uns mit regelmäßigen Entlastungsverlegungen zu retten, kann kein Dauerzustand sein.

### Immer häufiger Übergriffe

Die Zahl gewaltbereiter und psychisch auffälliger Gefangener in den Vollzugsanstalten des Landes nimmt immer stärker zu. Das Erfordernis, adäquat mit dieser Klientel umzugehen, definiert unser Berufsbild nahezu neu. Gewalt von Gefangenen gegenüber Bediensteten, ob verbal oder körperlich, geschieht immer häufiger. Die zunehmende Zahl gewalttätiger Übergriffe darf nicht dazu führen, dass einzelne Taten bagatellisiert werden. Wir machten in Pressebeiträgen verstärkt auf das Thema aufmerksam. Dabei erhielten wir starken Rückenwind, als auch Unterstützung vom BSBD Bund.

#### Sicherheitsmängel

Nicht nur abstrakte Problematiken beschäftigten uns: In der ersten Jahreshälfte offenbarten sich immer mehr Sicherheitsmängel, insbesondere baulicher Natur, in der Abschiebehafteinrichtung Glückstadt: Der besonders gesicherte Haftraum war nicht vandalismussicher und die Kostklappen der Zimmertüren waren groß genug und geeignet, die Zimmer eigenmächtig zu verlassen. Die besonderen Vorkommnisse und sonstiger öffentlichkeitswirksamer Ereignisse in der Jugendanstalt Schleswig häuften sich. Bezüglich der Probleme in den Vollzugseinrichtungen gilt unser Dank den Personalvertretungen vor Ort und in der Stufe, die täglich alles daran setzen, dass die Interessen der Beschäftigten nicht zu kurz kommen. Die Arbeit in der Personalvertretung erfordert ein außerordentlich hohes Maß an Resilienz und Durchsetzungsstärke bei gleichzeitigem Verhandlungsgeschick. Auch, wenn die Arbeit nicht immer einfach. sondern vielmehr kräftezehrend ist und oft nicht die Anerkennung erfährt, die sie verdient, lassen sich die Personalvertretungen im Land nicht beirren!

#### **Problemfeld Dienstkleidung**

Wir forcieren verstärkt die Problematik um die Dienstbekleidung. Der Dienstbekleidungszuschuss wurde bislang nicht an Preissteigerungen angepasst. So entstehen Reallohnverluste! Immer häufiger offenbaren sich qualitative Mängel. Das MJG sicherte zu, nachzusteuern. Auch hier bleiben wir am Ball.

Auch weitere allgemeingewerkschaftliche und berufspolitische Ziele werden wir in 2025 weiterverfolgen. Exemplarisch seien die Rechtssicherheit für die Bediensteten bei der Frage nach der Reduzierung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit nach geleisteter Wechselschichtdienstzeiträume oder die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle genannt.

Das Jahr 2025 wirft nunmehr seine Schatten voraus. Wir wollen insbesondere die Themen Antidiskriminierung und Gleichstellung sowie das betriebliche Gesundheitsmanagement noch stärker gewerkschaftlich angehen. Zuversichtlich blicken wir auf das erste Mitgliederseminar seit langem am 27. und 28. Februar 2025. Wir werden aus der ersten Jahreshälfte für die im Herbst beginnenden Tarifverhandlungen zum TV-L gestärkt hervorgehen. Schon jetzt müssen wir uns angesichts der

angespannten Haushaltslage auf langwierige und mühsame Verhandlungsrunden einstellen. Traditionsgemäß gelten die Verhandlungen zum TVöD zu Beginn eines Jahres als "Gradmesser" für das Ergebnis zum TV-L. Spätestens seit der geplanten Gerichtsstrukturreform wissen wir, dass die Interessen der Beschäftigten gerne mal hinten angestellt werden, um die Haushaltslage abzufedern.

Uns als Landesvorstand erreichen vermehrt Anfragen aus den Ortsvereinen zu inhaltlichen Belangen, teilweise auch kritischer Natur. Daneben erhalten wir auch viel Lob für die geleistete Arbeit. Ich möchte mich für alle Rückmeldungen an der Stelle ausdrücklich bedanken. Starke Interessenvertretung resultiert aus einem lebhaften Diskurs. Nur wenn wir Rückmeldungen erhalten und ihr euch weiter mit einbringt, kann Gewerkschaftsarbeit gelingen.

Also liebe Kolleginnen und Kollegen: Lasst uns die Herausforderungen gemeinsam angehen. Gemeinsam sind wir stark und haben die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen!

Herzliche Grüße

Henry Malonn Stellvertretender Landesvorsitzender

## Nachbesserungen bei der Gerichtsstrukturreform

#### Von der Decken liefert nach und korrigiert

Im Jahr 2010 plante die Landesregierung Hals über Kopf die Schließung der JVA'en in Flensburg und Itzehoe, ohne die Berufsverbände überhaupt einzubinden. Ähnliches sahen wir im Herbst 2024 von der Landesregierung für einzelne Fachgerichte – und perspektivisch auch für die Amtsgerichte. Nunmehr hat die Landesregierung Verbesserungen vorgenommen.

#### Neues Konzept der Landesregierung

Quelle: Schleswig-Holstein.de/ Ministerin von der Decken: Schulterschluss mit der Justiz für angepasste Fachgerichtsstrukturreform:

Das angepasste Konzept beinhaltet nach derzeitigem Stand unter anderem:

Die beiden geplanten Fachgerichtszentren werden auf die Obergerichte beschränkt. Das erste Fachgerichtszentrum soll in Schleswig (im Gebäude des Oberverwaltungsgerichts) entstehen und das Oberverwaltungsgericht und das Landessozialgericht umfassen. Das zweite Fachgerichtszentrum soll in Kiel (im Gebäude des Amtsgerichts) entstehen und das Finanzgericht und das Landesarbeitsgericht umfassen.

Auf Ebene der erstinstanzlichen Gerichte soll eine Reduktion auf jeweils zwei Gerichte mit jeweils einer Zweigstelle (Sozialgerichtsbarkeit) bzw. auswärtigen Kammer (Arbeitsgerichtsbarkeit) an einem weiteren Ort erfolgen. Damit bleibt in jeder Gerichtsbarkeit eine Präsenz weiterhin an vier Orten gewährleistet. Durch die organisatorische Zusammenfassung kann zugleich das angestrebte Ziel einer Flexibilisierung des Personaleinsatzes erreicht werden.

Im Ergebnis wird laut angepasstem Konzept lediglich der Arbeitsgerichtsstandort Neumünster aufgegeben, und der Arbeitsgerichtsstandort Elmshorn wird – als auswärtige Kammer – nach Itzehoe verlagert. Sowohl die Sozial- als auch die Arbeitsgerichtsbarkeit sind damit weiterhin in jedem der vier Landgerichtsbezirke präsent.

Zudem enthält das angepasste Konzept weitere Vorschläge gemeinsamer, gerichtsbarkeitsübergreifender Gebäudenutzungen. Nach dem Entwurf soll es insgesamt zu einer Konzentration von 17 auf 10 Gebäude kommen. Dies beinhaltet auch Zusammenfassungen beispielsweise von einzelnen Außenstellen. Wesentliche Kosten- und Flächeneinsparungen sollen so auch im Vergleich zum ursprünglichen Konzept erhalten bleiben.

#### Dbb sh: Argumente gegen Justizreform fruchten

Der dbb sh begrüßt die Korrekturen: "Es ist gut zu sehen, dass gute Sachargumente in der Politik noch wahrgenommen werden und in einem Kompromiss münden können", so dbb-Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp zu der Überarbeitung der Justizstrukturreform. Die Belange der Beschäftigten müssen bei allen Veränderungsprozessen von Anfang an berücksichtigt werden, und das gilt für alle Ressorts.

Der dbb und seine Justizgewerkschaften hatten die ursprünglichen Pläne für die Justiz, die eine Schließung etlicher Gerichtsstandorte vorsah, kritisiert, weil die Beschäftigten sich übergangen fühlten und häufig deutlich längere Fahrzeiten hinnehmen sollten. Das wäre für viele Betroffene ein Anlass gewesen, sich nach einer anderen Arbeit umzuschauen oder die Arbeitszeit zu reduzieren. Die damit verbundene Schwächung der Justiz wäre ein mehr als schlechtes Signal.

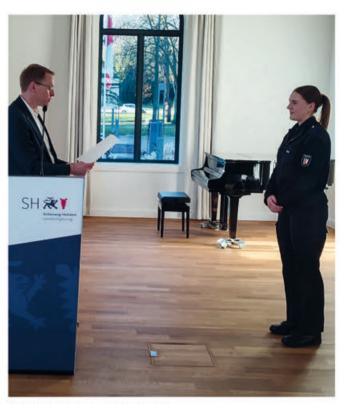
Wenn nun die Standorte weitestgehend erhalten bleiben, können viele Probleme abgewendet werden. Die Beschäftigten freuen sich auch darüber, weiterhin vor Ort für die Bürger da sein zu können. Natürlich sind auch vorgesehene Umzüge in andere Gebäude mit Herausforderungen verbunden – die aber mit einem guten Management beherrschbar sein sollten.

Auch wenn die Justizstrukturreform im Sinne der Beschäftigten korrigiert wird, geht der dbb schleswig-holstein davon aus, dass in anderen Ressorts und Aufgabenbereichen über kurz oder lang ebenfalls Strukturreformen angeschoben werden. "Deshalb plädieren wir weiterhin für klare Leitplanken, die für die gesamte Landesverwaltung gelten und die den Beschäftigten Sicherheit geben". Denn nur wenn Nachteile so weit wie möglich vermieden oder abgefedert werden, kann erwartet werden, dass die Beschäftigten Reformen positiv begleiten – und das ist unverzichtbar für erfolgreiche Reformprozesse.

## Ministerpräsident Daniel Günther ehrt die Jahrgangsbesten

Herzliche Glückwünsche vom BSBD Schleswig-Holstein





Ministerpräsident Daniel Günther gratulierte den Absolventinnen Cora Rehbehn (links) und Malena Holz (rechts).

Am 29. November 2024 lud Ministerpräsident Daniel Günther die Absolventinnen und Absolventen der Lehrgänge für den Landesdienst in die Staatskanzlei. Neben unterhaltsamen musikalischen Darbietungen umfasste der Festakt eine Rede des Regierungschefs, in der er die Wichtigkeit eines leistungsstarken öffentlichen Diens-

tes betonte und den Kolleginnen und Kollegen für die erbrachten Leistungen dankte.

Für den Bereich Justizvollzug folgten die Jahrgangsbesten Malena Holz (allgemeiner Vollzugsdienst, JVA Neumünster) und Cora Rehbehn (gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst, JVA Kiel) in Begleitung der Ausbildungsleitungen Günthers Einladung. Liebe Malena, liebe Cora (und natürlich auch allen Absolventinnen und Absolventen), Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für eure berufliche Zukunft. Der BSBD wird weiter als starker Partner an eurer Seite stehen.



## **Neue Landesregierung nimmt Arbeit auf**

Kabinett vereidigt, Beate Meißner neue Justizministerin, Christian Klein neuer Staatssekretär. Ministerium umbenannt

Nach schwierigen Koalitionsverhandlungen wurde Mario Voigt (CDU) am 12.12.2024 zum siebten Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen gewählt. Bereits am 22.11.2024 war der Koalitionsvertrag zwischen CDU, BSW und SPD veröffentlicht worden. Unter anderem heißt es darin: "Um Justiz, Justizvollzug und ambulante Straffälligenhilfe handlungs- und zukunftsfähig aufzustellen, braucht es entsprechende personelle und sachliche Ausstattung" (S. 54). Durch eine bessere personelle und sachliche Ausstattung in Justiz und Justizvollzug soll der Rechtsstaat gestärkt werden.

Für den Justizvollzug wird konkret formuliert: "Für einen sicheren und geregelten Justizvollzug bedarf es neben zielgerichteten Schulungsprogrammen einer verbesserten Sicherheitsausstattung. Wir werden durch mehr Personal die Belastung verringern und frühzeitig um Nachwuchs werben."

Die neue Landesregierung hat sich also viel vorgenommen. Es ist aber unbedingt erforderlich, dass diesen Vorhaben auch Taten folgen. Erster wichtiger Punkt wird die Verabschiedung des Haushalts 2025 sein. Der dem Landtag durch die vorherige Regierung vorgelegte Entwurf sieht gegenüber dem Jahr 2024 weder nennenswerte Mehrausgaben noch Stellenmehrungen vor und würde, sofern er wie eingebracht verabschiedet wird, kaum Möglichkeiten bieten, die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen zu beginnen. Ohne die entsprechenden finanziellen Mittel wird es nicht möglich sein, eine bessere personelle und sachliche Ausstattung im Justizvollzug zu erreichen. Aus unserer Sicht ist es unbedingt erforderlich, den in der Personalbedarfsberechnung festgestellten Personalbedarf auch im Haushaltsplan abzubilden. In der zweiten Hälfte der laufenden Legislaturperiode werden die Versetzungen in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze deutlich steigen. Insofern ist es im Hinblick auf die zweijährige Ausbildung im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst erforderlich, umgehend die Einstellungszahlen zu erhöhen. Es gibt also für die neue Justizministerin zu tun!



Justizministerin Beate Meißner



Staatssekretär Christian Klein

Das der Justiz bei der Bezeichnung des Ministeriums wieder Priorität eingeräumt wurde, muss auch als Selbstverpflichtung verstanden werden. Erste positive Zeichen sind sicher die Besuche aller Anstalten durch die Ministerin und den Staatssekretär bereits kurze Zeit nach ihrer Ernennung.



Die neue Ministerin vor ihrem Amtssitz

# Weihnachtsgrillen mit Glühwein

Der Ortsverband Goldlauter hat seine Mitglieder zu einem Weihnachtsgrillen am 14.12.24 eingeladen. Wir trafen uns um 17.00 Uhr und gingen durch den nächtlichen und winterlich eingeschneiten Thüringer Wald zu der Skibaude am Geiersberg in Goldlauter. Das war sehr anstrengend, aber der Ausblick war unsere Belohnung. Es war schon alles vorbereitet. Die Bratwürste lagen auf dem Rost und die Feuerschale war angezündet. Mit Glühwein und Bratwurst haben wir schöne Stunden in dieser angenehmen Atmosphäre verbracht, wie wir uns es gewünscht haben. Obwohl wir uns natürlich viel im Dienst begegnen, hatten wir Gelegenheit, auch über das Eine oder Andere fernab von dienstlichen Zwängen intensiver in einer angenehmen Atmosphäre miteinander zu reden und auch das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Dies hatten wir uns auch so gewünscht! Schließlich ist es wichtig, zu wissen, wer hinter mir steht, wenn ein Einsatz im Dienst notwendig ist. Der Ortsverband Goldlauter hat beschlossen, eine solche Veranstaltung jedes Jahr zu wiederholen.

Dorit Zitzmann





# Beihilfe - Bearbeitungszeiten deutlich verkürzt

#### Proteste des TBB und BSBD waren erfolgreich!

Zu Beginn des Jahres 2024 waren lange Bearbeitungszeiten bei Beihilfeanträgen zu verzeichnen. Für schriftlich eingereichte Anträge wartete man im Februar 2024 bis zu 11 Wochen, für online eingereichte Anträge 5 – 6 Wochen. Nach unseren Protesten hat das Finanzministerium damals mitgeteilt, dass Abläufe mittlerweile weiter optimiert wurden und auch neue Bedienstete für die Beihilfestelle eingestellt worden sind. Bis die Bediensteten vollständig in die beihilferechtliche Materie eingearbeitet sind und die Maßnahmen wirken, werde jedoch Zeit vergehen.

Derzeit trägt die Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen im Durchschnitt etwa zwei Wochen. Das vom TFM formulierte Ziel, die Bearbeitungsdauer wieder auf zehn Arbeitstage abzusenken, ist fast erreicht. Unverständlich ist aber trotzdem, dass teilweise für online eingereichte Anträge längere Bearbeitungszeiten, als bei schriftlich eingereichten Anträgen zu verzeichnen sind, auch wenn die Differenz nur wenige Tage betrifft.

Darüber hinaus hatte das TFM dem Tbb im Rahmen eines Spitzengesprächs zu Beginn des vorigen Jahres mitgeteilt, dass eine Änderung des § 72 Thüringer Beamtengesetz (ThürBG) dahingehend beabsichtigt sei, die es künftig ermöglicht, dass in der Thüringer Beihilfeverordnung auch Regelungen zur Direktabrechnung getroffen werden können. Durch die Gesetzesänderung sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die für die Direktabrechnung erforderlichen Verfahrensregelungen zu erlassen. So sei beabsichtigt, in der Thüringer Beihilfeverordnung eine Regelung vorzusehen, welche die Zahlung an Dritte bei Behandlungen in zugelassenen Krankenhäusern – entsprechend der Regelung des Bundes – ermöglicht. Eine entsprechende Änderung des Thüringer Beamtengesetzes erfolgte allerdings bisher noch nicht.

Der Landesvorstand

... ergänzen Sie das Puzzle Ihrer beruflichen Zukunft im Justizvollzug ...



... werden Sie Mitglied im



- Der BSBD ist die einzige Fachgewerkschaft für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug.
- Der BSBD vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.
- Der BSBD ist vor Ort in allen
   16 Bundesländern für Sie präsent.
- Der BSBD ist eigenständig unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes organisiert.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Mehr Informationen: www.bsbd.de

